

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

4 2012

- ▣ Die amtliche Statistik
in digitalen Informationsdiensten

- ▣ 150 Jahre amtliche Statistik
in Berlin

- ▣ Geschichte und Arbeitsfeld
der Städtestatistik

- ▣ Berliner Wirtschaft:
Nach Teilung und Transformation
auf Wachstumskurs?

- ▣ Zahlen für (Haupt-)Stadt und Staat
Anmerkungen zum Umfeld bei der
Einrichtung des unabhängigen
Statistischen Bureaus der Stadt Berlin 1862

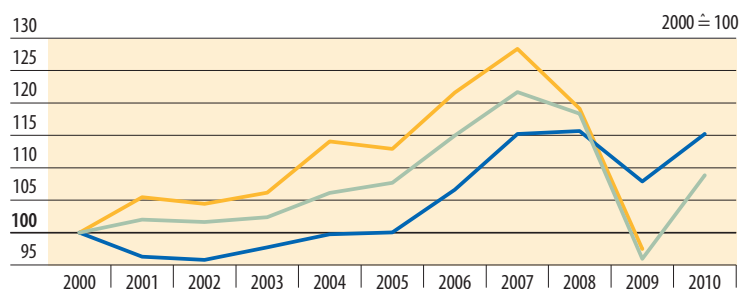
- ▣ Der Zensus 2011 für Berlin
und Brandenburg
– Methoden, Datenangebot,
Fortschreibungen –

- ▣ Anforderungen aus der
Stadtentwicklungsplanung Berlins
an den Zensus

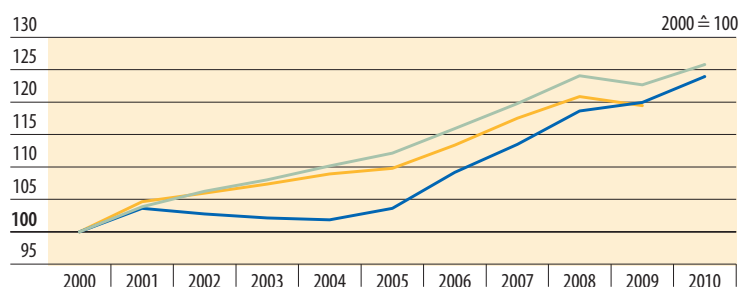
Bruttowertschöpfung (BWS) in Berlin, in deutschen Großstädten und in Deutschland von 2000 bis 2010 ...

— Berlin
— Großstädte¹
— Deutschland

... im Verarbeitenden Gewerbe



... in den Dienstleistungssektoren



¹ Kreisfreie Stadt mit mehr
als 500 000 Einwohnern
ohne Berlin

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
6. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2012
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Unternehmen

Erwerbstätigkeit

Verdienste

Industrie

Einzelhandel

Finanzen

Tourismus

Preise

Bevölkerung

aus Deutschland ▢ 14

Bevölkerung

Erwerbstätigkeit

Verdienste

aus Europa ▢ 16

Finanzen

Preise

Wirtschaft im Überblick

Berlin April 2012 ▢ 18

Brandenburg April 2012 ▢ 22

Historisches

1867

Vom Beginn der Berliner
Statistischen Jahrbücher
und dem „sozialen Defizit“ ▢ 65

Beiträge

**Die amtliche Statistik in digitalen
Informationsdiensten** ▢ 28**150 Jahre amtliche Statistik
in Berlin** ▢ 34**Geschichte und Arbeitsfeld
der Städtestatistik** ▢ 36**Berliner Wirtschaft:
Nach Teilung und Transformation
auf Wachstumskurs?** ▢ 42**Zahlen für (Haupt-)Stadt und Staat**Anmerkungen zum Umfeld bei der
Einrichtung des unabhängigen Statistischen
Bureaus der Stadt Berlin 1862 ▢ 48**Der Zensus 2011 für Berlin
und Brandenburg**– Methoden, Datenangebot,
Fortschreibungen – ▢ 54**Anforderungen aus der
Stadtentwicklungsplanung Berlins
an den Zensus** ▢ 59

Grafik

**Siedlungsstruktur Wohnen 2010
auf Ebene der Planungsräume**

▢ 3. Umschlagseite

**Umweltgerechtigkeit – integrierte
Umweltbelastung (Bereich Innenstadt)**

▢ 4. Umschlagseite

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2011

Verhaltenes Wirtschaftswachstum in Berlin und Brandenburg

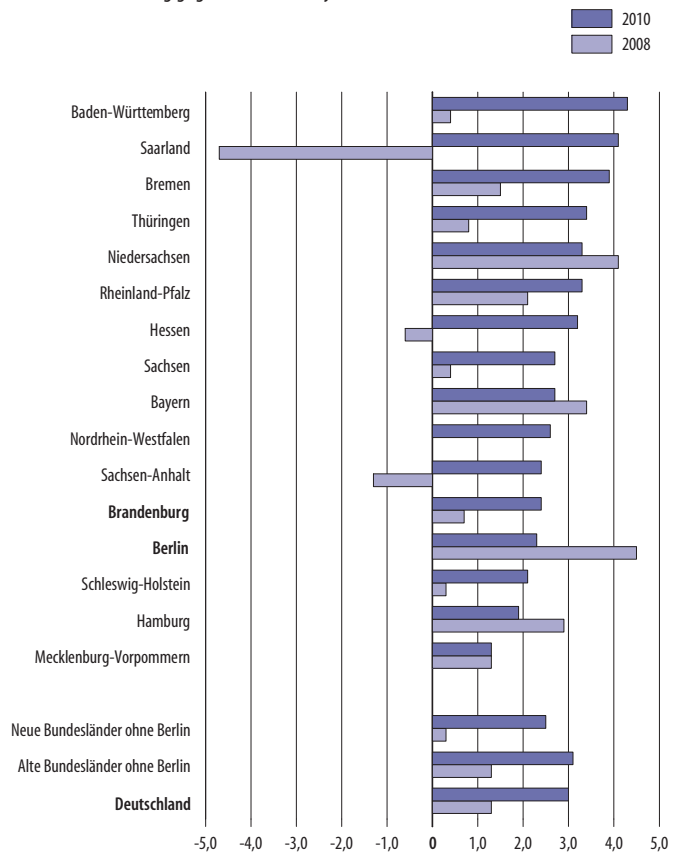
In den Ländern Berlin und Brandenburg gab es im Jahr 2011 ein moderates Wachstum der Wirtschaftsleistung. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 2,3 % und in Brandenburg um 2,4 %. Damit blieb die Region Berlin-Brandenburg unter dem Länderdurchschnitt bzw. dem Wachstum in Deutschland von 3,0 % und fand sich im Vergleich der Bundesländer im unteren Drittel wieder. Während aber noch immer nicht alle Länder ihre Wirtschaftsleistung von 2008 erreicht haben, erwirtschaftete Berlin ein um 4,5 % höheres Bruttoinlandsprodukt als 2008 und konnte für diesen Zeitraum die beste Entwicklung aller Bundesländer vorweisen. Brandenburg übertraf sein Bruttoinlandsprodukt von 2008 um 0,7 % und blieb damit unter dem Länderdurchschnitt von 1,3 %.

Die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Berlin und Brandenburg erhielt 2011 vor allem Wachstumsimpulse aus dem Produzierenden Gewerbe, die etwas stärker als in Deutschland zutage traten. Dagegen verzeichneten die Dienstleistungsbereiche beider Länder mit je 1,5 % bzw. 1,1 % eine schwächere Aufwärtsentwicklung als noch im Jahr zuvor und auch schwächer als im Bundesdurchschnitt (+1,9 %).

Der Anstieg der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe betrug 2011 gegenüber dem Vorjahr in beiden Ländern 6,1 % (Deutschland +5,5 %). Berlin konnte damit das Ergebnis des Vorkrisenjahres 2008 mit 2,8 % deutlich übertreffen, während es Brandenburg wegen des stärkeren Einbruchs im Jahr 2009 noch um 0,8 % verfehlte. Diese Entwicklung geht überwiegend auf das Verarbeitende Gewerbe zurück. Beide Länder verzeichneten hier zwar einen Zuwachs der Wertschöpfung im letzten Jahr von über 10 %, Brandenburg lag dennoch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2008, während Berlin es fast erreicht hatte. Die Entwicklung im Bausektor war 2011 in beiden Ländern überdurchschnittlich. Berlins Bauwirtschaft wuchs um 3,9 %, Brandenburgs um 4,1 % (Deutschland +3,5 %). Bereits 2010 waren die Rückschläge am Bau im Jahr zuvor in Berlin fast und in Brandenburg bereits mehr als ausgeglichen.

Bei einer moderaten Leistungssteigerung der Dienstleister insgesamt in Berlin und Brandenburg im Jahr 2011 verzeichnete der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ in Brandenburg sogar einen Rückgang und Stagnation in Berlin. Zum Ausgleich trugen die Bereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ und „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten bei. Mittelfristig gegenüber 2008 übertrafen in Berlin die Dienstleistungsbereiche die Entwicklung im Durchschnitt aller Länder deutlich, während Brandenburg hier ebenfalls

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern im Jahr 2011 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr und dem Jahr 2008 in %



darunter blieb. Die Dienstleistungsbereiche trugen 2011 in Berlin mit rd. 83 % und in Brandenburg rd. 70 % zur Wertschöpfung des Landes bei.

Die Wirtschaftsleistung 2011 erbrachten in Berlin 1 706 000 und in Brandenburg 1 072 200 Erwerbstätige, 1,4 % bzw. 0,4 % mehr als im Vorjahr. Für 2011 ergab sich ein Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Berlin von 59 429 EUR und in Brandenburg von 51 381 EUR. Damit erreichten die Länder 95,0 bzw. 82,1 % des Durchschnittswertes in Deutschland. Noch deutlicher zeigen sich die Abstände beider Länder zum Länderdurchschnitt bei der Wirtschaftsleistung je Arbeitsstunde. Mit 40,65 EUR in Berlin und 33,90 EUR in Brandenburg lag die Stundenleistung nur bei rd. 92 % bzw. rd. 77 % des Bundesniveaus. (...)

Wegen der revisionsbedingten Änderungen sind die neuen Ergebnisse nicht mehr mit den bisher veröffentlichten Daten zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung vergleichbar. (...)

Unternehmen Jahr 2009

Unternehmen in Berlin und Brandenburg investierten fast 24 Mrd. EUR in neue Sachanlagen

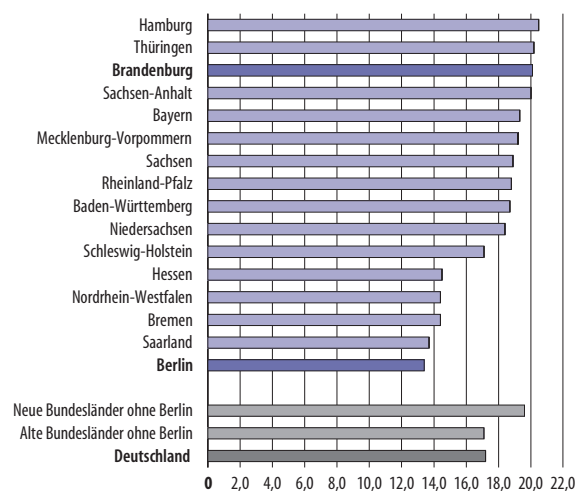
Im Jahr 2009 haben die Unternehmen in Berlin 13,3 Mrd. EUR und in Brandenburg 10,6 Mrd. EUR in neue Sachanlagen investiert. (...) Der Anteil am Investitionsaufkommen im gesamten Bundesgebiet betrug damit 3,1 % in Berlin und 2,5 % in Brandenburg.

Die Investitionen in neue Anlagen setzen sich aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zusammen. Zu den Ausrüstungsinvestitionen zählen die nicht fest mit Bauten verbundenen Investitionsgüter wie Maschinen, Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen. In den Ausrüstungsinvestitionen werden außerdem die Investitionen in sonstige Anlagen nachgewiesen, zu denen u. a. immaterielle Anlagegüter wie Computerprogramme und Urheberrechte, Nutztiere und Nutzpflanzen gehören. Für Ausrüstungsinvestitionen wurden in Berlin 47,0 % und in Brandenburg 30,9 % der in neue Anlagen investierten Mittel aufgewendet. Der mit 53,0 % und 69,1 % größere Anteil floss in Investitionen in neue Bauten (Deutschland 53,5 %). Sie umfassen neben den Bauleistungen an Gebäuden, Straßen, Brücken usw. auch die mit Bauten fest verbundenen Einrichtungen wie Aufzüge und Heizungsanlagen.

In den Dienstleistungsbereichen wurde der weitaus größere Teil der Investitionen in neue Anlagen getätigt, 86,7 % in Berlin und 80,1 % in Brandenburg. Während aber im Dienstleistungsbereich der größere Teil der Investitionen neue Bauten waren, wurde im produzierenden Gewerbe überwiegend in neue Ausrüstungen investiert.

Werden zusätzlich zu den Investitionen in neue Anlagen der Erwerb und der Verkauf von gebrauchten Anlagen berücksichtigt, ergeben sich für Berlin Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 12,9 Mrd. EUR und für Brandenburg von 10,4 Mrd. EUR. Die Investitionsquote als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt lag damit in Berlin bei 13,4 % und in Brandenburg bei 20,1 % (Deutschland 17,2 %). (...)

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern im Jahr 2009



Investitionen in neue Anlagen in Berlin und in Brandenburg im Jahr 2009

Wirtschaftsbereich (WZ 2008)	In jeweiligen Preisen		Anteil der Ausrüstungs- investitionen an den Investitionen in neue Anlagen	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
	Mill. EUR	Mill. EUR	%	%
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei .	20	375	27,9	91,6
Produzierendes Gewerbe	1 762	1 741	80,5	77,5
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe.....	1 021	854	96,0	91,6
Baugewerbe.....	87	163	95,3	90,6
Dienstleistungsbereiche.....	11 566	8 525	41,9	18,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	3 508	1 972	50,6	26,5
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	5 120	4 464	29,7	8,0
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit.....	2 937	2 090	52,8	34,3
Insgesamt	13 347	10 641	47,0	30,9

Erwerbstätigkeit Jahr 2011

Arbeitnehmerentgelte in Berlin und Brandenburg deutlich gestiegen

Im Jahr 2011 lag das für die Beschäftigung eines Arbeitnehmers aufgewendete Arbeitnehmerentgelt in Berlin bei 36 362 EUR und in Brandenburg bei 29 741 EUR. Gegenüber dem Vorjahr entsprach das einem Anstieg um 3,7 % bzw. 3,0 %. Damit verzeichnete Berlin den höchsten Zuwachs der Arbeitnehmereinkommen unter den Bundesländern. Im Durchschnitt aller Länder betrug das Arbeitnehmerentgelt 36 032 EUR je Arbeitnehmer und war um 3,0 % höher als im Jahr 2010. Das Arbeitnehmerentgelt als Summe aus den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer und den gesetzlichen und freiwilligen Sozialbeiträgen der Arbeitgeber spiegelt die gesamten Kosten wider, die Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufwenden. 2011 entfielen etwa 81 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Bruttolöhne und -gehälter und 19 % auf die Arbeitgebersozialbeiträge.

Die Höhe und Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts einer Region wird außer von tariflichen Abschlüssen von der Wirtschaftsstruktur sowie der Struktur der Arbeitnehmer beeinflusst. Die Höhe des Zuwachses in Berlin und Brandenburg im Jahr 2011 ist auch auf einen deutlichen Rückgang des Anteils marginal Beschäftigter an den Arbeitnehmern zurückzuführen.

Mittelfristig sind die Pro-Kopf-Entgelte in Berlin und Brandenburg stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2008 haben sie sich in Berlin um 6,6 % und in Brandenburg um 5,8 % erhöht (Deutschland +5,1 %).

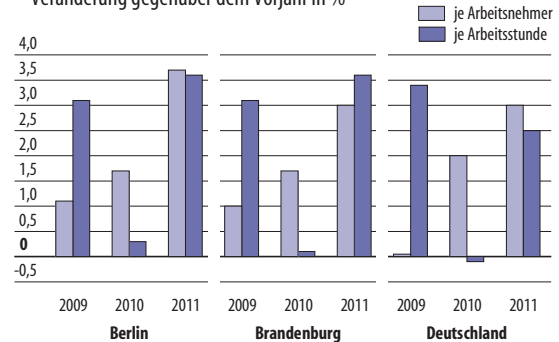
Auch der Anstieg des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitsstunde war in Berlin und Brandenburg gegenüber 2008 stärker als in Deutschland insgesamt, gegenüber dem Vorjahr verzeichneten Berlin und Brandenburg den stärksten Anstieg aller Bundesländer.

Die Aufwendungen für eine Arbeitsstunde der Arbeitnehmer betrugen im Jahr 2011 in Berlin durchschnittlich 26,44 EUR, in Brandenburg 20,76 EUR und in Deutschland insgesamt 27,10 EUR. (...)

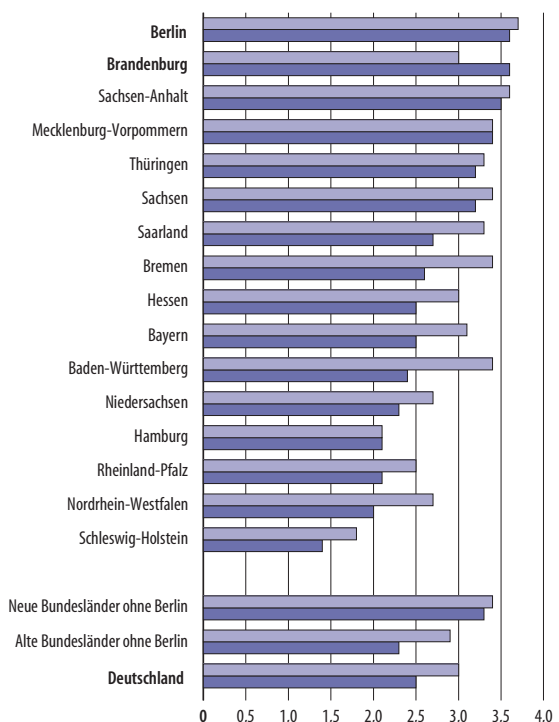
Im Jahr 2011 waren die Zuwächse des Arbeitnehmerentgelts pro Kopf und je Arbeitsstunde in den Dienstleistungsbereichen beider Länder höher als im Produzierenden Gewerbe. Das Einkommensniveau im Dienstleistungsbereich liegt aber nach wie vor unter dem im Produzierenden Gewerbe.

(...) Wegen revisionsbedingter Änderungen sind die neuen Ergebnisse nicht mit den bisher veröffentlichten Daten zum Arbeitnehmerentgelt und den Bruttolöhnen und -gehältern vergleichbar.

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und je Arbeitsstunde ... – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



... nach Bundesländern 2011



Arbeitnehmerentgelt im Jahr 2011 in EUR

Wirtschaftsbereich (WZ 2008)	je Arbeitnehmer			je Arbeitsstunde		
	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Berlin	Brandenburg	Deutschland
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	21 372	22 308	20 510	15,70	14,28	14,67
Produzierendes Gewerbe	47 590	34 368	45 647	31,88	22,49	31,32
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	51 268	35 039	47 988	35,14	23,30	33,55
Baugewerbe	37 031	28 354	34 485	23,96	18,12	22,42
Dienstleistungsbereiche	34 690	28 613	32 865	25,55	20,46	25,59
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	31 298	24 767	30 710	23,38	18,08	23,52
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	35 720	24 735	34 987	26,14	18,03	27,02
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	36 344	33 033	33 540	26,63	23,09	26,58
Insgesamt	36 362	29 741	36 032	26,44	20,76	27,10

Verdienste Jahr 2010

13 % der Beschäftigten in Berlin verdienen weniger als 8,50 EUR pro Stunde

(...) 2010 verdienten im Land Berlin 13 % aller Beschäftigten, die in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, weniger als 8,50 EUR je Arbeitsstunde. Dies sind erste Ergebnisse aus der Verdienststrukturhebung für das Jahr 2010, die alle vier Jahre in Betrieben des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs mit zehn und mehr Beschäftigten durchgeführt wird.

43 % der Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR waren Vollzeitbeschäftigte. 29 % waren geringfügig entlohnte Beschäftigte, auch Mini- oder 400-EUR-Jobber genannt, und 28 % in Teilzeit tätig.

Im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt verdienten in Berlin mehr Männer (51 %) als Frauen weniger als 8,50 EUR in der Stunde. Dies traf allerdings nur für Vollzeitbeschäftigte zu, wobei es sich hier meist um Männer mit einer Berufsausbildung handelte. Sowohl für Teilzeit- als auch für geringfügig Beschäftigte ergibt sich ein anderes Bild. Hier hatten wie auch im Bundesdurchschnitt mehr Frauen als Männer einen Stundenverdienst unter 8,50 EUR. Während es sich bei den Teilzeitbeschäftigten meist um Frauen mit einer Berufsausbildung handelte, waren es bei den geringfügig Beschäftigten in der Mehrzahl Frauen ohne eine berufliche Ausbildung.

Betrachtet nach Wirtschaftsbereichen arbeitete der überwiegende Teil der Beschäftigten mit 8,50 EUR in der Stunde in der Branche Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (35 %) – hier vor allem in Vollzeit –, 14 % im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen – vorwiegend in Minijobs – und 12 % im Gastgewerbe – meist in Teilzeit.

95 % der Beschäftigten hatten dabei einen privatwirtschaftlichen Arbeitgeber. Darüber hinaus war die überwiegende Zahl der Arbeitgeber nicht tarifgebunden (79 %). (...)

Gut ein Fünftel der Beschäftigten im Land Brandenburg verdienen weniger als 8,50 EUR pro Stunde

(...) Im Land Brandenburg verdienten 21 % aller Beschäftigten, die in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, weniger als 8,50 EUR je Arbeitsstunde. Dies sind erste Ergebnisse aus der Verdienststrukturhebung für das Jahr 2010, die alle vier Jahre in Betrieben des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs mit zehn und mehr Beschäftigten durchgeführt wird.

49 % der Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR waren Vollzeitbeschäftigte, 28 % in Teilzeit tätig und knapp ein Viertel (24 %) zählten zu den geringfügig entlohten Beschäftigten, auch Mini- oder 400-EUR-Jobber genannt.

Wie auch im Bundesdurchschnitt handelte es sich bei den Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR mehrheitlich um Frauen (52 %). Dies traf sowohl für Teilzeitbeschäftigte und als auch für Minijobber zu. Ebenso wie im Bundesdurchschnitt galt dies allerdings nicht für Vollzeitbeschäftigte. Hier waren es mehr Männer als Frauen, die weniger als 8,50 EUR in der Stunde verdienten. Dabei handelte es sich meist um Männer mit einer Berufsausbildung. Während es bei den Teilzeitbeschäftigten meist Frauen mit einer Berufsausbildung waren, waren es bei den geringfügig Beschäftigten überwiegend Frauen ohne eine berufliche Ausbildung.

Betrachtet nach Wirtschaftsbereichen war der größte Teil der Beschäftigten mit weniger als 8,50 EUR in der Stunde in der Branche Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (22 %), im Verarbeitenden Gewerbe (15 %) und im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (12 %) – überwiegend in Vollzeit – tätig. 11 % der Beschäftigten arbeiteten im Gesundheits- und Sozialwesen, hier allerdings in Teilzeit.

94 % der Beschäftigten hatten dabei einen privatwirtschaftlichen Arbeitgeber. Darüber hinaus war die überwiegende Zahl der Arbeitgeber nicht tarifgebunden (84 %). (...)

Industrie Mai 2012

Umsatzrückgang der Berliner Industrie setzt sich fort

(...) Die 339 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im Mai 2012 einen Gesamtumsatz von 1,9 Mrd. EUR, wovon 0,8 Mrd. EUR im Inland und 1,0 Mrd. EUR von ausländischen Geschäftspartnern geordert wurden. Während der Inlandsumsatz um 23,1 % zurückging, legte der Auslandsumsatz um 6,4 % zu. Insgesamt verfehlte damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen deutlich (–9,4 %) das Ergebnis vom Mai 2011. Die Zahl der Beschäftigten lag mit 82 091 Personen dagegen um 1,7 % höher.

Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung im Maschinenbau (+ 35,2 %) und bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (+14,1 %) positiv. Umsatzverluste mussten hingegen die Produzenten von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–5,6 %), die pharmazeutische Industrie (–3,2 %) und die Nahrungsmittel- und Futtermittelindustrie (–2,1 %) hinnehmen.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 wurden von den Berliner Industriebetrieben Umsätze von insgesamt 8,9 Mrd. EUR getätigt, 5,2 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die Auslandsumsätze um 9,2 % auf 4,9 Mrd. EUR zulegten, nahmen die Umsätze im Inland um 18,5 % auf 4,0 Mrd. EUR ab.

Auftragsvolumen der Berliner Industrie leicht rückläufig

Die Berliner Industriebetriebe erhielten im Monat Mai 2012 aus dem In- und Ausland weniger Aufträge als ein Jahr zuvor. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes lag im Mai 2012 um 1,0 % niedriger als im Mai 2011. Aus dem Inland wurden 2,2 % weniger Erzeugnisse und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr geordert.

Mit einem Auftragsplus von 20,2 % hatten in Berlin die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen einen starken Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat zu verzeichnen. In den übrigen Branchen waren die Aufträge dagegen rückläufig. Der Maschinenbau verlor 5,3 % vom Auftragsvolumen, wobei die erheblichen Einbußen bei den Auslandsaufträgen durch höhere Zuwächse im Inlandsgeschäft größtenteils kompensiert werden konnten. Die dominierende pharmazeutische Industrie verzeichnete ebenfalls einen Auftragsrückgang von 4,1 %, überwiegend hervorgerufen durch eine schwächere Inlandsnachfrage. Die Auftragsverluste anderer Wirtschaftszweige bewegten sich zwischen –1,5 % und –2,7 %.

Für die ersten fünf Monate des Jahres 2012 ergibt sich für die Berliner Industrie insgesamt eine eher negative Auftragsentwicklung. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nahm das Auftragsvolumen um 3,7 % ab, bei einem Auftragsminus im Inlandsgeschäft in Höhe von 8,1 %.

Umsatzplus der Brandenburger Industrie dank Großaufträgen und Auslandsumsatz

Im Mai konnten die 440 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, dank deutlich gestiegener Auslandsumsätze und hoher Umsatzzahlen im sonstigen Fahrzeugbau, insgesamt ein Umsatzplus erzielen. (...) Gegenüber dem Mai 2011 erhöhte sich der Gesamtumsatz um 4,3 % auf 2,1 Mrd. EUR, bei einem um 15,2 % auf 0,6 Mrd. EUR gesteigerten Auslandsumsatz. Dagegen blieb der Umsatz im Inland konstant auf dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Zahl der Beschäftigten in den Industriebetrieben nahm um 0,8 % auf 79 254 Personen zu.

Die ungewöhnlich hohen Umsatzzahlen im sonstigen Fahrzeugbau basieren im Wesentlichen auf Auftrags-erfüllungen von Großaufträgen aus den vergangenen Monaten. Bis auf die Branchen „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ und „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ mit Umsatzsteigerungen von 2,9 % und 1,1 %, meldeten sämtliche anderen Wirtschaftszweige zum Teil deutliche Umsatzeinbußen. So lagen die stärksten Rückgänge im Maschinenbau (–25,3 %), bei den Herstellern von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–21,0 %) und von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (–10,3 %) sowie bei den metallerzeugenden / -bearbeitenden Betrieben (–9,2 %), den Metallerzeugnis- (–7,7 %) und den Nahrungsmittelherstellern (–6,6 %).

In den Monaten Januar bis Mai dieses Jahres summierte sich der Gesamtumsatz der Brandenburger Industrie auf 9,4 Mrd. EUR, 2,1 % mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2011. Dabei sank der Umsatz im Inland um 1,9 % auf 6,4 Mrd. EUR, während der Auslandsumsatz um 12,1 % auf 3,0 Mrd. EUR anstieg.

Auftragslage der Brandenburger Industrie rückläufig

Die Brandenburger Industriebetriebe erhielten im Mai 2012 preisbereinigt 13,0 % weniger Aufträge als noch vor einem Jahr. (...) Die Volumina der Inlands- und Auslandsaufträge gingen um 15,9 % und 5,9 % zurück.

Eine starke Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen sowohl im Inland als auch im Ausland brachte dieser Branche ein Auftragsplus von 39,0 %. Im Maschinenbau kompensierten die Auslandsaufträge den zweistelligen Rückgang im Inlandsgeschäft und sorgten insgesamt für einen Zuwachs von 19,8 %. In anderen Branchen ließen die Bestellungen deutlich nach. So meldeten die Fahrzeugbauer, die Hersteller von Metallerzeugnissen und die Produzenten von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen Einbußen von 40,8 %, 24,7 % und 20,9 %. Auch die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen und die metallerzeugenden / -bearbeitenden Betriebe registrierten im Vergleich zum Mai des Vorjahres Auftragsrückgänge von 15,9 % und 11,1 %.

Im Zeitraum Januar bis Mai des laufenden Jahres erhöhte sich das Auftragsvolumen in der Brandenburger Industrie gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2011 um insgesamt 3,6 %. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um 41,1 % zu, während die Nachfrage im Inland um 17,3 % zurückging.

Einzelhandel Mai 2012

Umsatzzuwachs in Berlin

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) schloss den Mai 2012 nach vorläufigen Ergebnissen mit einem nominalen Umsatzplus von 2,4 % ab (...). Unter Ausschaltung der Preisentwicklung, d. h. real, lag damit der Umsatz um 0,4 % über dem des vergleichbaren Vorjahresmonats. Der Mai hatte dieses Mal nur 22 Verkaufstage gegenüber 24 Verkaufstagen im Jahr 2011.

Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel überstieg im Mai 2012 die des Vorjahres um 1,8 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten leicht rückläufig war (–0,4 %) und die der Teilzeitbeschäftigten zunahm (3,3 %).

Höhere Umsätze in Brandenburg

Der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg setzte nach vorläufigen Ergebnissen im Monat Mai 2012 nominal 2,9 % mehr um als im Vorjahr. Das bedeutet real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, ein Umsatzplus von 1,6 %. Mit 22 Verkaufstagen hatte der April 2012 zwei Verkaufstage weniger als im Jahr 2011.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg lag im Mai 2012 um 1,2 % über der des vergleichbaren Vorjahresmonats. In beiden Beschäftigungsarten nahm die Zahl der Tätigen zu (Vollzeitbeschäftigte: +0,9 %; Teilzeitbeschäftigte: +1,5 %).

Umsatz und Beschäftigte des Berliner Einzelhandels im Mai 2012 - vorläufige Ergebnisse -

Wirtschaftszweig	Mai 2012			Januar bis Mai 2012		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	Nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) in Verkaufsräumen	2,4	0,4	1,8	2,9	0,8	1,5
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	3,4	0,9	0,1	3,2	0,5	– 0,5
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	2,3	– 0,4	5,4	3,5	0,3	6,4
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,3	1,0	3,6	0,8	0,2	3,3
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern...	0,4	– 1,2	1,4	2,5	0,7	1,3
außerhalb von Verkaufsräumen¹	9,0	7,4	19,1	11,5	9,6	19,2

Umsatz und Beschäftigte des Brandenburger Einzelhandels im Mai 2012 - vorläufige Ergebnisse -

Wirtschaftszweig	Mai 2012			Januar bis Mai 2012		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	Nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) in Verkaufsräumen	2,9	1,6	1,2	2,4	1,7	1,2
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	3,2	0,7	0,1	2,2	− 0,7	− 0,1
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	6,3	3,0	− 1,4	− 7,1	− 9,6	− 5,0
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	3,6	5,5	6,3	5,5	9,1	6,4
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern...	− 0,1	− 1,9	0,5	1,3	− 0,3	0,9
außerhalb von Verkaufsräumen¹	8,9	4,5	− 2,3	0,6	− 5,0	− 1,3

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Finanzen Jahr 2011

Grund- und Gewerbesteuerhebesätze aller Kommunen Deutschlands

Welche Kommune in Deutschland bietet den Unternehmern den günstigsten Gewerbesteuerhebesatz? Wo sind für Landwirte und wo für Hauseigentümer die Grundsteuerhebesätze am höchsten?

(...) Diese Informationen stehen ab sofort kostenlos im Internet zur Verfügung. Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beinhaltet für alle knapp 11 300 deutschen Kommunen Angaben zu den Hebesätzen der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen), der Grundsteuer B (für sonstige Grundstücke) und der Gewerbesteuer im Jahr 2011.

Beim Vergleich aller 419 Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg reichte die Spanne der örtlichen Hebesätze bei der Grundsteuer A von 150 % in Hirschfeld, Landkreis Elbe-Elster, bis 847 % in Schwielochsee, Landkreis Dahme-Spreewald. Die Gemeinde Hirschfeld meldete auch bei der Grundsteuer B mit 250 % den niedrigsten Wert, den höchsten Hebesatz verzeichnete mit 493 % die Landeshauptstadt Potsdam. Der Gewerbesteuerhebesatz war mit 450 %, wie schon 2010, ebenfalls in Potsdam am höchsten.

In Berlin betrugen die Hebesätze bei der Grundsteuer A 150 %, bei der Grundsteuer B 810 % und bei der Gewerbesteuer 410 %. (...)

Grund- und Gewerbesteuerhebesätze aller Kommunen Deutschlands für das Jahr 2011

Hebesatz von ... %	Städte und Gemeinden 2011 nach der Höhe der Hebesätze					
	in Deutschland			in Brandenburg		
	Grundsteuer		Gewerbesteuer	Grundsteuer		Gewerbesteuer
	A	B		A	B	
unter 200	96	21	–	2	–	–
200 bis unter 300	4 847	1 463	424	273	1	30
300 bis unter 400	5 530	8 418	10 003	103	366	378
400 bis unter 500	694	1 294	862	16	52	11
500 bis unter 600	84	83	3	11	–	–
600 und mehr	43	15	1	14	–	–
Insgesamt	11 294	11 294	11 294	419	419	419

Tourismus Mai 2012

Mehr Gäste und Übernachtungen in Berlin

Mehr als 986 000 Gäste und über 2,2 Mill. Übernachtungen wurden (...) für den Mai 2012 in den Berliner Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen mit Urlaubscamping ermittelte. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das einen Anstieg um 6,1 % bei den Gästen und 9,0 % bei den Übernachtungen.

Um 3,7 % stieg die Zahl der Besucher aus dem Inland (633 000) und um 10,7 % die der ausländischen Gäste (354 000). Für Dänemark (21 500 Touristen) war mit +41,5 % ein besonders hoher Zuwachs zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste betrug 2,3 Tage (Mai des Vorjahres: 2,2 Tage).

Zum Ende des Monats wurden in Berlin 781 geöffnete Beherbergungsstätten mit mindestens zehn Betten erfasst (+2 %), die zusammen auf ein Bettenangebot von 125 300 kamen (+4,7 %). Außerdem waren 11 Urlaubscampingplätze mit jeweils mindestens zehn Stellplätzen geöffnet. Die durchschnittliche Auslastung der angebotenen Betten betrug 57,3 % und lag damit deutlich über der des Vorjahresmonats von 55,3 %.

Gäste und Übernachtungen in den Berliner Beherbergungsbetrieben im Mai 2012 nach Herkunft

Herkunft	Mai 2012				Januar bis Mai 2012			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland.....	632 500	3,7	1 332 900	6,4	2 623 400	11,2	5 368 400	11,5
Ausland.....	353 900	10,7	905 500	13,2	1 458 600	12,2	3 736 300	12,1
darunter								
USA.....	31 400	10,3	76 600	8,5	99 100	10,2	236 300	8,2
Großbritannien.....	31 400	1,6	74 800	8,1	142 600	3,6	348 400	3,3
Niederlande.....	30 300	11,8	87 100	16,1	109 400	13,0	286 600	14,1
Frankreich.....	21 900	18,3	58 500	22,0	92 100	21,6	240 000	22,2
Dänemark.....	21 500	41,5	56 200	35,2	80 000	22,9	211 500	22,1
Schweiz.....	20 100	19,4	49 900	19,8	77 300	17,9	192 300	17,1
Italien.....	19 200	–2,9	51 900	–2,2	120 200	14,8	341 000	13,1
Spanien.....	18 200	2,1	48 400	1,3	83 200	6,2	230 500	1,4
Schweden.....	15 400	26,9	39 100	32,6	51 500	19,2	129 100	20,6
Russland.....	12 600	23,1	30 900	18,5	62 600	24,5	161 300	24,2
Insgesamt	986 500	6,1	2 238 400	9,0	4 082 000	11,5	9 104 700	11,8

Tourismus Mai 2012**Brandenburg mit stabilen Zuwachsraten durch Inlandtourismus**

Die Zahl der inländischen Besucher im Land Brandenburg nahm im Monat Mai 2012 um 16,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Bei den Übernachtungen war ein Anstieg von 19,7 % zu verzeichnen. Durch diese positive Entwicklung und den hohen Anteil der Gäste aus dem Inland (rd. 95 %) wurde nach vorläufigen Berechnungen (...) wieder ein Zuwachs an Gästen und Übernachtungen insgesamt in den Brandenburger Beherbergungsstätten und auf den Campingplätzen für Urlaubscamping registriert. Aus dem In- und Ausland besuchten rund 487 700 Touristen und damit 14,7 % mehr als ein Jahr zuvor das Brandenburger Land. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 17,7 % auf fast 1,3 Mill. Verglichen mit dem Mai 1992 kamen sogar drei Mal mehr Besucher.

Im Mai waren im Land Brandenburg 1 466 Beherbergungsstätten geöffnet, die über ein Bettenangebot von 81 200 verfügten. Die durchschnittliche Bettenauslastung wurde für den Mai 2012 mit 44,5 % berechnet.

Des Weiteren boten 164 Campingplätze insgesamt 10 400 Stellplätze für Urlaubscamping an. Die Zahl der Gäste und auch der Übernachtungen lag im Monat Mai gut doppelt so hoch wie im Vorjahr (158,3 % bzw. 177,2 %).

Gäste und Übernachtungen in den Brandenburger Beherbergungsbetrieben im Mai 2012 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Mai 2012				Januar bis Mai 2012			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Prignitz.....	13 900	15,5	30 400	15,1	45 500	12,7	101 700	14,2
Ruppiner Seenland	60 400	18,2	155 500	14,9	181 000	15,1	479 300	12,1
Uckermark.....	33 200	15,7	93 800	17,9	92 900	7,5	256 100	8,2
Barnimer Land.....	28 400	13,6	87 900	9,3	73 600	8,1	272 000	5,1
Seenland								
Oder-Spree.....	76 100	4,9	217 300	8,1	234 200	3,6	725 600	7,1
Dahme-Seengebiet.....	47 200	31,4	98 100	28,4	153 500	3,7	304 800	7,2
Spreewald.....	65 100	18,8	174 000	30,0	175 600	4,4	463 400	9,5
Niederlausitz.....	20 500	36,9	54 900	47,2	49 300	18,3	121 000	19,1
Elbe-Elster-Land.....	6 200	14,8	22 900	11,5	17 000	-0,2	80 700	1,6
Fläming.....	49 400	5,6	118 300	9,3	165 700	7,4	404 800	7,9
Havelland.....	41 200	20,5	107 700	28,6	108 400	7,0	279 000	9,0
Potsdam.....	46 100	5,4	108 000	13,9	148 800	8,2	346 900	11,4
Land Brandenburg	487 700	14,7	1 268 800	17,7	1 445 500	7,4	3 835 300	8,9

Preise Juli 2012

Verbraucherpreise in Berlin um 2,3 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist in Berlin von Juni 2012 bis Juli 2012 um 0,4 % auf einen Indexstand von 113,3 (Basis 2005 \triangleq 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2011 betrug +2,3 %.

Die gegenüber dem Vormonat ermittelte durchschnittliche Erhöhung der Verbraucherpreise im Juli 2012 (+0,4 %) ist vor allem auf saisonbedingte Preiserhöhungen für den Urlaub zurückzuführen. So stiegen die Mieten für Ferienwohnungen oder -häuser um 27,9 %, die Preise für Pauschalreisen um 14,9 % und die Personenbeförderung im Luftverkehr um 8,7 %. Die Mineralölprodukte beeinflussten die Gesamtentwicklung mit +1,3 % (Heizöl: +6,5 %; Kraftstoffe: -0,2 %). Dämpfend auf die Gesamtentwicklung wirkten dagegen beginnende Preisreduzierungen für Bekleidung (-2,2 %) und Schuhe (-0,6 %). Auch die Nahrungsmittelpreise gingen im Vergleich zum Juni 2012 um 1,7 % zurück. Dies beruhte vordergründig auf Preissenkungen für Obst (-7,7 %), Gemüse (-4,8 %) sowie Speisefette und -öle (-3,0 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderungsrate ist im Juli 2012 mit +2,3 % (Juni 2012: +2,2 %) wieder leicht gestiegen. Bestimmt wurde die Entwicklung weiterhin durch die Energiepreise (+5,3 %; Teuerung ohne Energie: +1,8 %). Mineralölprodukte verteuerten sich dabei um 2,6 %, wobei Heizöl um 7,7 % und Kraftstoffe um 1,1 % teurer wurden.

Erneut kräftig angezogen haben im Vergleich zum Vorjahr auch die Nahrungsmittelpreise (+4,4 %). Insbesondere für Fleisch und Fleischwaren (+8,8 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+6,9 %), Obst (+6,3 %), Fisch und Fischwaren (+5,7 %) sowie Zucker, Marmelade u. a. Süßwaren (+4,1 %) mussten die Verbraucher wesentlich mehr bezahlen als im Juli 2011. Erheblich günstiger als vor einem Jahr wurden dagegen Speisefette und -öle (-8,4 %) angeboten. Ebenfalls deutlich mehr als im Vorjahr kosteten Pauschalreisen (+5,8 %), alkoholfreie Getränke (+4,1 %), Schuhe (+2,8 %) und Verkehrsdienstleistungen (+2,6 %).

Weiterhin verbraucherfreundlich entwickelten sich im Jahresvergleich die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte (-4,7 %) und Unterhaltungselektronik (-3,6 %).

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 1,7 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von Juni 2012 bis Juli 2012 um 0,4 % auf einen Indexstand von 112,4 (Basis 2005 \triangleq 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2011 lag bei +1,7 %.

Die gegenüber dem Vormonat ermittelte durchschnittliche Erhöhung der Verbraucherpreise im Juli 2012 (+0,4 %) ist vor allem auf saisonbedingte Preiserhöhungen für den Urlaub zurückzuführen. So stiegen die Mieten für Ferienwohnungen oder -häuser um 27,9 %, die Preise für Pauschalreisen um 14,9 % und die Personenbeförderung im Luftverkehr um 8,7 %. Die Mineralölprodukte beeinflussten die Gesamtentwicklung mit +1,5 % (Heizöl: +4,7 %; Kraftstoffe: +0,6 %). Dämpfend auf die Gesamtentwicklung wirkten dagegen beginnende Preisreduzierungen für Bekleidung (-2,3 %) und Schuhe (-0,9 %). Auch die Nahrungsmittelpreise gingen im Vergleich zum Juni 2012 um 0,9 % zurück. Dies beruhte vordergründig auf Preissenkungen für Gemüse (-5,9 %), Speisefette und -öle (-2,1 %) sowie Obst (-1,7 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderungsrate sank auch im Juli 2012 weiter und lag mit +1,7 % (Juni 2012: +1,8 %) den zweiten Monat in Folge unter der 2 %-Marke. Bestimmt wurde die Entwicklung weiterhin durch die Energiepreise (+4,4 %; Teuerung ohne Energie: +1,5 %). Mineralölprodukte verteuerten sich dabei um 4,2 %, wobei Heizöl um 8,5 % und Kraftstoffe um 2,9 % teurer wurden.

Gestiegen sind im Vergleich zum Vorjahr auch die Nahrungsmittelpreise (+2,5 %). Insbesondere für Obst (+7,8 %), Zucker, Marmelade u. a. Süßwaren (+6,0 %), Fisch und Fischwaren (+5,4 %), Fleisch und Fleischwaren (+4,7 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+3,0 %) mussten die Verbraucher wesentlich mehr bezahlen als im Juli 2011. Günstiger als vor einem Jahr wurden dagegen Speisefette und -öle (-9,0 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (-2,8 %) angeboten.

Ebenfalls deutlich mehr als im Vorjahr kosteten Pauschalreisen (+5,8 %), alkoholfreie Getränke (+5,4 %), Verkehrsdienstleistungen (+2,9 %) und Bekleidung (+2,6 %). Weiterhin verbraucherfreundlich entwickelten sich im Jahresvergleich die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte (-4,7 %) und Unterhaltungselektronik (-4,5 %).

Verbraucherpreisindex in Berlin und in Brandenburg im Juni 2012 (Basis 2005 = 100)

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Berlin			Brandenburg		
		Index- stand	Veränderung gegenüber		Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vormonat		Vorjahres- monat	Vormonat
		Promille	2005 = 100	in %	2005 = 100	in %	
Preisindex insgesamt.....	1000,00	113,3	2,3	0,4	112,4	1,7	0,4
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel.....	983,09	113,2	2,2	0,5	112,3	1,7	0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	112,1	2,2	0,4	111,1	1,6	0,4
ohne Nettomieten und Nebenkosten.....	763,66	114,1	2,3	0,4	115,2	2,1	0,6
ohne administrierte Preise.....	792,42	113,9	2,2	0,4	112,6	1,9	0,5
Waren.....	493,00	116,6	3,1	-0,2	116,4	2,5	-0,2
Andere Verbrauchsgüter.....	305,11	126,1	4,1	-0,1	124,4	3,1	-
Dienstleistungen.....	507,00	110,1	1,4	1,0	108,6	1,1	1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke....	103,55	121,8	4,3	-1,4	119,9	2,9	-0,7
Nahrungsmittel zusammen.....	89,99	121,7	4,4	-1,7	119,5	2,5	-0,9
saisonabhängige Nahrungsmittel!.....	16,91	119,1	3,7	-7,2	119,8	3,7	-4,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren.....	38,99	117,1	2,4	-0,4	2,7	-0,1	
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten).....	16,56	108,1	0,3	-1,4	112,5	1,0	-0,2
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	102,6	0,9	-1,9	109,5	2,1	-2,1
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe.....	308,00	118,6	3,2	0,6	112,0	1,8	0,3
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)....	236,34	110,5	1,7	0,3	103,6	0,7	-
Nettokaltmieten.....	203,30	110,8	1,8	0,2	103,3	0,7	-
Wohnungsnebenkosten.....	33,04	109,0	0,9	0,9	105,1	-	-
Haushaltsenergie.....	59,82	145,9	7,8	1,1	143,0	5,2	0,8
Elektrizität.....	24,61	143,2	7,2	-	140,4	1,5	-
Gas.....	12,85	142,6	8,4	-	130,4	7,0	-
Heizöl.....	9,21	163,8	7,7	6,5	167,6	8,5	4,7
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses.....	55,87	104,9	2,0	0,2	108,3	1,6	-0,1
Gesundheitspflege.....	40,27	107,0	1,2	-0,1	108,3	2,5	-
Verkehr.....	131,90	118,5	1,3	0,5	118,5	2,2	0,4
Kraftstoffe.....	35,37	133,0	1,1	-0,2	133,2	2,9	0,6
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	84,4	-1,2	-0,1	84,5	-1,3	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	105,7	2,0	3,4	108,7	1,9	3,5
Pauschalreisen.....	25,93	126,7	5,8	14,9	126,7	5,8	14,9
Bildungswesen.....	7,40	78,1	2,0	-	119,8	-0,3	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen.....	43,99	112,7	0,4	0,6	118,5	3,0	2,8
Verpflegungsdienstleistungen.....	32,12	110,4	2,3	0,1	115,9	3,6	-
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen).....	11,87	118,9	-4,4	1,9	125,6	1,8	10,7
Miete für Ferienwohnungen.....	4,44	144,1	2,5	27,9	144,1	2,5	27,9
Andere Waren und Dienstleistungen.....	74,47	112,6	0,2	-	109,9	-1,3	-0,1

1 Kartoffeln, Frischgemüse,
Frischobst und Frischfisch

Bevölkerung Juni 2012

Ausländerinnen und Ausländer aus 185 Staaten beleben Berlin

Zum 30. Juni 2012 waren (...) insgesamt 486 709 Einwohnerinnen und Einwohner mit einer nicht deutschen Staatsangehörigkeit in Berlin registriert. Gegenüber dem vergleichbaren Stand des Vorjahres stieg die Zahl der Ausländer damit wiederum an, und zwar um 20 655. Der Ausländeranteil beträgt 14,1 %.

Die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund (Deutsche mit Migrationshintergrund, Ausländerinnen und Ausländer) stieg in diesem Zeitraum um 36 196 auf 924 400. Damit lag der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern in Berlin bei 26,9 %.

Die Ausländer sind in Berlin regional sehr unterschiedlich verteilt. Liegt der Ausländeranteil im Bezirk Mitte bei 27,8 %, so beträgt er in Treptow-Köpenick nur 3,6 %. Beim Vergleich der Ortsteile reicht die Spannweite von 34,5 % in Gesundbrunnen bis zu 1,1 % in Blankenfelde. Der Ortsteil Gesundbrunnen ist beim Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund mit 59,2 % ebenfalls Spitzenreiter.

Die ausländischen Bürger kommen aus insgesamt 185 Staaten. Knapp drei Viertel davon sind Europäer (73,5 %). Aus asiatischen Staaten stammen 14,4 %, aus Amerika 5,6 %, aus Afrika 3,6 % und aus Australien und Ozeanien kommen 0,5 % der Ausländer.

Aus den 26 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) waren 173 324 Bürger mit Hauptwohnung in Berlin gemeldet, ca. 16 500 (10,5 %) mehr als vor einem Jahr. Ein größerer Anstieg war vor allem bei den Einwohnern aus Rumänien, Bulgarien und Spanien zu verzeichnen.

Die größte Gruppe von Ausländern in Berlin bilden die Türken. Deren Anzahl sank leicht und liegt nun bei rund 102 000. Die Zahl der Einwohner mit einem türkischen Migrationshintergrund stieg gegenüber dem Juni 2011 jedoch leicht an und liegt nun bei 176 774. (...)

Ausländische Einwohnerinnen und Einwohner in Berlin am 30. Juni 2012 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	Anzahl	%	absolut	%
Europa	357 585	73,5	16 494	4,8
Europäische Union	173 324	35,6	16 504	10,5
darunter Bulgarien.....	14 405	3,0	3 079	27,2
Dänemark.....	2 806	0,6	203	7,8
Frankreich.....	14 361	3,0	822	6,1
Griechenland.....	10 466	2,2	876	9,1
Italien.....	18 261	3,8	1 718	10,4
Lettland.....	3 009	0,6	301	11,1
Litauen.....	2 077	0,4	244	13,3
Niederlande.....	4 634	1,0	401	9,5
Österreich.....	9 715	2,0	328	3,5
Polen.....	44 838	9,2	2 605	6,2
Portugal.....	3 115	0,6	266	9,3
Rumänien.....	8 037	1,7	2 025	33,7
Schweden.....	3 254	0,7	239	7,9
Spanien.....	10 031	2,1	1 808	22,0
Ungarn.....	2 980	0,6	360	13,7
Vereinigtes Königreich.....	10 911	2,2	516	5,0
Sonstiges Europa	184 261	37,9	- 10	0,0
darunter Bosnien und Herzegowina.....	10 128	2,1	- 54	- 0,5
Kroatien.....	10 053	2,1	- 6	- 0,1
Mazedonien.....	4 890	1,0	72	1,5
Russische Föderation.....	16 752	3,4	1 035	6,6
Schweiz.....	4 511	0,9	219	5,1
Serbien ¹	18 227	3,7	- 678	- 3,6
Türkei.....	101 975	21,0	- 1 717	- 1,7
Ukraine.....	8 629	1,8	335	4,0
Afrika	17 672	3,6	369	2,1
Amerika	27 320	5,6	1 544	6,0
darunter Brasilien.....	3 088	0,6	261	9,2
Kanada.....	2 171	0,4	200	10,1
Vereinigte Staaten (USA).....	13 781	2,8	706	5,4
Asien	69 901	14,4	2 459	3,6
darunter China.....	5 924	1,2	291	5,2
Indien.....	2 661	0,5	211	8,6
Irak.....	2 088	0,4	41	2,0
Iran.....	4 107	0,8	141	3,6
Israel.....	3 110	0,6	174	5,9
Japan.....	2 892	0,6	211	7,9
Korea, Republik.....	3 228	0,7	195	6,4
Libanon.....	7 028	1,4	- 16	- 0,2
Syrien.....	2 241	0,5	117	5,5
Thailand.....	4 983	1,0	- 49	- 1,0
Vietnam.....	13 622	2,8	221	1,6
Australien und Ozeanien	2 541	0,5	354	16,2
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe.....	11 690	2,4	- 565	- 4,6
Insgesamt	486 709	100	20 655	4,4

¹ einschl. ehem. „Serbien und Montenegro“ sowie „Serbien (einschl. Kosovo)“

Bevölkerung Jahr 2011

■ Berliner Bevölkerungszahl über der 3,5-Mill.-Marke

(...) Die Bevölkerungszahl hat in Berlin zum Ende des vergangenen Jahres die 3,5-Mill.-Marke überschritten. Am 31. Dezember 2011 wurden rund 3 501 900 Einwohner in der Stadt registriert. Das waren ca. 41 100 Personen bzw. 1,2 % mehr als am Anfang des Jahres. Dies ist die mit Abstand höchste Bevölkerungszunahme innerhalb eines Jahres seit der Vereinigung der beiden Stadthälften 1990.

Hauptursache für den deutlichen Bevölkerungszuwachs in der Bundeshauptstadt ist ein hoher Wanderungsgewinn von 39 400 Personen. Dieser ergab sich daraus, dass 158 800 Personen im Jahr 2011 ihren Wohnsitz nach Berlin verlagerten, im Gegenzug haben 119 400 Personen die Stadt verlassen. Den größten Anteil am Zuwanderungsgewinn hatten die Neuberliner aus dem Ausland (24 100 Personen). Positiv war ebenso die Wanderungsbilanz mit dem übrigen Bundesgebiet (15 300 Personen). Hinsichtlich der Auslandswanderungen waren die stärksten Gewinne zwischen Berlin und Polen (3 300 Personen) sowie Bulgarien (2 800 Personen) und Spanien (2 000 Personen) zu verzeichnen.

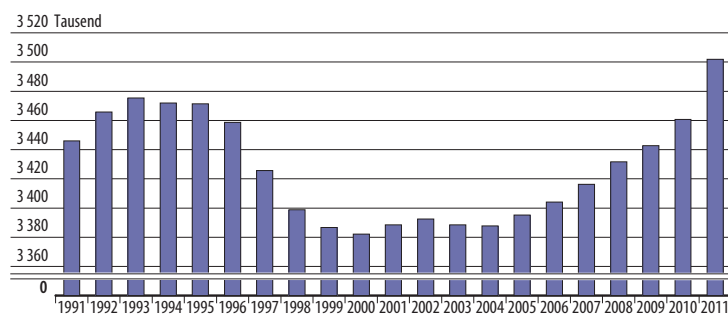
Zur positiven Bevölkerungsbilanz im Jahr 2011 hat auch ein Geburtenüberschuss von 1 700 Personen beigetragen (2010: 1 200 Personen). Im Verlauf des vergangenen Jahres kamen 33 100 Kinder lebend zur Welt, ca. 300 weniger als im Jahr zuvor. Indes sind im gleichen Zeitraum 31 400 Personen (2010: 32 200 Personen) verstorben.

■ Bevölkerungsrückgang in Brandenburg 2011

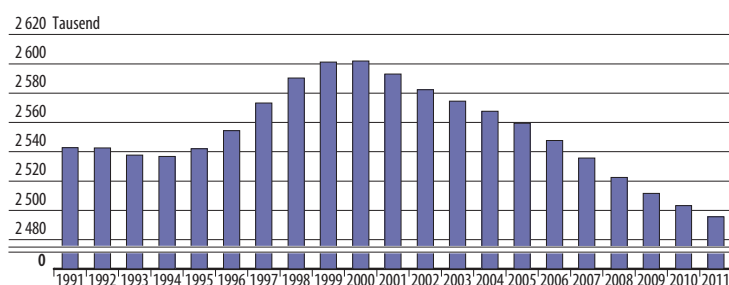
Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag (...) Ende 2011 bei 2 495 600 Einwohnern. Gegenüber dem Jahresanfang wurde somit ein Rückgang um 7 600 Personen bzw. 0,3 % registriert. Die negative Bevölkerungsbilanz wurde bestimmt durch einen deutlichen Sterbeüberschuss von 9 600 Personen, d. h. es starben im vergangenen Jahr mehr Menschen (27 900) als geboren wurden (18 300). Die Zahl der Neugeborenen ist im Vergleich zum Jahr 2010 um ca. 700 gesunken, die Zahl der Sterbefälle verringerte sich um rund 40 Personen.

Im Jahr 2011 verlagerten 63 400 Personen ihren Wohnsitz nach Brandenburg, gleichzeitig verließen 61 600 Personen das Land, sodass sich ein Wanderungsgewinn von 1 800 Personen (2010: 600 Personen) ergab. Zugewinne konnten gegenüber dem Ausland (3 400 Personen) und Berlin (2 400 Personen) verzeichnet werden. Die stärkste Gruppe bei den Auslandswanderungen stellten Personen aus Polen (1 100 Personen), gefolgt von Zuwanderern aus Rumänien (224 Personen) und Afghanistan (223 Personen). Im Austausch mit dem übrigen Bundesgebiet wurde hingegen ein Verlust von 4 000 Personen ermittelt.

Bevölkerungsstand in Berlin seit 1991



... und Brandenburg seit 1991



Kurz gefasst **aus Deutschland**

Bevölkerung Jahr 2011

Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr erstmals seit 2002 wieder gestiegen

Zum Jahresende 2011 stieg nach vorläufigen Ergebnissen (...) die Einwohnerzahl Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 92 000 Personen (+0,1 %) auf mehr als 81,8 Mill. Dies ist die erste, wenn auch nur leichte Zunahme der Bevölkerung in Deutschland seit 2002. Hauptursache war die deutlich gestiegene Zuwanderung in 2011.

Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Zu- und Fortzügen (Wanderungsbewegungen). Zudem fließt eine kleine Zahl von Korrekturen in die Berechnung ein.

Im Jahr 2011 wurden nach vorläufigen Ergebnissen 663 000 Kinder geboren, das waren 15 000 weniger als im Vorjahr (−2,2 %). Die Zahl der Sterbefälle nahm um 6 000 auf 852 000 ab. Somit verstarben im Jahr 2011 rund 190 000 Menschen mehr als geboren wurden. 2010 hatte das Geburtendefizit noch 181 000 betragen.

Im Jahr 2011 gab es 958 000 Zuzüge nach Deutschland und 679 000 Fortzüge. Gegenüber 2010 erhöhten sich die Zuzüge um 160 000, während die ausgewiesene Zahl der Fortzüge nur um 8 000 stieg. Daraus ergibt sich für 2011 ein Wanderungsüberschuss von 279 000 Personen. Ein ähnlich hoher Wanderungssaldo wurde mit 273 000 letztmals 2001 erreicht. In den Jahren 2008 und 2009 war der Wanderungssaldo negativ ausgefallen.

Bei der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Zahlen der Fortzüge 2008 und 2009 stark und 2010 leicht überhöht waren und als Folge davon der Bevölkerungsrückgang in diesen Jahren überzeichnet wurde. Hintergrund ist, dass die Fortzugszahlen aufgrund von Angaben der Meldebehörden zu Abmeldungen ermittelt werden. Wegen der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer sind 2008 und 2009 und in geringerem Umfang auch noch 2010 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister durch zahlreiche Abmeldungen von Amts wegen vorgenommen worden, die zum großen Teil in die Statistik eingeflossen sind.

Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich 2011 regional sehr unterschiedlich. Sieben Bundesländer verzeichneten eine Bevölkerungszunahme: Baden-Württemberg (+32 000), Bayern (+57 000), Berlin (+41 000), Bremen (+600), Hamburg (+12 000), Hessen (+25 000) und Schleswig-Holstein (+3 000). In allen neuen Bundesländern sowie in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland war die Einwohnerzahl dagegen rückläufig. Besonders hoch fiel der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt (−22 000) sowie in Thüringen (−14 000) und Sachsen (−12 000) aus. (...)

Quelle: DESTATIS

Erwerbstätigkeit Juni 2012

41,6 Mill. Erwerbstätige in Deutschland

Im Juni 2012 waren insgesamt 41,6 Mill. Personen mit einem Wohnort in Deutschland erwerbstätig. (...) Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 492 000 Personen über dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juni 2012 rund 2,19 Mill. Personen, das waren rund 324 000 weniger als im Juni 2011.

Nach vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung stieg im Juni 2012 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juni 2011 um 1,2 %. Damit war die Zuwachsrate etwas geringer als in den Monaten Februar bis Mai 2012 (+1,3 %) und Januar 2012 (+1,4 %).

Gegenüber dem Vormonat Mai erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Juni 2012 um 27 000 Personen oder 0,1 %. Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der üblichen jahreszeitlichen Schwankungen, ergibt sich ein Zuwachs von 24 000 Personen (+0,1 %).

Neben der Erstberechnung der Erwerbstätigenzahl für den Berichtsmonat Juni 2012 wurden im Rahmen der turnusmäßigen Überarbeitung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch

die vorläufigen monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit ab dem Jahr 2008 neu berechnet. Hierbei wurden alle zum jetzigen Berechnungszeitpunkt zusätzlich verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen in die Erwerbstätigenrechnung einbezogen. Aus der Neuberechnung resultierten für die monatlichen Erwerbstätigenzahlen Vorjahresveränderungsraten, die maximal um 0,2 Prozentpunkte von den bisher veröffentlichten Ergebnissen nach oben oder unten abweichen.

Nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung ging die Zahl der Erwerbslosen im Juni 2012 gegenüber Juni 2011 um 12,9 % zurück. Sie sank um 324 000 auf 2,19 Mill. Personen. Gegenüber dem Vormonat Mai 2012 reduzierte sich die Erwerbslosenzahl um 133 000 Personen oder 5,8 %. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen im Vergleich zum Vormonat um 14 600 auf 2,27 Mill. (−0,9 %). Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juni 2012 bei 5,4 %.

Quelle: DESTATIS

Verdienste April 2012 und Jahr 2010

┐ Tarifverdienste um 2,2 % gestiegen

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind im April 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat durchschnittlich um 2,2 % gestiegen. (...) Dies ist der höchste Anstieg der Tarifverdienste seit Januar 2010.

Den stärksten Zuwachs gab es von April 2011 bis April 2012 bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit durchschnittlich +4,1 %. Dazu gehören zum Beispiel die Vermittlung von Arbeitskräften und die Gebäudereinigung. Auch im Bereich Erziehung und Unterricht stiegen die Tarifverdienste mit +4,0 % überdurchschnittlich. Bei den Tarifbeschäftigten in diesem Bereich handelt es sich überwiegend um Angestellte kommunaler Kinderkrippen und -gärten, die nach Tarifvertrag für Bund und Gemeinden (TVöD) entlohnt werden. Der TVöD beinhaltet ab August 2011 eine Tarifierhöhung um 0,5 %, die bereits im Februar 2010 beschlossen worden war. Zudem sieht der im März 2012 vereinbarte Tarifvertrag eine Tarifierhöhung um 3,5 % ab März 2012 vor. Im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung erhöhten sich die durchschnittlichen Tarifverdienste um 3,6 %. Hier wirkt sich neben dem TVöD auch der Tarifabschluss für die Länder (TV-L) aus. Der TV-L sieht zum 1. Januar 2012 eine Tarifierhöhung um 1,9 % plus einen Sockelbetrag von 17 EUR vor.

Im Verarbeitenden Gewerbe, zu dem unter anderem auch die Metall- und Elektroindustrie sowie die Chemische Industrie zählen, war der Anstieg der Tarifverdienste von April 2011 bis April 2012 mit durchschnittlich +0,8 % am niedrigsten. Allerdings sieht der Pilotabschluss in der Metallindustrie in Baden-Württemberg ab Mai 2012 Tarifierhöhungen um 4,3 % vor. Zudem werden im Sommer 2012 die Tarifentgelte in der Chemischen Industrie um 4,5 % angehoben.

Ebenfalls unterdurchschnittlich stiegen die tariflichen Monatsverdienste im Schnitt bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen mit +1,5 % sowie im Bereich Information und Kommunikation mit + 2,0 %.

Quelle: DESTATIS

┐ 11 % der Beschäftigten verdienten weniger als 8,50 EUR je Stunde

Rund 11 % aller Beschäftigten in Deutschland, die in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten arbeiteten, verdienten im Jahr 2010 weniger als 8,50 EUR je Stunde. In Ostdeutschland lag mehr als ein Fünftel (22 %) aller Beschäftigten unter diesem Stundenverdienst, in Westdeutschland jeder Zehnte. Die meisten waren geringfügig entlohnte Beschäftigte (46 %), auch Minijobber oder 400-EUR-Jobber genannt. Ein Drittel (33 %) waren Vollzeitbeschäftigte, 21 % Teilzeitbeschäftigte. Dies sind erste Ergebnisse (...) aus der aktuellen Verdienststrukturerhebung für das Jahr 2010 in Betrieben des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs mit zehn und mehr Beschäftigten.

Die Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR waren überwiegend Frauen (60 % gegenüber 40 % Männer). Betrachtet man hingegen ausschließlich Vollzeitbeschäftigte, waren es mehr Männer als Frauen, die unter diesem Stundenverdienst lagen.

Die Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR setzten sich in Ost und West unterschiedlich zusammen: In Westdeutschland waren Minijobber die größte Gruppe. Das sind meist Frauen und Beschäftigte ohne Berufsausbildung. Die größte Gruppe in Ostdeutschland waren Vollzeitbeschäftigte. Das sind meist Männer und Beschäftigte mit Berufsausbildung.

Die meisten Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR arbeiteten im Verarbeitenden Gewerbe (14 %) und in der Zeitarbeit (10 %) – hier vor allem in Vollzeit. Weitere Bereiche waren die Gebäudereinigung/Gebäudebetreuung (12 %), der Einzelhandel (10 %) oder das Gastgewerbe (9 %) – hier arbeiteten diese Beschäftigten meist in Minijobs. Sie waren vor allem als Hilfsarbeitskräfte (35 %), als Verkäufer und in Dienstleistungsberufen (25 %) sowie als Bürokräfte (15 %) tätig.

Die Beschäftigten mit einem Stundenverdienst unter 8,50 EUR hatten meist einen privatwirtschaftlichen Arbeitgeber (93 %), selten einen öffentlichen (7 %). Die Mehrheit dieser Beschäftigten (68 %) war bei nicht tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt, 32 % bei tarifgebundenen.

Quelle: DESTATIS

Index der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland im April 2012

Ab-schnitt ¹	Tarifliche Monatsverdienste	2005 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in %
B-S	Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsbereich.....	115,2	2,2
	Ausgewählte Wirtschaftszweige		
C	Verarbeitendes Gewerbe.....	117,2	0,8
D	Energieversorgung.....	120,9	2,7
F	Baugewerbe.....	114,8	2,9
G	Handel.....	113,4	2,3
H	Verkehr und Lagerei.....	116,4	3,0
I	Gastgewerbe.....	112,5	2,4
J	Information und Kommunikation.....	114,9	2,0
K	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.....	112,6	1,5
N	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (zum Beispiel Vermittlung von Arbeitskräften; Wach- und Sicherheitsdienste, Gebäudereinigung)	115,5	4,1
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung.....	115,7	3,6
P	Erziehung und Unterricht.....	113,9	4,0
Q	Gesundheits- und Sozialwesen.....	111,7	2,8
	Nachrichtlich		
B-N	Privatwirtschaft.....	116,0	1,7
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen.....	113,9	3,4

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige; Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Kurz gefasst **aus Europa**

Finanzen 1. Quartal 2012

Öffentlicher Schuldenstand des EUR-Raums stieg auf 88,2 % des BIP

Am Ende des ersten Quartals 2012 belief sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP im EUR-Raum¹ (ER17) auf 88,2 %, verglichen mit 87,3 % am Ende des vierten Quartals 2011. In der EU27² stieg der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 82,5 % auf 83,4 % an. Gegenüber dem ersten Quartal 2011 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand als Prozent des BIP sowohl im EUR-Raum (von 86,2 % auf 88,2 %) als auch in der EU27 (von 80,4 % auf 83,4 %).

Am Ende des ersten Quartals 2012 hatten Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) einen Anteil von 78,3 % am öffentlichen Schuldenstand des EUR-Raums und von 79,3 % am öffentlichen Schuldenstand der EU27. Der Anteil von Krediten belief sich auf 17,8 % des öffentlichen Schuldenstands des EUR-Raums und auf 15,6 % der EU27. Bargeld und Einlagen machten 2,8 % des öffentlichen Schuldenstands des EUR-Raums und 3,8 % der EU27 aus.

Aufgrund der Beteiligung der EU-Regierungen an den Finanzhilfen für einige Mitgliedstaaten, und um ein vollständigeres Bild über die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands zu erhalten, werden ebenfalls vierteljährliche Daten zu zwischenstaatlichen Krediten veröffentlicht. Der Anteil der zwischenstaatlichen Kredite als Prozent des BIP wies am Ende des ersten Quartals 2012 ähnliche Werte für den EUR-Raum und die EU27 auf; er belief sich auf 1,2 % bzw. 0,9 % des BIP. (...)

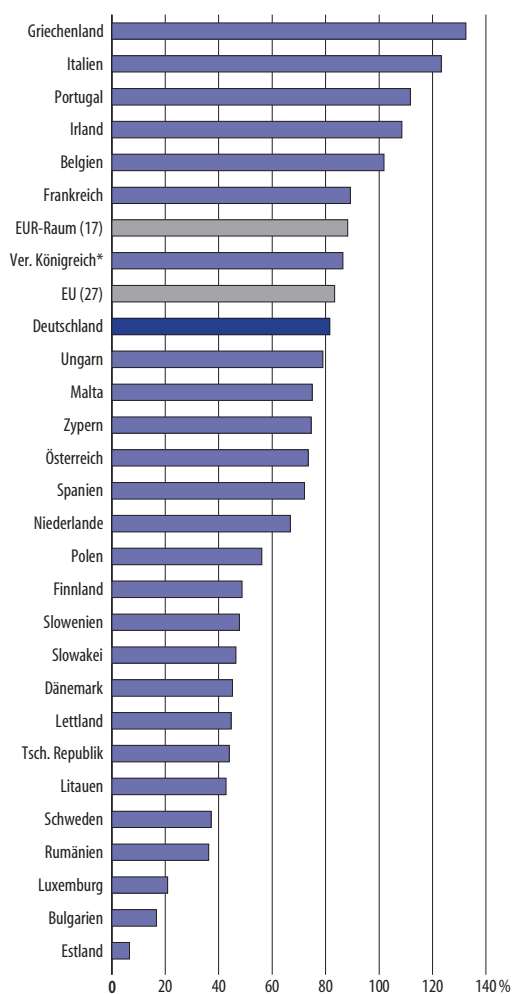
Die höchsten Verschuldungsquoten (öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP) wurden am Ende des ersten Quartals 2012 in Griechenland (132,4 %), Italien (123,3 %), Portugal (111,7 %) und Irland (108,5 %) verzeichnet und die niedrigsten Quoten in Estland (6,6 %), Bulgarien (16,7 %) und Luxemburg (20,9 %).

Im Vergleich zum vierten Quartal 2011 verzeichneten 21 Mitgliedstaaten am Ende des ersten Quartals 2012 einen Anstieg der Verschuldungsquote und sechs einen Rückgang. Die höchsten Anstiege wurden in Litauen (+4,0 Prozentpunkte), Portugal (+3,8 Prozentpunkte), Spanien (+3,7 Prozentpunkte) und Belgien (+3,6 Prozentpunkte) registriert und die größten Rückgänge in Griechenland (-33,0 Prozentpunkte), Ungarn (-1,8 Prozentpunkte) und Dänemark (-1,5 Prozentpunkte). Es ist anzumerken, dass die Veränderung der Verschuldungsquote zwischen zwei aufeinanderfolgenden Quartalen in einigen Fällen durch saisonale Muster beeinflusst werden kann.

Im Vergleich zum ersten Quartal 2011 wiesen 23 Mitgliedstaaten am Ende des ersten Quartals 2012 einen Anstieg und vier einen Rückgang der Verschuldungsquote auf. Die höchsten Anstiege der Quote meldeten Portugal (+17,2 Prozentpunkte), Zypern (+11,0 Prozentpunkte) und Irland (+8,2 Prozentpunkte) und die stärksten Rückgänge wurden in Griechenland (-20,0 Prozentpunkte) und Ungarn (-4,1 Prozentpunkte) gemessen.

Quelle: EUROSTAT

Öffentlicher Schuldenstand der Mitgliedstaaten am Ende des 1. Quartals 2012



* Änderungen der Daten durch Eurostat.

1 Zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

2 Zur EU27 gehören: Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxem-

burg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

Preise Juni 2012

Jährliche Inflationsrate im Euroraum unverändert bei 2,4 %

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Juni 2012 bei 2,4 %, unverändert verglichen mit Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,7 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug –0,1 % im Juni 2012. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Juni 2012 bei 2,6 %, gegenüber 2,5 % im Mai. Ein Jahr zuvor hatte sie 3,1 % betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,0 % im Juni 2012. (...)

Im Juni 2012 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Schweden (0,9 %), Griechenland (1,0 %) und Bulgarien (1,6 %) gemessen und die höchsten in Ungarn (5,6 %) sowie Estland und Malta (je 4,4 %). Im Vergleich zum Mai 2012 ging die jährliche Inflationsrate in acht Mitgliedstaaten zurück, blieb in acht unverändert und stieg in zehn an.

Die niedrigsten Durchschnittswerte über zwölf Monate bis einschließlich Juni 2012 verzeichneten Schweden (1,1 %), Irland (1,6 %) und Griechenland (1,9 %), während die höchsten Werte in Estland und Ungarn (je 4,7 %) sowie Slowakei (4,1 %) gemessen wurden.

(...) Die Hauptkomponenten mit den höchsten jährlichen Raten im Juni 2012 waren Alkohol und Tabak (4,9 %), Wohnung (3,7 %) und Verkehr (3,1 %). Die

Hauptkomponenten mit den niedrigsten jährlichen Raten waren Nachrichtenübermittlung (–2,8 %), Erziehung und Unterricht (0,7 %) sowie Freizeit und Kultur (0,8 %). Bei den Teilindizes hatten Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,13 Prozentpunkte), Gas (+0,11 Prozentpunkte) und Tabak (+0,10 Prozentpunkte) die stärkste Steigerungswirkung auf die Gesamtinflation, während Telekommunikation (–0,17 Prozentpunkte) sowie Kraftwagen und Mieten (je –0,06 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Die Hauptkomponenten mit den höchsten monatlichen Raten waren Nahrungsmittel sowie Restaurants und Hotels (je 0,4 %) und Nachrichtenübermittlung (0,2 %). Hauptkomponente mit den niedrigsten monatlichen Raten waren Bekleidung und Schuhe (–1,2 %), Verkehr (–0,07 %) sowie Wohnung (–0,1 %). Insbesondere Obst (+0,08 Prozentpunkte) und Beherbergungsdienstleistungen (+0,03 Prozentpunkte) hatten die stärkste Steigerungswirkung, während Kraftstoffe für Verkehrsmittel (–0,16 Prozentpunkte), Bekleidung und Schuhe (–0,07 Prozentpunkte) sowie flüssige Brennstoffe (–0,04 Prozentpunkte) am stärksten senkend wirkten.

Quelle: EUROSTAT

Öffentlicher Schuldenstand der Mitgliedstaaten der EU im 1. Quartal 2012

Land / Währung	Öffentlicher Schuldenstand								Komponenten des öffentlichen Schuldenstands, in % des BIP			Zwischenstaatliche Kredite
	Millionen Landeswährung			% des BIP			Unterschied in Prozentpunkte des BIP, Q1/2012 gegenüber:		Bargeld und Einlagen	Wertpapiere¹	Kredite	% des BIP
	Q1/2011	Q4/2011	Q1/2012	Q1/2011	Q4/2011	Q1/2012	Q1/2011	Q4/2011				
Belgien..... EUR	357 462	361 735	377 314	99,4	98,2	101,8	2,4	3,6	0,4	89,0	12,5	1,1
Bulgarien..... BGN	11 202	12 293	12 540	15,5	16,3	16,7	1,3	0,4	–	10,2	6,6	–
Tsch. Republik..... CZK	1 480 037	1 567 799	1 677 207	39,1	41,2	43,9	4,8	2,7	0,0	39,3	4,6	–
Dänemark..... DKK	797 063	831 147	806 886	45,0	46,6	45,1	0,1	–1,5	0,8	37,2	7,1	–
Deutschland..... EUR	2 057 304	2 088 472	2 111 985	82,0	81,2	81,6	–0,5	0,3	0,4	57,4	23,7	1,2
Estland..... EUR	960	965	1 069	6,5	6,0	6,6	0,1	0,5	–	1,6	5,0	0,8
Irland..... EUR	155 960	169 251	174 252	100,3	106,5	108,5	8,2	2,0	9,8	51,8	46,9	0,2
Griechenland..... EUR	341 145	355 616	280 427	152,4	165,3	132,4	–20,0	–33,0	0,4	65,2	66,8	–
Spanien..... EUR	684 117	734 961	774 549	64,7	68,5	72,1	7,4	3,7	0,3	59,7	12,2	1,3
Frankreich..... EUR	1 649 835	1 716 964	1 789 393	84,3	86,0	89,2	4,8	3,2	1,6	76,7	10,9	1,2
Italien..... EUR	1 866 634	1 897 875	1 946 212	119,5	120,1	123,3	3,8	3,2	10,1	103,7	9,4	1,3
Zypern..... EUR	11 103	12 720	13 228	63,6	71,6	74,6	11,0	2,9	0,0	42,1	32,5	1,3
Lettland..... LVL	5 681	6 028	6 466	43,9	42,6	44,6	0,7	2,0	2,0	14,0	28,5	–
Litauen..... LTL	38 079	40 949	46 081	39,2	38,6	42,7	3,4	4,0	0,1	35,0	7,6	–
Luxemburg..... EUR	7 798	7 786	8 997	19,0	18,2	20,9	1,9	2,7	0,5	11,6	8,8	0,7
Ungarn..... HUF	22 477 731	22 692 816	22 398 935	83,1	80,8	79,0	–4,1	–1,8	0,1	58,4	20,5	–
Malta..... EUR	4 400	4 600	4 831	70,5	71,6	75,0	4,5	3,4	0,7	69,7	4,6	1,7
Niederlande..... EUR	375 815	394 193	402 084	63,2	65,5	66,8	3,6	1,3	0,1	52,2	14,4	1,1
Österreich..... EUR	210 755	217 399	222 562	72,4	72,4	73,5	1,1	1,1	0,0	60,1	13,3	1,1
Polen..... PLN	807 500	858 968	867 413	56,0	56,3	56,1	0,1	–0,2	0,0	47,2	9,0	–
Portugal..... EUR	163 356	184 291	189 979	94,5	107,8	111,7	17,2	3,8	5,6	69,2	36,8	0,7
Rumänien..... RON	164 086	192 851	211 326	30,8	33,3	36,3	5,4	2,9	0,7	22,3	13,3	–
Slowenien..... EUR	16 580	16 954	17 030	46,5	47,6	47,7	1,2	0,2	0,3	41,1	6,4	1,5
Slowakei..... EUR	28 195	29 911	32 358	42,4	43,3	46,4	3,9	3,1	0,1	41,8	4,5	0,9
Finnland..... EUR	84 799	93 053	93 320	46,5	49,1	48,7	2,2	–0,4	0,3	39,5	9,0	1,1
Schweden..... SEK	1 268 272	1 341 410	1 310 490	37,5	38,4	37,2	–0,2	–1,2	1,9	28,0	7,3	–
Ver. Königreich?..... GBP	1 182 933	1 292 655	1 316 231	79,8	85,3	86,4	6,6	1,2	8,8	73,1	1,7	0,1

1 Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) ohne Finanzderivate

2 Änderungen der Daten durch Eurostat

1 Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) ohne Finanzderivate

2 Änderungen der Daten durch Eurostat

Wirtschaft im Überblick April 2012

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2012 zum April 2011 um 6,1 %, genau 14 458 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,9 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –1,0 Prozentpunkte. Im Einzelnen waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats April 2012 zum April 2011) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres fielen im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangsindex und der des Gesamtumsatzes, während die Beschäftigten-Zahl leicht anstieg. Im Bauhauptgewerbe nahmen die gleichen Kennziffern des Auf-

tragseinganges und der Baugenehmigungen ab, die des baugewerblichen Umsatzes und die der Beschäftigtenzahl stieg. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres stark an. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export und beim Export in die EU eine steigende Tendenz, beim Import war sie dagegen fallend. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen sank, die der Betriebsgründungen und -aufgaben stieg stark. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen war steigend, während der der Unternehmensinsolvenzen leicht fiel. Im April 2012 lag die Inflationsrate bei +2,5 % – der jährliche Trend war stärker steigend.

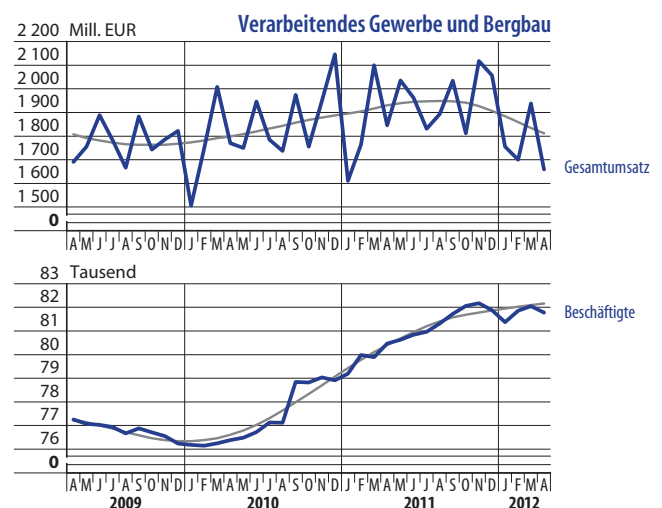
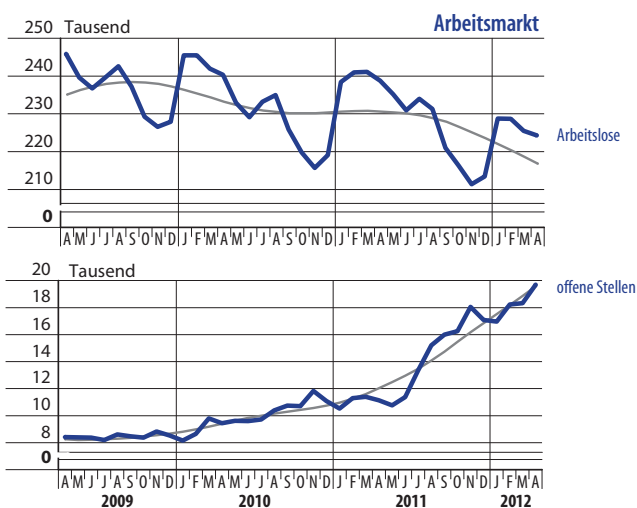
beiden Kennziffern eine Veränderung um –1,1 bzw. –1,0 Prozentpunkte. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lag damit 7,3 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 2,7 bzw. 1,7 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +3,4 bzw. +2,3 Prozentpunkte. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosen-zahl innerhalb der letzten 12 Monate (Mai 2011 bis April 2012) im Vergleich zum Vorjahr (Mai 2010 bis April 2011) lag bei –2,5 %, die Veränderung im laufenden Jahr (Januar bis April 2012 zu Januar bis April 2011) betrug –5,4 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Zurzeit ist der Trend fallend.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt,

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt wurden Ende April des Jahres 2012 mit 223 797 Arbeitslosen 0,5 % weniger als im März 2012 registriert, das entsprach einem Minus von 1 137 Personen. Im Vergleich zum April des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um beachtliche 6,1 % ab, das entsprach einem Minus von 14 458

Personen. Diese Anzahl stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Stahnsdorf, am 31. Dezember 2011, überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,2 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,9 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat bei

Tabelle Seite 26



das entspricht etwa 21 100 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im April 2012 waren 19 699 offene Stellen gemeldet. Das sind +76,8 % zum April 2011 und +49,4 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume sowie bei Vergleich des laufenden Jahres +65,0 %. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an – in letzter Zeit wieder sehr stark. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,4. Der lineare Trend dieses Quotienten ist stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit –3,8 % eine negative Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monatszeiträume waren es „nur“ –0,9 %, in den vier Monaten des laufenden Jahres jedoch –7,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 kontinuierlich an, um seit Mitte 2011 wieder leicht abzufallen.

Die 338 im Monat April dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind vier Betriebe mehr als im April 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz

von 1 659,5 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 186,9 Mill. EUR oder –10,1 % unterschritten. In den letzten 12 Monaten – vom Mai 2011 bis April 2012 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,8 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 1,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit dem Jahreswechsel 2011 / 2012 wieder ab.

Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im April 2012 ein Niveau von 925,5 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 55,8 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 11,2 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert.

Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 steigend. Im April des Jahres 2012 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 830 Personen tätig. Gegenüber dem April 2011 gab es mit +1,6 %

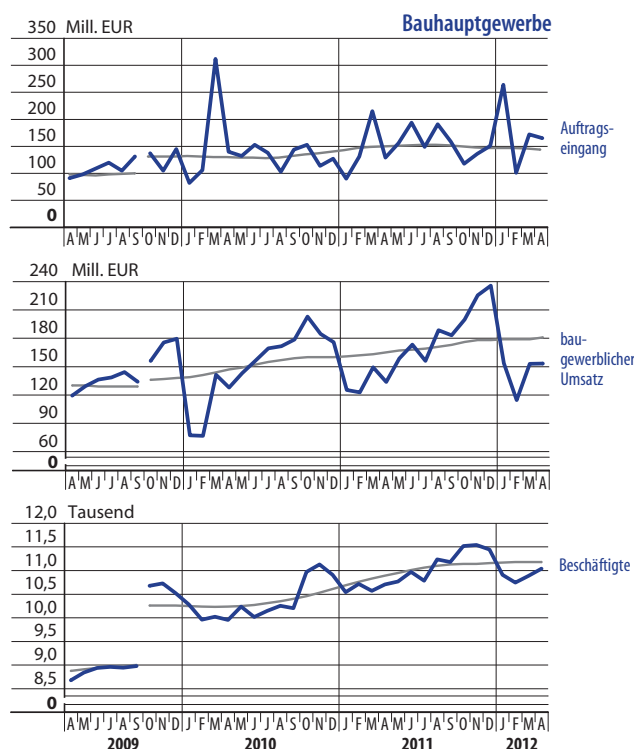
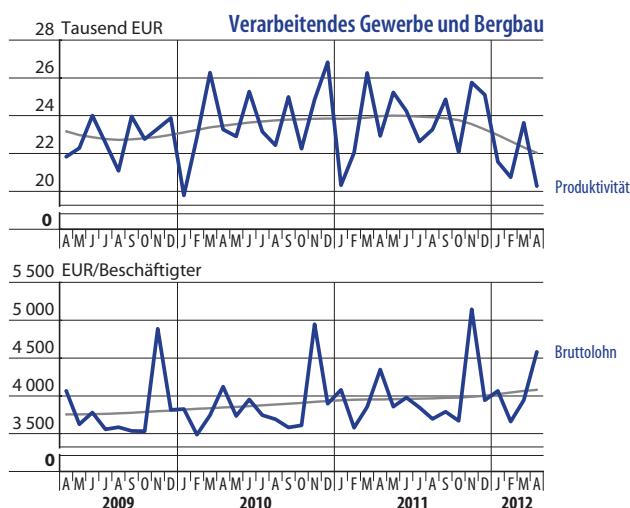
eine positive Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten waren mit +3,8 % und beim 4-Monats-Vergleich mit +2,3 % ebenfalls Verbesserungen sichtbar.

Im April 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 20 280 EUR, das waren –11,6 % gegenüber dem April 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag aktuell bei 4 579 EUR, sie nahm somit stärker zu und lag um +5,3 % oder 231,31 EUR höher als im April 2011.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen an dieser Stelle führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im April 2012 ein Niveau von 165,1 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit +28,0 % zum Vorjahresmonat einen sehr starken Anstieg. In den vier Monaten des laufenden Jahres waren es +24,4 % und beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von +20,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit der Mitte des Jahres 2010 wieder etwas, um in letzter Zeit ganz leicht zu fallen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Trend deshalb leicht fallend.

Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigte bei den längerfristigen Betrachtungszeiträumen eine stark

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Oktober 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



steigende Tendenz. Im April 2012 wurden 158 Baugenehmigungen erteilt, das sind –11,7 % zum April 2011; im Vergleich des laufenden Jahres waren es –11,3 % und im aktuellen Ein-Jahres-Zeitraum dann noch +10,3 %. Der Trend war demzufolge auch leicht fallend.

Der baugewerbliche Umsatz erreichte im April 2012 einen Wert von 153,3 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 153,6 Mill. EUR) bei +14,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen des laufenden Jahres und der zurückliegenden 12 Monate mit +8,0 % bzw. +9,5 % ebenfalls recht positiv. Der jährliche Trend lag damit ebenfalls im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Ende des Jahres 2009 fast linear an.

Mit 11 037 Beschäftigten wurde im April 2012 zum April 2011 ein Zuwachs von 3,1 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 4 bzw. 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten: von 2,4 bzw. 5,2 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl beim Vergleich zum Vorjahresmonat war leicht steigend.

Im April 2012 erreichte im Berlin-Tourismus die Zahl der Gästeankünfte 921,4 Tsd; gegenüber dem April 2011 waren es 72,3 Tsd. Personen oder 8,5 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein

Plus von 10,5 % und in den vier Monaten des laufenden Jahres +13,4 %. Der Trend war stark steigend.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (April 2012 zu April 2011) um ebenfalls 8,5 % an, von 2 020,0 Tsd. auf 2 192,7 Tsd. Übernachtungen. Im 4-Monatsvergleich setzte sich mit +12,7 % und im 12-Monats-Vergleich mit +9,2 % diese positive Entwicklung fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear, in der letzten Zeit sogar etwas stärker.

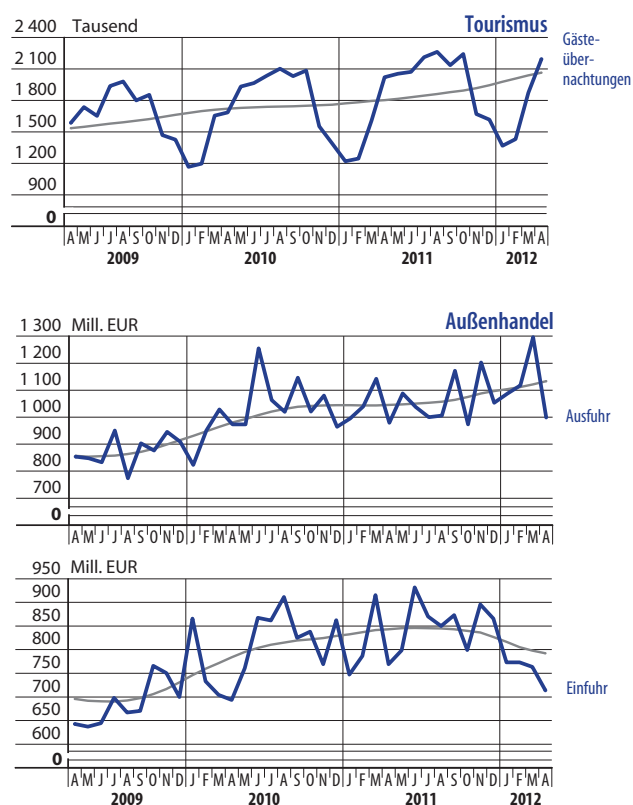
Im Durchschnitt entfielen im April 2012 auf jeden Gast 2,4 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig gleich bleibender Tendenz.

Auch im Berliner **Außenhandel** sind die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im April 999,1 Mill. EUR und lag damit um 2,1 % über dem Ergebnis des April 2011. Beim Vergleich der letzten 4 Monate waren es +8,3 % und beim Vergleich der letzten 12 Monaten dann +2,8 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Mai 2011 bis April 2012 – wurden Waren im Wert von 13,0 Mrd. EUR exportiert, davon erfolgte in die Staaten der

Europäischen Union 44,9 % der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat April 2011 wurden jedoch 11,1 % weniger in die EU exportiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte im Herbst 2010 das Vorkrisen-Niveau erreicht und sich seitdem etwas seitlich bewegt, sie steigt seit Mitte 2011 aber wieder an.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 712,9 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von –7,2 % zum April 2011 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (Mai 2011 bis April 2012) wurden Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR – das sind –0,1 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert, im laufenden Jahr (Januar bis April 2012) ergaben sich zum Vorjahreszeitraum –6,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008 und steigt aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Seit dem Herbst des Jahres 2011 sinkt die Trend-Konjunktur-Komponente jedoch wieder.

Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im April 2012 wurden 1154 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2011, mit +1 229 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es –6,1 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –6,9 % und im laufenden Jahr –8,7 %.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2012 auf 124 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf –2,4 % zum April 2011, der ein Saldo von 127 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des laufenden Jahres ergeben sich +14,1 % und bei dem Ein-Jahres-Zeitraum sind es bei den Betrieben +4,0 %.

Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente kann bei den Gewerbemeldungen als leicht fallend und bei den Betrieben als stärker steigend – bei einem insgesamt schwankenden Verlauf – eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten Ein-Jahres-Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren positive Veränderungsrate und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen durchgängig negative Veränderungsrate – hier also eine langfristig-positiv Entwicklung.

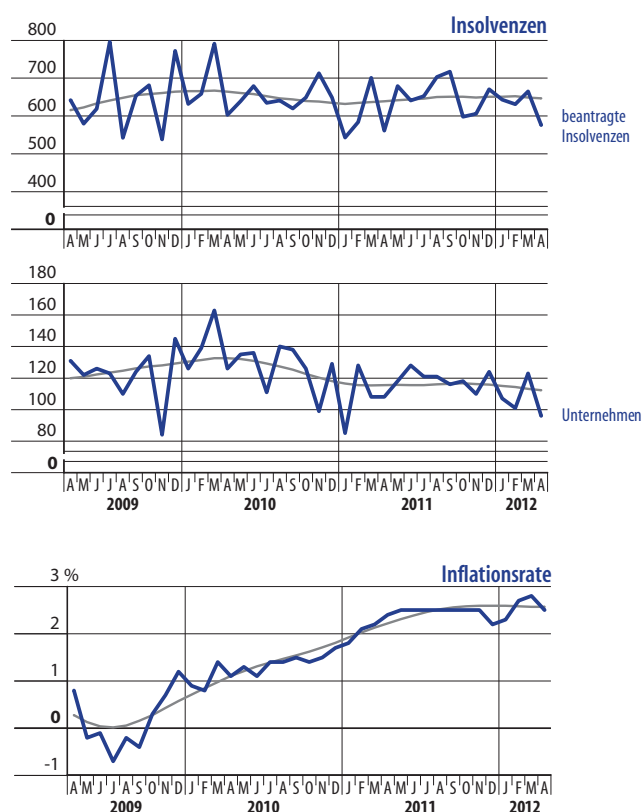
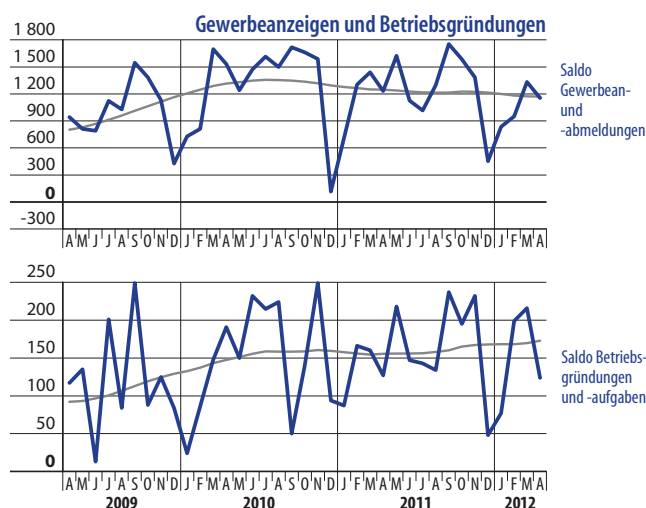
Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 576 Verfahren für den Monat April 2012 genannt, das sind gegenüber dem April des Vorjahres 2,7 % mehr. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung +2,2 % und im laufenden Jahr +5,3 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder. Im aktuellen Monat gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 96 Fälle, das entspricht –11,1 % zum April 2011. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –4,2 % und im laufenden Jahr –0,5 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen leicht steigend und bei denen der Unternehmen leicht fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat April 2012 bei 112,9 (2005 = 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2012 und dem April 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,5 %, im März 2012 waren es +2,8 %. Während sich die Preise für Energie (besonders Superbenzin und Diesel) und Nahrungsmittel (Fleisch- und Fischwaren, Molkereiprodukte und Eier sowie Brot und Getreideerzeugnisse), aber auch bei Bekleidung, Pauschalreisen nebst Verkehrsdienstleistungen überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Obst und Gemüse Preisrückgänge, ebenso bei Informationsverarbeitungsgeräten, Unterhaltungselektronik, Telefon- und Faxgeräten.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und verläuft seit Mitte des Jahres 2011 leicht steigend. Zurzeit verharrt sie etwa bei +2,6 %. Gegenüber dem April 2011 ist der Trend stärker steigend.



Wirtschaft im Überblick April 2012

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des April 2012 zum April 2011 um 4,2 %, das waren – 4 658 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 10,6 %, das sind – 0,4 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des Monats April 2012 zum April 2011 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen und der genannten Arbeitslosenquote waren fallend, aber der der offenen Stellen stark steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stiegen der Gesamtumsatz und der Auftragseingangsbasisindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte

Wirtschaftszweige) sowie die Zahl der Beschäftigten leicht. Im Baugewerbe stiegen die Trend-Konjunktur-Kennziffern beim Auftragseingang und dem Gesamtumsatz der Beschäftigtenzahl, während die Anzahl der Baugenehmigungen gleich blieb. Im Tourismusgewerbe nahm sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen zu. Die Brandenburger Einfuhren stiegen stark an, während die Ausfuhren nur leicht zulegten – die Ausfuhren in die EU fielen hingegen stark. Die jährlichen Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben fielen stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen sanken ebenfalls. Im April 2012 betrug die Inflationsrate +2,1 %; der jährliche Trend ist zurzeit steigend.

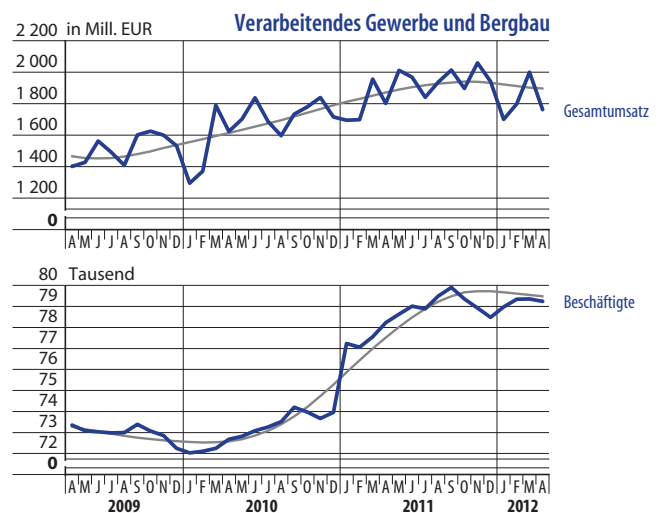
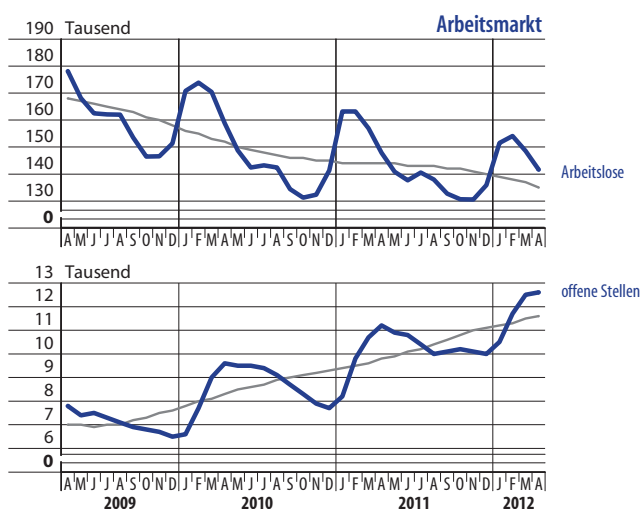
Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,9 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,7 bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 3,4 bzw. 2,3 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten; ab dem Herbst 2010 schwächte sie sich dann jedoch ab.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden nun die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit den vorherigen Veröffentlichungen deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 12 564 offenen Stellen hatten sich seit dem April des vorigen Jahres um beachtliche 1 319 Stellen oder um 11,7 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende April des Jahres 2012 mit 141 616 Arbeitslosen ein Minus von 4,7 % gegenüber dem Vormonat – dem März 2012 – registriert, das waren 4 918 Personen weniger. Im Vergleich zum April des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 4,2 % ab, das entspricht einem Minus von 6 270 Personen. Diese Zahl stimmt in etwa mit der Ein-

wohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Karstädt oder dem Amt Lebus zum Ende des Jahres 2011 überein. Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 11,8 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 10,6 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat 0,5 bzw. 0,4 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die

Tabelle Seite 27



Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,3 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im April dieses Jahres waren insgesamt 5 147 Personen in der beruflichen Weiterbildung und 16 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – insgesamt also 5 163 Personen – erfasst; im Vergleich zum April 2011 ergab das ein Minus von 3 241 Personen oder 38,6 %.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im April-Vergleich mit +25,7 % eine starke positive Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monatseinzelwerte. Im Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (Mai 2011 bis April 2012 zu Mai 2010 bis April 2011) waren es +15,4 % und im laufenden Jahr (Januar 2012 bis April 2012 zu Januar 2011 bis April 2011) +7,8 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache in einzelnen Großaufträgen für elektrische Ausrüstungen und des Fahrzeugbaus aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente ist seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem Herbst 2011 dann wieder gleichbleibend.

Die im Monat April dieses Jahres berichtspflichtigen 443 Betriebe – das sind 3 Betriebe mehr als im April 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 762,8 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 38,2 Mill. EUR oder 2,1 % unterboten. Im gesamten bisherigen Jahr 2012 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 7,3 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 1,5 % einher. Beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate sind es 22,9 Mrd. EUR Gesamtumsatz oder +9,0 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder sehr stark steigend, ab dem Jahreswechsel 2011/2012 jedoch ist sie wieder leicht fallend. Im Frühjahr 2010 wurde das vor der Konjunktur- und Finanzkrise erreichte Niveau wieder überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im April ein Niveau von 556,2 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 31,6 %.

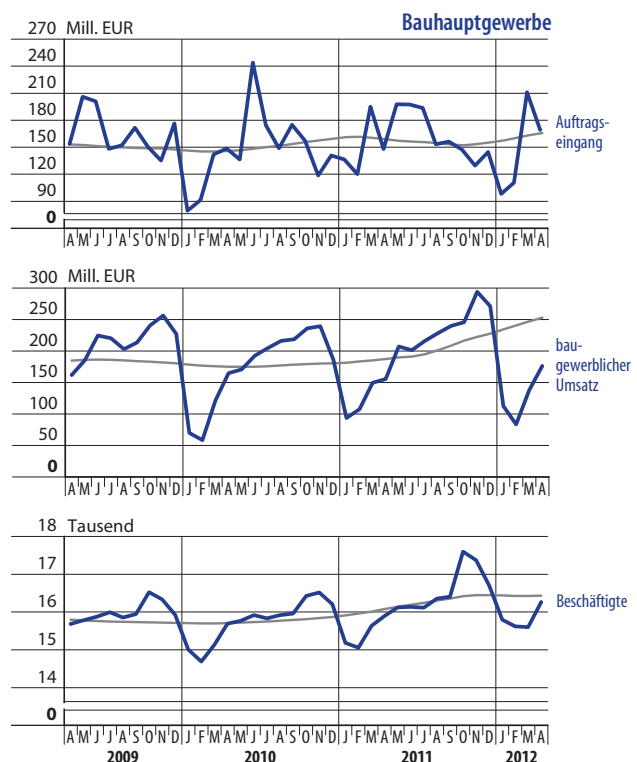
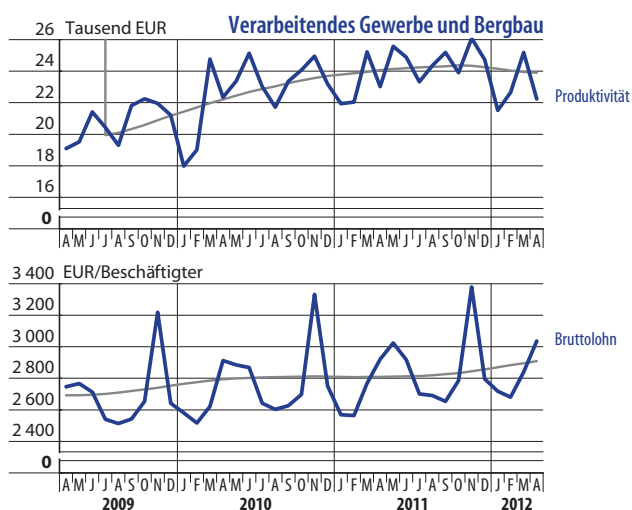
Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar,

die dann ab Herbst 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt. Im April des Jahres 2012 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 79 244 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (April 2011) mit +1,3 % eine Zunahme um 1 019 Personen. Im gesamten 12-Monats-Vergleich ergaben sich +5,7 % und im laufenden Jahr +2,2 %; die Tendenz war steigend.

Im April 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 245,5 EUR, das waren –3,4 % gegenüber dem April 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg dagegen: Sie lag im gleichen Zeitraum um +3,9 % oder 115,2 EUR je Beschäftigten höher als im April 2011 – insgesamt bei 3 036,5 EUR.

Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im April 2012 ein Niveau von 168,0 Mill. EUR. Er zeigte mit +14,4 % zum Vorjahresmonat eine sehr positive Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten 12 Monate ergab sich eine Veränderung von +0,8 %. Der Trend war steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich hingegen negativ, es ergaben sich –16,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat – beim längerfristigen

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Vergleich der letzten 12 Monate waren es jedoch +14,8 %. Der Trend stellte sich bei den Baugenehmigungen als gleichbleibend dar. Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelt seit 2006 um die 160-Mill.-EUR-Marke. Sie hatte zuletzt einen steigenden Trend und erreichte wieder die Werte des Jahres 2002/2003.

Die im April 2012 berichtspflichtigen 335 Betriebe – 15 Betriebe mehr gegenüber dem April 2011 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 176,3 Mill. EUR (Gesamtumsatz 178,3 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit +13,3 % über dem Wert vom April 2011. Beim Vergleich des laufenden Jahres 2012 mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2011 ergibt sich eine Veränderung von +0,7 % und bei der Betrachtung der gesamten letzten 12 Monate +11,2 %.

Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelt seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte und stieg seit dem Jahresbeginn 2010 sogar wieder leicht an. Im April 2012 gab es im Wirtschaftszweig aktuell 16 262 Beschäftigte, 2,3 % mehr als im April 2011. Im Zeitraum der letzten 12 Monate betrug der Beschäftigten-Zuwachs 3,0 % und beim Vergleich der letzten 4 Monate +2,4 %. Der Trend des letzten Jahres war leicht steigend.

Im April 2012 erreichte beim Brandenburg-Tourismus die Zahl der Gästeübernachtungen 895,6 Tsd.; gegenüber dem April 2011 waren es 21,9 Tsd. Übernachtungen oder 2,5 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 3,4 % und bei dem 4-monatigen Vergleich des laufenden Jahres +4,9 %.

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 0,3 %. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +3,5 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im April 2012 auf jeden Gast 2,8 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen ein steigender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen fällt langfristig jedoch leicht.

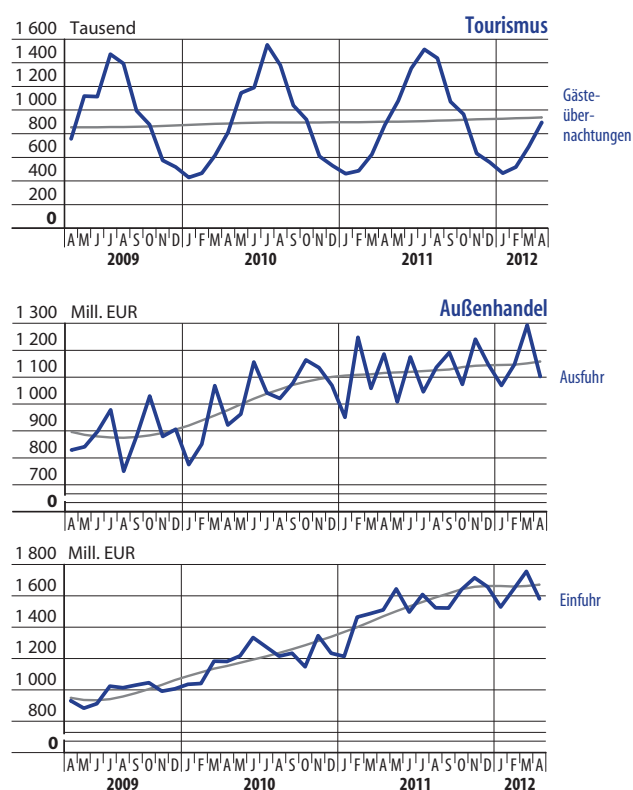
Im Brandenburger Außenhandel trat im Zeitraum vom Beginn des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2006/2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes allerdings etwas geringer. Beim Import und Export wurde das Vor-Krisen-Niveau seit etwa Mitte 2010 dann wieder überschritten. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im April 1 103,3 Mill. EUR und

lag damit um 7,0 % unter dem Ergebnis des April 2011. Beim Vergleich der letzten 12-Monats-Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,3 % und beim Vergleich der 4-Monats-Zeiträume +3,8 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden 54,0 % der gesamten Ausfuhr des April 2012 exportiert, mit 595,6 Mill. EUR allerdings 29,5 % weniger als im April 2011; im letzten 12-Monats-Zeitraum ergab sich ein Minus von 4,0 % und innerhalb der letzten 4 Monate von -14,0 %. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis April 2012 – Waren im Wert von ca. 2,6 Mrd. EUR weltweit exportiert.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 581,9 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +4,7 % gegenüber dem April 2011 führte. In den letzten 12 Monaten wurden Waren im Wert von 19,3 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +23,2 %.

Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Einfuhr sehr stark steigend – beim Export verläuft die Trend-Konjunktur-Komponente leicht steigend, bei der Ausfuhr nach der EU ist sie fallend.

Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jeden Jahres eintritt. Im April 2012 wurden 106 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem April 2011 (205 mehr An- als Abmeldungen) sind es – bei der Differenz von einem Minus von 99 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen – deutliche –48,3 % und im gesamten 12-Monats-Vergleich –63,6 % sowie im laufenden Jahr (4-Monats-Vergleich) –131,8 %.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der April 2012 auf 5 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von 94,3 % zum April 2011 (88 Anmeldungen mehr als Abmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben –13,9 %.

Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Gewerbemeldungen und bei den Betriebsgründungen als stark fallend eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei stark schwankenden monatlichen Werten – eine fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 407 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem April des Vorjahres eine Veränderung von –12,3 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich unter 500 Verfahren beantragt. Im 12-Monats-Zeitraum waren es dann –5,6 % und im 4-Monats-Zeitraum –6,1 %. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

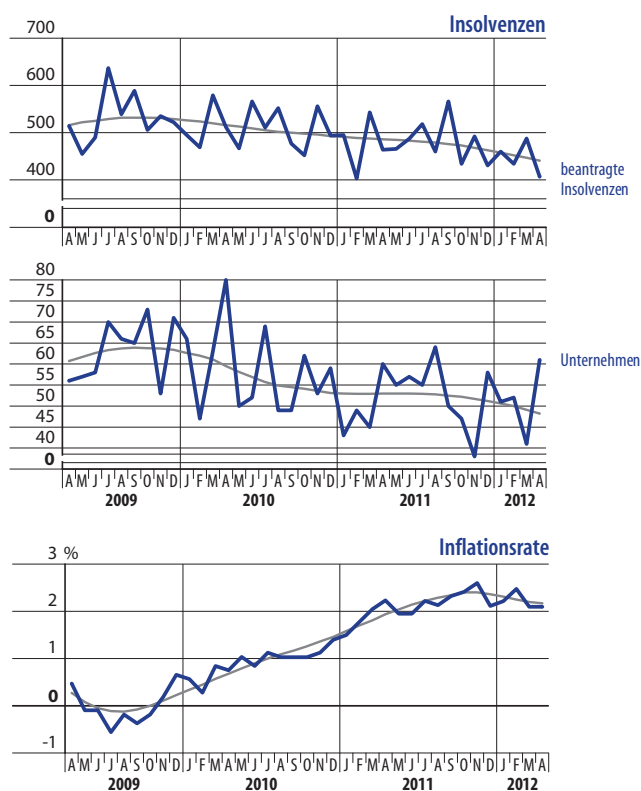
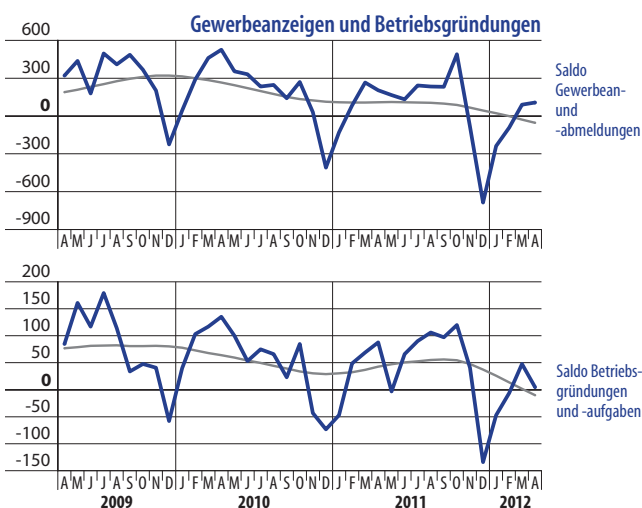
Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas über 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den im Jahr 2004/2005 und Herbst 2009 fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 42 Fälle, das entspricht –23,6 % zum April 2011. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich –4,5 % und bei den letzten 4-Monaten –6,2 %.

Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen und bei denen der Unternehmen fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat April 2012 bei 112,2.

Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem April 2011 und dem April 2012, ergab sich damit ein Wert von +2,1 %, im März 2012 lag er bei ebenfalls 2,1 %. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel, Verkehrsdienstleistungen, Bekleidung stiegen, verringerten sie sich bei Informationsverarbeitungsgeräten und Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 streng linear an, sie fällt seit dem Jahreswechsel 2011/2012 wieder ab.



Wirtschaft im Überblick April 2012

Berlin

(Basis: Originalwerte, Stand vom 22. August 2012)

Indikator	Einheit	April 2012		Januar 2012 bis April 2012		Mai 2011 bis April 2012		April 2012
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren ↴								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	112,9	2,5	112,5	2,6	111,4	2,5	↗
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	107,6	− 3,8	117,1	− 7,7	115,9	− 0,9	↴
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	165,1	28,0	175,6	24,4	163,1	20,1	↴
Baugenehmigungen.....	Anzahl	158,0	− 11,7	141,3	− 11,3	173,8	10,3	↴
Gegenwärtige Indikatoren ↗								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 659,5	− 10,1	1 763,8	− 3,6	1 899,9	1,9	↴
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	153,3	14,5	143,5	8,0	174,6	9,5	↗
Gästeankünfte.....	1 000	921,4	8,5	773,9	13,4	852,6	10,5	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	2 192,7	8,5	1 716,6	12,7	1 927,6	9,2	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	999,1	2,1	1 125,1	8,3	1 086,1	2,8	↗
davon nach EU.....	Mill. EUR	396,2	− 11,1	461,0	0,2	487,4	3,1	↗
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	712,9	− 7,2	754,8	− 6,1	824,5	− 0,1	↴
Produktion								
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ..	EUR	20 280,0	− 11,6	21 555,8	− 5,8	23 281,7	− 1,7	↴
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	4 579,0	5,3	4 061,9	2,4	4 014,0	2,4	↗
Späte Indikatoren ↗								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1154	− 6,1	1 068,0	− 8,7	1 209,1	− 6,9	↴
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	124	− 2,4	154,0	14,1	164,2	4,0	↗
Insolvenzen insgesamt.....	Anzahl	576	2,7	628,8	5,3	648,5	2,2	↗
davon Unternehmen.....	Anzahl	96	− 11,1	106,8	− 0,5	115,3	− 4,2	↴
Beschäftigte								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ..	1 000	81,8	1,6	81,8	2,3	81,6	3,8	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	11,0	3,1	10,9	2,4	11,1	5,2	↗
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	223 797	− 6,1	226 264	− 5,4	224 527	− 2,5	↴
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	12,9	− 7,2	13,1	− 6,3	13,0	− 3,5	↴
offene Stellen.....	Anzahl	19 699	76,8	18 302,8	65,0	15 942,9	49,4	↗

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %



Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 14. August 2012)

Merkmal	Einheit	April 2012		Januar 2012 bis April 2012		Mai 2011 bis April 2012		April 2012	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex	2005 ± 100	112,2	2,1	111,7	2,2	110,8	2,2	↑	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	198,2	25,7	187,1	7,8	185,3	15,4	↗	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	168,0	14,4	146,0	– 1,7	157,8	0,8	↗	
Baugenehmigungen	Anzahl	592	– 16,3	593,8	1,1	681,9	14,8	→	
Gegenwärtige Indikatoren									→
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 762,8	– 2,1	1 814,9	1,5	1 910,4	9,0	↗	
Stromerzeugung (Brutto)	GWh	2 610,9	– 19,2	3 137,6	– 5,5	3 075,7	2,5	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	176,3	13,3	127,6	0,7	201,2	11,2	↗	
Gästeankünfte	1 000	323,9	0,3	239,4	3,8	340,7	3,5	↗	
Gästeübernachtungen	1 000	895,6	2,5	641,8	4,9	931,4	3,4	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	1 103,3	– 7,0	1 153,5	3,8	1 136,1	4,3	↗	
davon nach EU	Mill. EUR	595,6	– 29,5	662,0	– 14,0	721,0	– 4,0	↓	
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	1 581,9	4,7	1 627,0	14,7	1 609,5	23,2	↑	
Produktion									
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ...	EUR	22 245,5	– 3,4	22 904,1	– 0,7	24 140,7	3,1	→	
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer	EUR	3 036,5	3,9	2 817,9	4,2	2 851,6	1,7	↗	
Späte Indikatoren									
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ...	Anzahl	106	– 48,3	– 33,8	– 131,8	49,3	– 63,6	↓	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	5	– 94,3	–	x	31,9	– 13,9	↓	
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	407	– 12,3	447,3	– 6,1	470,3	– 5,6	↘	
davon Unternehmen	Anzahl	42	– 23,6	49,0	– 6,2	51,3	– 4,5	↘	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ..	1 000	79,2	1,3	79,2	2,2	79,1	5,7	↗	
Bauhauptgewerbe ³	1 000	16,3	2,3	15,8	2,4	16,3	3,0	↗	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose	Anzahl	141 616	– 4,2	148 945	– 5,6	140 231	– 3,7	↘	
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen)	%	10,6	– 3,6	11,1	– 5,5	10,5	– 3,5	↘	
offene Stellen	Anzahl	12 564	11,7	11 791,3	18,2	10 806,6	17,8	↑	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p ↑

1 % ≤ p < 10 % ↗

-1 % < p < 1 % →

-10 % < p ≤ -1 % ↘

p ≤ -10 % ↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p ↑

1 % ≤ p < 2 % ↗

-1 % < p < 1 % →

-2 % < p ≤ -1 % ↘

p ≤ -2 % ↓

Die amtliche Statistik in digitalen Informationsdiensten

E-Government-Strategie

Auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels zur digitalen Kommunikation haben die staatlichen Stellen reagiert und mit der E-Government-Strategie sowie den Grundsätzen von Open Government und Open Data neue Wege eröffnet.

Die amtliche Statistik verfügt über umfangreiche Daten- und Informationsbestände, die nützliches und unverzichtbares Wissen um Struktur und Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie für die Planung und Steuerung des Gemeinwesens bereitstellen. Die Veröffentlichung und Verbreitung dieser Datenbestände gehört zum gesetzlichen Auftrag der amtlichen Statistik. Diesem hat sie stets durch eine umfangreiche Publikationstätigkeit entsprochen, die auch die Bereitstellung von Informationsangeboten in elektronischen Medien und im Internet umfasst. Die rasch fortschreitende Digitalisierung der Kommunikationswege und -mittel hat zu einem grundlegenden Wandel in der Art und Weise geführt, wie in der Öffentlichkeit und durch Experten heute Informationen genutzt und verarbeitet werden. Während die Produktion statistischer Informationen schon seit langem in elektronischer Form erfolgt, steht heute die umfassende Einführung der digitalen Veröffentlichung und Verbreitung amtlicher Statistiken an.

Die nationale E-Government-Strategie von Bund, Ländern und Gemeinden vom 24. September 2010 gibt als Leitbild vor, dass E-Government

- am Nutzen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung orientiert ist,
- wirtschaftlich und effizient arbeitet,
- Transparenz über Daten und Verwaltungshandeln sowie den Datenschutz sicherstellt,
- die gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen unterstützt,
- zukunftsfähige Lösungen fördert und
- leistungsfähige IT-Unterstützung realisiert.

Diesem Leitbild entspricht der Informationsbestand der amtlichen Statistik bislang durch eine umfangreiche Präsentation der Statistiken online und in nationalen und internationalen Datenbanken. Die Entwicklung eines umfassenden und qualitativ hochstehenden Angebots an digitaler Information erfordert eine genaue Analyse des Nutzerbedarfs und muss die IT-technischen Voraussetzungen unterschiedlicher Nutzergruppen einbeziehen.

Spezifische Angebote für Nutzergruppen

Statistische Informationen haben die Eigenheit, dass sie nur mit einem erheblichen Aufwand an Sachwissen und IT-technischer Verarbeitung vollständig nutzbar sind. Die Daten amtlicher Statistik liegen nach Erhebung, Aufbereitung, Plausibilisierung, oft auch noch mit zusätzlichen Berechnungen versehen, zunächst als Dateien vor. Diese Datensätze werden heute übli-

cherweise als statistische Mikrodaten bezeichnet. Hinzutreten muss immer die Beschreibung der Daten – die Metadaten und die Merkmalsdefinitionen –, die überhaupt erst die sachliche Zuordnung der Zahlenwerte zu Aussageinhalten ermöglichen.

Jede Verbreitung statistischer Daten unterliegt weiterhin der Einschränkung, dass statistische Aussagen aus Gründen des Datenschutzes keinen Rückschluss auf den zugrundeliegenden Einzelfall zulassen dürfen. Schließlich stellt jede einzelne Aufbereitung und Interpretation statistischer Ergebnisse lediglich einen Ausschnitt aller potenziell möglichen Merkmalskombinationen und Auswertungen dar. Das setzt einen grundlegenden Widerspruch bei der Verbreitung statistischer Informationen: Je stärker die Geheimhaltung und je verständlicher und interpretativer das Material aufbereitet ist, desto weniger tief ist das Informationspotenzial erschließbar. Eine Lösung findet dieses Problem darin, dass für die jeweiligen Zwecke die digitale Information in je spezifischer Form aufbereitet und verbreitet wird. Hierfür sind pragmatisch Nutzergruppen zu unterscheiden, die hinsichtlich Informationsinteresse, Sachwissen und IT- und Methodenkompetenz jeweils unterschiedlich positioniert sind. Mit Bezug auf die Aufbereitung und Verbreitung statistischer Daten ist es also sinnvoll, mindestens vier Nutzergruppen zu unterscheiden, um die jeweils angemessene Form der Verbreitung für alle zu garantieren:

1. die Bürgerinnen und Bürger als breite Öffentlichkeit,
2. die wissenschaftliche Forschung,
3. Open Data und
4. die Expertennutzer.

Digitale Informationen für die Öffentlichkeit

Die statistischen Rohdaten im Zustand unmittelbar nach Erhebung, Verarbeitung und Plausibilisierung galten bislang im Prinzip als nicht öffentlich verbreitbar. Das Produkt des Aufbereitungsprozesses der Statistik ist deshalb stets die Erstellung von Tabellen: die Darstellung statistischer Daten in Zeilen und Spalten, mit Überschriften, die Ort, Zeit und Sachbezug festlegen, mit Erläuterungen und Fußnoten, die Metadaten enthalten. Hierdurch werden die statistischen Rohdaten inhaltlich gegliedert und ausgewählt, jede Tabelle stellt eine bestimmte Sicht auf die Rohdaten dar. Dadurch wird das Informationspotenzial einer Statistik über alle Merkmale und Ausprägungen einer Statistik in der Regel nur sehr ausschnitthaft erfasst. Zugleich macht die tabellarische Aufbereitung

die Rohdaten für die Nutzer überhaupt erst zugänglich und sinnhaft verstehbar. Typische Produkte sind hier die Statistischen Jahrbücher, Statistische Berichte, Querschnittsberichte und Pressemitteilungen. Diese werden noch als Printprodukte, aber zunehmend mehr als CD oder online in geschützten, aber z.T. auch in weiterverarbeitbaren Formaten verbreitet.

Diese Form der Aufbereitung ist für die erste Nutzergruppe geeignet, worunter die Öffentlichkeit, also die Bürgerinnen und Bürger, die Medien und für vielfache Zwecke auch die Wirtschaft, Verbände, Bildungseinrichtungen und Verwaltungen fallen. Im Zuge der Verbesserung der digitalen Aufbereitungsformen wird hier in Zukunft vermehrt die tabellarische Darstellung durch themenspezifische Aufbereitung mit Grafiken, Karten und interpretativen Texten ergänzt. Die Angebote des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) werden zunehmend durch Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Statistik-Portal ergänzt.

Forschungsdatenzentren für Wissenschaftler

Für die Erschließung des vollen Informationsgehaltes der amtlichen Statistik ist der Zugriff auf die Mikrodaten, also die statistischen Rohdaten nach Aufbereitung und Plausibilisierung, erforderlich. Seit zehn Jahren stellt die amtliche Statistik in den Forschungsdatenzentren gesicherte Zugangswege für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung. Hier ist der Zugriff auf die Mikrodaten für eine durch Gesetz privilegierte Nutzergruppe in faktisch anonymisierter Form als Scientific Use File, an abgeschotteten Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen oder als Fernverarbeitung möglich.

Open Data

In einer offenen, demokratischen Gesellschaft verlangt die in digitaler Kommunikation geschulte und gewohnte Öffentlichkeit auch einen Zugang zu den digitalen Informationen der staatlichen Stellen, also auch zur amtlichen Statistik. Eine dritte Nutzergruppe aus interessierter Öffentlichkeit und Wirtschaft ist in den letzten Jahren entstanden, die den Zugang nach den Grundsätzen des Open Data fordert. Hierbei handelt es sich um versierte IT-Experten, die die Rohdaten der amtlichen Statistik als Input für neu erstellte Anwendungen nutzen wollen. Diese Gruppe stellt, wie die Forschung, über die Metadaten hinaus keine vertieften Anforderungen an Interpretation oder Aufbereitung der Daten durch die Statistischen Ämter.

Die Grundsätze des digitalen Zugangs zu Veröffentlichung und Verbreitung amtlicher Daten sind in den Prinzipien des „Open Government“ bzw. „Open Data“ niedergelegt. Diese können auch auf die Verbreitung der amtlichen Statistik Anwendung finden:

- **Vollständig:** Alle amtlichen Statistiken werden verfügbar gemacht, sofern sie nicht berechtigten Datenschutzanforderungen unterliegen.
- **Primär:** Die Daten werden medienbruchfrei aus den Quellverfahren heraus zur Verbreitung aufbereitet, dies geschieht unter Beachtung der Statistischen Geheimhaltung im feinst möglichen Detaillierungsgrad.
- **Aktuell:** Die Daten werden ohne Zeitverzug verbreitet.

- **Zugänglich:** Die Daten werden unter Beachtung der Statistischen Geheimhaltung dem größtmöglichen Nutzerkreis ohne Einschränkung der Nutzungszwecke zur Verfügung gestellt.
- **Maschinenlesbar:** Die zur Verbreitung gewählten Datenformate erlauben eine automatisierte Weiterverarbeitung.
- **Nicht diskriminierend:** Die Daten sind unter den jeweiligen Bedingungen der statistischen Geheimhaltung für alle Nutzer gleich verfügbar.
- **Nicht proprietär:** Die Daten werden in standardisierten Formaten zur Verfügung gestellt.
- **Creative Commons Lizenz:** Das Basisangebot der statistischen Daten der amtlichen Statistik wird unter offenen Lizenzen bereitgestellt.

Auf Ebene der Verwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg sind weite Teile des Datenbestandes noch nicht den Kriterien von Open Data und Open Government entsprechend organisiert. Hierfür sind Online-Dienste und -Informationen zu entwickeln, durch die die öffentlichen Datenbestände für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sowie Verwaltungsstellen in den Ländern Berlin und Brandenburg in maschinenlesbaren Formaten über offene Schnittstellen unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung verfügbar gemacht werden können. Die erforderliche Geheimhaltung der statistischen Daten stellt hier eine Begrenzung des Umfangs der unter Open Data zu vertreibenden statistischen Daten dar. Es können nur Datensätze bereitgestellt werden, bei denen nicht auf Einzelfälle geschlossen werden kann. Die Geheimhaltung muss hier auf den Datensatz insgesamt angewendet werden.

Expertenutzer

Eine tiefer greifende Erschließung des Informationsgehalts amtlicher Statistiken erforderte bisher fast immer die Erstellung spezieller nachfrageorientierter Tabellen, sogenannter Sonderauswertungen. Dies ist für die vierte Nutzergruppe, die Expertenutzer aus Wissenschaft (soweit sie nicht die Forschungsdatenzentren nutzen), Verwaltung und Wirtschaft bislang der einzige Weg, um an Informationen zu gelangen, die nicht bereits in den veröffentlichten Basisdaten enthalten sind. Hierbei handelte es sich um auftragsorientierte, nutzerspezifische Einzelanfertigungen von Tabellen.

Das tabellarische Aufbereitungsprinzip ist bislang in der Regel auch in die digitale Aufbereitung der amtlichen Statistik übertragen worden. In Datenbanken wurden mehrdimensionale Tabellen – Datenquader – gespeichert und über das Internet den Expertenutzern zugänglich gemacht. Dies hat den Umfang der verbreiteten statistischen Daten zwar in neue Dimensionen vergrößert und den Expertenutzern ein erheblich vergrößertes Angebot zur Verfügung gestellt, die prinzipielle Beschränkung der tabellarischen Aufbereitung wurde aber dadurch noch nicht überwunden.

Die in der Regel sehr umfangreichen statistischen Informationsanforderungen der Expertenutzer aus dem Kreise der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen können derzeit lediglich über kosten- und zeitaufwändige Sonderauswertungen des statistischen Einzelmaterials abgedeckt

werden. Die Erschließung eines datenbankgestützten Informationssystems für diese Nutzergruppe ist der gegebene Weg, um auch hier zu einer rationellen und kostengünstigen Informationsversorgung zu kommen, die den Kriterien der Qualitätsanforderungen der amtlichen Statistik entspricht.

Hier setzt das Statistische Informationssystem an, das Expertennutzern den Zugang zum gesamten Informationsgehalt der amtlichen Statistik ermöglichen will. Dieses Angebot ist für die Inhalte der amtlichen Statistik ebenfalls öffentlich im Internet zugänglich, es liegt also in der Entscheidung der Nutzer

selbst, ob sie sich als Experten versuchen wollen. Das Statistische Informationssystem wird darüber hinaus auch für Nutzerkreise der Landesverwaltungen mit spezifischen Inhalten implementiert.

*Autoren: Hartmut Bömermann,
Peter Lohauß*

Das Statistische Informationssystem im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Anforderungen

Die amtliche Statistik ist für das Land Berlin dabei in der erforderlichen kleinräumigen, regionalen und sachlichen Tiefengliederung aufzubereiten (Kommunalstatistik), für das Land Brandenburg in der Gliederung nach Gemeinden.

Die Führung eines Statistischen Informationssystems gehört gemäß § 3(1), Punkt 4 des Staatsvertrages zu den Kernaufgaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Die amtliche Statistik ist für das Land Berlin dabei in der erforderlichen kleinräumigen, regionalen und sachlichen Tiefengliederung aufzubereiten (Kommunalstatistik), für das Land Brandenburg in der Gliederung nach Gemeinden.

Seit dem Inkrafttreten der „Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken (EUStatVO)“ am 1. April 2009 besteht ein neuer Rechtsrahmen für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung amtlicher Statistiken. Nach Art. 2 EUStatVO sind die Qualitätsnormen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) für die Verbreitung amtlicher Statistik anzuwenden. Hiernach müssen die statistischen Daten nutzerorientiert klar und verständlich präsentiert und in benutzerfreundlicher

Weise verbreitet werden und zusammen mit einschlägigen Metadaten und Erläuterungen entsprechend dem Grundsatz der Unparteilichkeit verfügbar und zugänglich sein. Hierzu sind moderne Informations- und Kommunikationstechnologie zu nutzen und die Qualitätsnormen des ESS anzuwenden. Die Anforderungen an das Statistische Informationssystem für Expertennutzer der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen sind:

- Kombinationsmöglichkeiten auf Mikrodatenbasis (Rohdaten), um die vielfältigen Auswertungsanforderungen flexibel abdecken zu können,
- automatisierte Geheimhaltungsmodule, die zeit- und kostenaufwändige Einzelfallprüfungen auf Geheimhaltung ersetzen,
- Angebot eines thematisch umfangreichen Datenbestandes, der die Kernanforderungen der Nutzer abdeckt,
- Datenzugang über das Internet bzw. landesinternes Intranet,
- effektive Online-Suche und Auswahl im Datenbestand durch die Nutzer zur Entlastung der zeit- und kostenaufwändigen Datenbereitstellung aufgrund einzelner Kundenaufträge,
- Verfügbarkeit von kleinräumigen Daten,
- Zugänglichkeit der Metadaten,
- Angebot von Datendownload in üblichen Formaten,

- kostenfreier Informationszugang zum Basisangebot amtlicher Statistik für die Nutzer,
- Prozessoptimierung der Datenbereitstellung in den Ländern Berlin und Brandenburg,
- Prozessoptimierung der Datenaufbereitung im AfS.

Schwerpunktaufgaben

Das Informationsangebot des AfS bestimmt sich durch die Anforderungen der Nutzer. Die Hauptnutzungen der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg sind die für die jeweiligen Länder eingerichteten Informationsangebote für landesplanerische Zwecke. Diese bilden den Kern des Angebots des Statistischen Informationssystems des AfS (StatS-BBB).

Fachlich abgestimmter Datenpool der Berliner Verwaltung

Der Berliner Senat hat am 13. Juni 2006 die Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden „Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin“ beschlossen. Zu den Bausteinen gehört u.a. ein fachlich und technisch abgestimmter Pool kleinräumiger Daten (Datenpool). Die Raumbezugsebene des Datenpools sind die neuen hierarchisch strukturierten Lebensweltlich orientierten Räume (LOR), die mit Senatsbeschluss vom 1. August 2006 für alle Fachplanungen verbindlich sind und die alte Raumklassifikation aus Statistischen Gebieten und Verkehrszellen ablöst. Mit der Umsetzung wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, der Koordinatoren aus den Bezirken und Senatsverwaltungen angehören. Die Federführung wurde dem AfS übertragen. Von der AG Datenpool wurde der Datenbedarf erhoben und es wurden Fachdaten abgestimmt, die vom AfS in Dateiform angeboten werden. Zum Bestand des Datenpools gehören nicht nur amtliche und kommunalstatistische Daten, sondern auch Daten, die von anderen Senatsverwaltungen bereitgestellt werden. In einer Unterarbeitsgruppe werden aktuell Bezirksregionenprofile erarbeitet, die auf einem Set von Kernindikatoren beruhen. Vom AfS werden diese Indikatoren für Bezirksregionen und Planungsräume künftig einmal jährlich bereitgestellt.

Die Daten des Datenpools und die Bezirksregionenprofile bilden eine entscheidende informationelle Grundlage für die Planungen in Berlin und könnten möglicherweise auch für die Mittelverteilung relevant werden. Für die detaillierten Fachplanungen werden weiterhin speziellere Daten benötigt.

Planungsinformationssystem Brandenburg (PLIS)

Im Planungsinformationssystem PLIS werden seit 1990 alle Planungsvorhaben und raumbedeutsame Einzelobjekte geführt. PLIS unterstützt seit 1995 die Arbeit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL). Bereitzustellen sind umfangreiche regionalstatistische Daten und abgeleitete Indikatoren für beide Länder. Nicht alle Daten werden durch das AFS erhoben, sondern auch durch andere Stellen, wie Kraftfahrzeugbundesamt (KBA) und der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die Raumb Beobachtung ist als Aufgabe dem Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) und damit dem Geschäftsbereich des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung zugeordnet; die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) ist zugleich Bestandteil des Brandenburger Ministeriums und der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Aufgabe der Gemeinsamen Landesplanung ist die übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung für den Gesamt- raum der beiden Länder Berlin und Brandenburg. Der Raumb Beobachtung kommt dabei die Aufgabe einer systematischen, indikatorengestützten Dokumentation und Berichterstattung zu räumlichen Entwicklungsprozessen in beiden Ländern zu.

Superstar als Expertensystem innerhalb des StatIS-BBB

Für die Verbreitung der Daten der amtlichen Statistik in den Ländern Berlin und Brandenburg, für Expertennutzer mit den Schwerpunkten „Fachlich abgestimmter Datenpool Berlin“ und „PLIS Brandenburg“ wird innerhalb des StatIS-BBB das Online-Datenbanksystem Superstar implementiert und betrieben. Dies ermöglicht es, dass die Daten auf der Basis der primären Quellen aktuell und für alle gleich in standardisierten Formaten zur Auswahl und zum Download angeboten werden.

Grundlegende Strukturierungskriterien sind die

- a. Datenstruktur (Mikrodaten/Makrodaten, Sätze, Kennzahlen/Indikatoren),
- b. räumliche Auflösung der Darstellung (Land, administrative Gliederung, Strukturräume auf Basis der administrativen Gliederung, kleinräumige Gliederung),
- c. Geheimhaltungsverfahren (Mikrodatenebene, Outputgeheimhaltung) und
- d. die längsschnittliche Stabilität der Struktur.

Die größte Auswertungsflexibilität für den Nutzer bieten Mikrodaten bzw. verlustfrei verdichtete Makrodaten. Der höherdimensionale Auswertungskubus enthält in der Regel eine Untermenge der Erhebungsmerkmale und muss klassifikatorisch so konsolidiert sein, dass Zeitscheiben miteinander kombiniert werden können. Bei Klassifikationswechseln wird eine neue Struktur aufzusetzen sein. Bei Indikatorensystemen stehen nicht immer die Ausgangsdaten zur Verfügung, sondern nur die berechneten Werte. Sollen Indikatoren auf mehreren Raumbenen anzeigbar sein (wie bei den Bezirksregionenprofilen), müssen die Werte je Aggregatebene gespeichert und abrufbar sein, da sie sich nicht über eine Aggregatfunktion ableiten lassen.

Im System sind bei jährlichen und unterjährlichen Erhebungen die letzten fünf Jahre abrufbar. In den fachstatistischen SQL-Datenbanken, die dem System vorgelagert sind, werden die Daten unbegrenzt vorgehalten.

Das Angebot soll im ersten Schritt einen Grundbestand bereitstellen, der für alle Expertennutzer freigegeben ist. Es ist möglich, gesonderte Nutzergruppen für Verwaltungen mit besonderen Rechten des Zugangs zu Einzeldaten festzulegen.

Grundlegendes Strukturierungskriterium ist die Unterscheidung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg sowie großräumigen und kleinräumigen Daten. Unter großräumig sind die administrativen Ebenen und deren Zusammenfassungen zu Strukturräumen subsumiert. In Brandenburg sind dies u.a. die Mittelbereiche und die Metropolen, Teilräume Umland, weiterer Metropolenraum. Wünschenswert ist auch eine Darstellung der Metropolregion (mit ihren Aufgliederungen) als einer gemeinsamen Ebene oberhalb der Einzelländer. Der flexiblen Wahl der Raumgliederungsebene kommt eine entscheidende Rolle zu, da sie den Betrachtungswinkel bestimmt. Großräumige Ebenen sind Land, Kreis/Bezirk, Gemeinde, Stadt-Umland-Zusammenhang Berlin und Potsdam/weiterer Metropolraum, Mittelbereiche, Raumordnungsregionen, Regionale Wachstumskerne, NUTS, etc.

Bei allen Daten unterhalb der Landesebene ist die Kartierung ein ganz entscheidendes Mittel, um Muster und Zusammenhänge in den Daten zu erkennen und deutlich zu machen. Dies gilt insbesondere für kleinräumige Daten, da hier die Lage und die Nachbarschaften eine entscheidende Information sind.

Der Zugriff auf die Daten erfolgt über dynamische und statistische Online-Tabellen des Präsentationssystems. Bei den dynamischen und statistischen Online-Tabellen wird lediglich die Struktur vorgegeben. Die Werte werden vom System eingefüllt, sodass die Aktualisierung datengetrieben ist.

Neben dem Zugriff über das Webfrontend des Präsentationssystems sollen in anschließenden Projektschritten Dienste entwickelt werden (serviceorientierte Architektur – SOA –), die eine transparente Weiterverarbeitung in anderen Berichts- und Nutzersystemen ermöglichen (INSPIRE, PRISMA der Berliner Verwaltung, PLIS).

Beispiele

Die folgenden nebenstehenden Beispiele sollen die Grundstruktur des Systems verdeutlichen. Im Browserfenster des StatIS-BBB werden die Merkmale (Dimensionen) mit den dazugehörigen Klassifikationen in Form einer Baumstruktur dargestellt (Abbildung 1). Beispielsweise lässt sich die Verwaltungsgliederung des Landes Brandenburg nach Land, Kreisen und Gemeinden aufgliedern (Abbildung 2). Alternativ könnte auch die Gliederung des Metropolraumes verwendet werden. Aus den angebotenen Merkmalen und Merkmalsausprägungen können komplexe Tabellen zusammengestellt werden, die den Rahmen üblicher gedruckter Veröffentlichungen sprengen. Abbildung 3 zeigt eine Tabelle mit vier Dimensionen. Mit dem System können ebenso weitaus größere Wanderungstabellen erstellt werden.

Abb. 1 Merkmals-/Klassifikationsverzeichnis und einfache Summentabelle mit StatIS-BBBO)

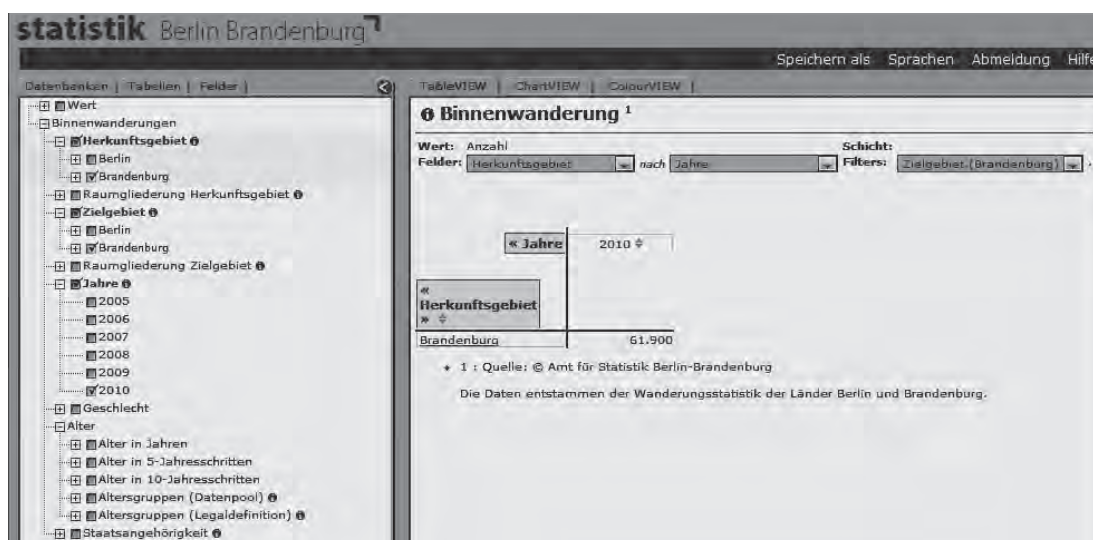
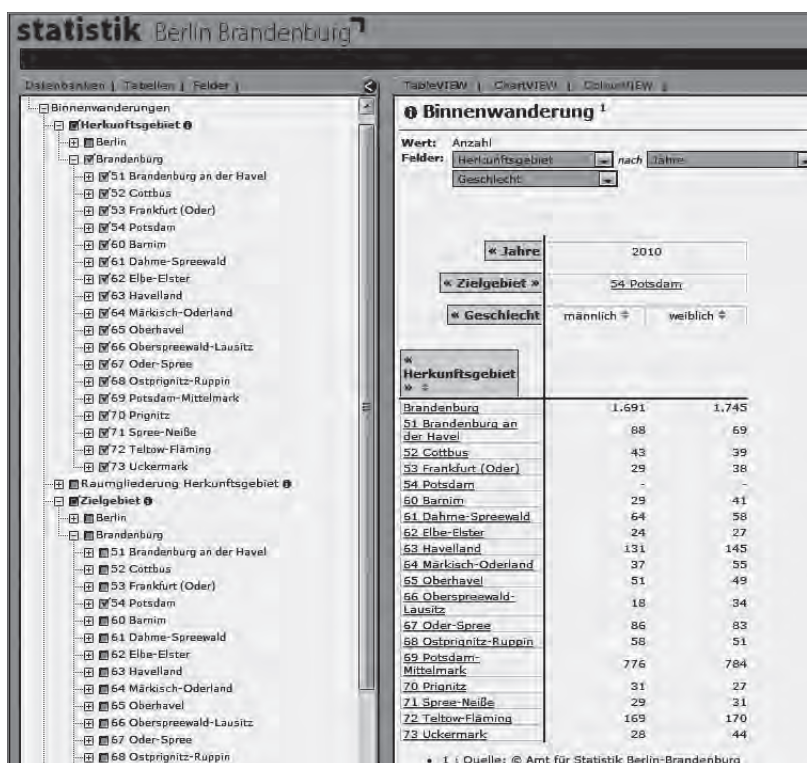


Abb. 2 Hierarchisch aufgebaute Klassifikationen in StatIS-BBBO)



Abb. 3 Tabelle mit Binnenwanderungen in Brandenburg



150 Jahre amtliche Statistik in Berlin

Bereits 1852 hatte das Königliche Polizeipräsidium zu Berlin ein eigenes Statistisches Bureau gegründet, dessen Aufgabe darin bestand, Zahlenmaterial über Vorgänge in Berlin zu sammeln und zu verarbeiten.

Dieses Amt gab 1853 einen ersten Jahresbericht mit Angaben für das Jahr 1852 als Sonderdruck heraus, der zweite Bericht folgte ein Jahr darauf. Den Bericht für 1854 nannte man „Statistisches Jahrbuch Berlin“, das immerhin 281 Seiten umfasste. Das Werk beschränkte sich im Wesentlichen auf eigene Daten der Polizei. Dies wurde als Mangel zwar schnell erkannt, Abhilfe konnte allerdings erst 10 Jahre später geschaffen werden.

Am 8. Februar 1862 erfolgte dann nach erheblichen Diskussionen die Gründung des – nun eigenständigen – „Statistischen Bureaus“ durch den Magistrat.

Das Bureau befand sich im damaligen Berliner Rathaus, Königstraße Ecke Spandauer Straße.

Ganze 600 Taler pro Jahr hatte die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat zunächst für die persönlichen Ausgaben des Statistischen Bureaus bewilligt. Das reichte nicht einmal für eine Festanstellung des ersten Leiters des Bureaus, Dr. Hermann Schwabe.

Er machte drei wesentliche Aufgaben für das neu gegründete Amt aus:

- Es sollte der Verwaltung Hinweise geben, „worauf sie loszusteuern hat, um die Bewegung zu leiten“.
- Einen Vergleich herstellen mit ausländischen Hauptstädten (Benchmark würden wir das heute nennen).
- Die Erfolge von Verwaltungsmaßnahmen in Zahlen darstellen und nachweisen.

Warum hat das Amt für Statistik zum 9. Mai 2012 zu einer Pressekonferenz am Zensus-Standort eingeladen:

Am 9. Mai 2011 begann die Volkszählung – der Zensus 2011. Die moderne Volkszählung.

Kurz vor der Bildung des Statistischen Bureaus am 8. Februar 1862 fand in Berlin eine Volkszählung statt, bei der erstmals grundlegend neue Verfahren angewandt wurden. Diese waren so bahnbrechend und vorbildlich, dass die innovative Berliner Vorgehensweise auf dem Internationalen Statistischen Kongress, der 1863 in Berlin tagte, zur Nachahmung empfohlen wurde.

Das Berliner Statistische Amt erwarb in den folgenden Jahren einen guten Ruf als Wegbereiter der Städte- und Kommunalstatistik sowie in der wissen-

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um die Eröffnungsrede des Staatssekretärs der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Andreas Statzkowski, im Rahmen der Pressekonferenz am 9. Mai 2012 anlässlich des 150-jährigen Bestehens der amtlichen Statistik in Berlin.

schaftlichen Entwicklung ihrer Methoden. Nun kann es bereits auf eine 150-jährige ununterbrochene statistische Darstellung der Berliner Bevölkerung und anderer wichtiger Tatbestände zurückblicken, aber es wurde auch von den Umbrüchen der deutschen Geschichte gezeichnet. Die deutsche Teilung spaltete auch das Berliner Statistische Amt. Erst mit der Wiedervereinigung konnte endlich für ganz Berlin eine Statistik aufgebaut werden, die den Grundsätzen der Neutralität, der Objektivität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit unter Wahrung des Statistikgeheimnisses und des Datenschutzes folgt.

Die 150-jährige Geschichte des Statistischen Amtes Berlin ist eng verknüpft mit der Organisation von Wahlen. Die Aufgaben des Amtes haben sich von Beginn an nicht nur auf die Dokumentation von Wahlen beschränkt, sondern reichten zum Teil weit darüber hinaus. Seit 1990 ist die Geschäftsstelle des Landeshauptwahlleiters Berlin in diesem Amt angesiedelt.

Vorreiter in der Anwendung der Methoden der elektronischen Datenverarbeitung

Die amtliche Statistik war in der Geschichte Vorreiter in der Anwendung der Methoden der elektronischen Datenverarbeitung.

Von der Einführung der Hollerithmaschinen zur Volkszählung am 1. Dezember 1910 bis zum heutigen Angebot von Datenerhebungen über das Internet und der Präsentation der Ergebnisse in webbasierten Datenbanken war das Berliner Statistische Amt immer beispielhaft in der Anwendung von IT-Technik in der Verwaltung.

Wo steht die Berliner Statistik heute?

Als Anstalt des öffentlichen Rechts und gemeinsame Einrichtung der Länder Berlin und Brandenburg erledigt das Amt für Statistik – eingebunden in das Europäische Statistische System – die ihm übertragenen gesetzlichen Aufgaben.

Das Amt nimmt auch im Konzert der Statistischen Ämter der Länder im Rahmen der dort vereinbarten Arbeitsteilung wichtige Aufgaben wahr, u.a. als Patenland für die Dienstleistungsstatistiken und weitere Arbeitsfelder.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung wird das Amt zunehmend in die Rolle eines landesweiten Dienstleisters für Datenbereitstellung, Statistik und Methoden hineinwachsen.

Der Berliner Senat befürwortet die Strategie des Amtes und wird diesen Prozess unterstützen und befördern.

Die umfangreichen Berichte und Analysen des Amtes für Statistik, wie die den gerade präsentierten Regionalen Sozialbericht Berlin Brandenburg 2011, den in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen in 2011 veröffentlichten Gender Daten Report Berlin 2011 oder auch die Regionalen Bildungsberichte 2008 und 2010 für die Region begrüße ich ausdrücklich als gelungene Beispiele dafür, wie aus Steuergeld finanzierten Datenerhebungen ein erheblicher Mehrwert zum Nutzen der Länder erbracht wird.

E-Government und Open Data von Verwaltungsdaten im Land Berlin

Im Rahmen der Modernisierung der Verwaltung soll weiter auf eine effiziente und moderne Ausgestaltung und verstärkten Einsatz von E-Government-Lösungen Wert gelegt werden.

Dazu gehören der Einsatz moderner und technologisch zeitgemäßer Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsprozesse, die sich an den Bedürfnissen der Unternehmen, Selbstständigen und Bürger orientieren.

Die Koalition wird die Open-Data-Initiative des Landes fortsetzen und ausbauen. Dazu setzt sie sich für eine Prüfung der weitgehenden Offenlegung von öffentlichen Daten (z.B. Geoinformationsdaten) unter Wahrung des persönlichen Datenschutzes ein.

Ein zeitgemäßes Informationsmanagement von Verwaltungsdaten

- erhöht die Transparenz von Verwaltungshandeln,
- baut unnötige Doppelarbeit ab,
- konzentriert das Know-How an Informationsmanagement in qualifizierten Stellen und
- eröffnet Open-Data Zugänge für Verwaltungen, Unternehmen und Bürger.

Verwaltungsdaten können umfassend für politische Planungs- und Steuerungsprozesse erschlossen werden und unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung für Unternehmen und Bürger nutzbar gemacht werden.

Ausgangslage:

Die Senatsverwaltung für Inneres steuert über die Servicevereinbarung Kommunalstatistik mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Aufbereitung der Verwaltungsdaten für Zwecke der Bezirke und Hauptverwaltungen.

Bereits jetzt bündelt der „fachlich abgestimmte Datenpool der Berliner Verwaltung“ Bezirks- und Fachdaten, die individuell oder berlinweit erhoben sind.

Hier werden Daten der amtlichen Statistik, der Kommunalstatistik und weitere Verwaltungsdaten für die Bewertungsbereiche:

- Armutsvermeidung,
- Entwicklungsrisiken für Kinder und Jugendliche,
- Ausgewogenheit der demografischen Struktur,
- Familienfreundlichkeit,
- Attraktivität des Stadtteils / Quartiers als Wohngebiet für verschiedene Zielgruppen und
- Gesamtbild der Sozialräumlichen Entwicklung vom Amt für Statistik aufbereitet und in fachlich abgestimmter Form im Verwaltungsnetz elektronisch zur Verfügung gestellt.

Alle Verwaltungen haben einen elektronischen Zugang in Standardformaten.

Die bisherige Einrichtung weist noch eine Reihe von Einschränkungen auf, die einer rationellen Umsetzung bislang entgegenstehen. Dazu gehört u. a.:

- Nicht alle Berliner Verwaltungen liefern dem Amt für Statistik die verabredeten Daten bzw. liefern diese nicht in der verabredeten Form.
- Durch die ausschließlich dezentrale Verfügung der Berliner Verwaltungsdaten wird in einigen Fällen Doppelarbeit geleistet und Rationalisierungspotentiale werden somit nicht ausgeschöpft.
- Eine statistische Auswertung findet oft – auch aufgrund fehlender Mittel – nicht oder nur unzureichend statt.
- Ein Konzept für die umfassende Nutzung von Verwaltungsdaten aller Berliner Dienststellen liegt noch nicht vor.
- Die Datenbestände des fachlich abgestimmten Datenpools und weitere Verwaltungsdaten sind noch nicht nach den Open Data Prinzipien zugänglich.

Lösungsschritte:

1. Zur Komplettierung der bestehenden Daten und zum weiteren Ausbau des Angebots in Zukunft sollte dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg förmlich die Aufgabe übertragen werden, den Datenpool als zentralen, allen zugänglichen Shared Service auszubauen, um somit für die Berliner Verwaltung eine einheitliche, den neusten Informationstechnologien entsprechende zentrale Datenhaltung und -verbreitung einzurichten. Durch die Einstellung in den Datenpool kann jede Verwaltung durch Nutzung des Statistischen Informationssystems des Amtes für Statistik die benötigten statistischen Auswertungen ohne den Einsatz speziell qualifizierten Personals und spezieller IT-Einrichtungen selbst vornehmen.
2. Die Zuständigkeit für die Auswertung und Verbreitung von weiteren Statistiken im Verwaltungsvollzug sollte nach § 4 Landesstatistikgesetz (LStatG) dem Amt für Statistik übertragen werden.
3. Zur Sicherstellung der wissenschaftlichen Auswertungsmöglichkeiten der Verwaltungsdaten entsprechend dem Landesstatistikgesetz sollte die Aufgabenstellung der wissenschaftlichen Auswertung durch das Amt für Statistik und die datenschutzgerechte Weitergabe an die Wissenschaft ausdrücklich im LStatG geregelt werden.
4. Die Erschließung von Verwaltungsdaten für Open Data erfordert von den Verwaltungen den Aufwand erheblicher Mittel für die IT-technische Aufbereitung der Daten sowie umfangreicher Investitionen für die technischen Plattformen für ihre Bereitstellung im Netz.
Dies könnte rationeller geschehen, indem die Daten in den Datenpool eingestellt werden, der bereits in einer technischen Form und in einem Datenformat vorliegt, die einen Open Data gerechten Zugang ermöglicht.

Bei den folgenden Beiträgen handelt es sich um die redaktionell überarbeiteten Fassungen von Vorträgen, die auf der Fachtagung „Amtliche Statistik für die Stadt und die Metropolregion“ am 9. Mai 2012 anlässlich des 150-jährigen Bestehens der amtlichen Statistik in Berlin gehalten wurden.

Geschichte und Arbeitsfeld der Städtestatistik

Anmerkungen zu den Anfängen der Städtestatistik

Mit 150 Jahren Berliner Statistik ist auch die Städtestatistik im Blick. Die Statistik im Zusammenhang mit Gesellschaft und Staat hat ja eine lange Tradition bis in die Antike, wie im Beitrag von Gabriele Sturm „Zahlen für (Haupt-) Stadt und Staat“ in diesem Heft gezeigt wird. Die Entstehung der institutionalisierten Berliner Statistik haben Peter Lohauß sowie Kirsten Tag und Klaus Voy in ihren Beiträgen im vorangegangenen Doppelheft dieser Zeitschrift bereits eindringlich aufgezeigt¹, von daher soll gleich in das Jahr 1879 gesprungen werden.

Damals trafen sich zum ersten Mal die Leiter von neun der zwölf bestehenden städtestatistischen Ämter in Berlin zur „Conferenz der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“. Wichtigstes Anliegen war es, „gleichförmige Erhebungen durchzuführen und vergleichbare Ergebnisse zu gewinnen“. Es war die Grundsteinlegung für eine dauerhafte interkommunale Zusammenarbeit, die bis heute anhält. Zunächst ging es um einen geregelten Erfahrungsaustausch, den Austausch von Veröffentlichungen und das Bemühen um ein „Statistisches Jahrbuch der deutschen Städte“, das tatsächlich 1890 erstmals zustande kam.

Darüber hinaus war das Programm der dreitägigen Konferenz – sie fand vom 6. bis 8. Oktober 1879 auf Einladung von Professor Dr. Richard Böckh statt – sehr inhaltsreich, wie Professor Dr. Moritz Neefe (Breslau) in seinem Vortrag „Zur Geschichte des Verbandes Deutscher Städtestatistiker“ auf der 25. Konferenz 1911 in Dresden berichtete. Hauptthema war die anstehende Volkszählung 1880 mit den „Nebenaufnahmen, betreffend Grundstücks-, Wohnungs- und Haushaltsstatistiken. Außerdem aber standen 10 noch heute (2011) der Erörterung werthe und wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung.“

Zensus-Themen damals wie heute aktuell

Bei der Volkszählung ging es im Laufe der Jahre u. a. um die Aufnahme neuer Merkmale und um Zusatzbefragungen in den Städten. Wichtige Themen waren Berufs- und Betriebszählungen, der Ausbau der Grundstücks- und Wohnungsstatistik und die Fortschreibung der Bevölkerung zwischen den Volkszählungen. In das Interesse rückten Fragen der Bauweise und der Bebauungsdichte, nach gewerblichen Geschäftslokalen und Anstalten in Ergänzung der Wohnungs- und Haushaltsstatistik. In der Wohnungs- und Mietstatistik wurden Fragen des Wohnungsleer-

stands und der Wohnungsfortschreibung, insbesondere für Kleinwohnungen, aufgeworfen.

Statistiken über Geburten und Sterbefälle (Todesursachenschema, Sterbetafeln), Aufgebote und Eheschließungen, Säuglingssterblichkeit und Säuglingsfürsorge gehörten zum Standard. Damit nicht genug, zählt Neefe mit den Verhandlungen über „die Bautätigkeit und den Grundbesitzwechsel, das Arbeiterversicherungswesen, die Lohn- und Einkommensverhältnisse, den Arbeitsmarkt, die Lebensmittelpreise, Arbeiterbudgets und Haushaltsrechnungen Minderbemittelter, Armen-, Schul- und Finanzstatistik sowie über städtische Verwaltungsberichte“ eine ganze Palette weiterer Tätigkeitsfelder der Städtestatistik auf. Als nicht erfüllter Wunsch der Konferenz wurde erwähnt, „die in den größeren Städten geltenden Bestimmungen über das polizeiliche Meldeverfahren der zu-, weg- und umziehenden Einwohner zusammengestellt zu sehen, um bessere Grundlagen für eine vergleichende Statistik der Binnenwanderung, des Fremdenverkehrs und für die Fortschreibung der Bevölkerung zu schaffen“.

Notwendigkeit städtestatistischer Ämter durch die Macht des Faktischen entschieden

Neefe kommt zu dem Schluss, dass durch die Entstehung statistischer Bureaus in den meisten deutschen Großstädten – 1911 gab es bereits 44 Städte mit eigenen statistischen Ämtern – sich „die früher von verschiedenen Seiten aufgeworfene Frage, ob es wünschenswert und zweckmäßig ist, statistische Bureaus für größere Städte zu errichten, durch das Vorhandensein jener größeren Anzahl von Ämtern beantwortet sein (dürfte). Ihre Errichtung ist als ein Ausfluss der Arbeitsteilung auf dem Gebiete der städtischen Ämterverfassung zu betrachten. Wie die Staatsverwaltung, so hat auch die Selbstverwaltung eine statistische Funktion. Die Kommunalstatistik gilt als das wichtigste Gebiet der Statistik der Selbstverwaltung. Der Zusammenhang von Statistik und Verwaltung ist nirgends so eng wie gerade in den Städten.“

Zum Entstehen der städtestatistischen Ämter berichtet Erhard Hruschka 2004 in seinem Beitrag „Dem Gemeinwohl verpflichtet – zur Zusammenarbeit bereit“ in der Festschrift des Verbandes Deutscher

¹ Lohauß, Peter: 150 Jahre amtliche Statistik in Berlin. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, Heft 1+2/2012, S. 4-17.
Tag, Kirsten/ Voy, Klaus: Volks-

zählungen in Berlin seit Bestehen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, Heft 1+2/2012, S. 36-57.

Städtestatistiker (VDSt) zum 125-jährigen Bestehen: „Mit der extrem raschen Zunahme der Bevölkerung als Folge der explosiven Vermehrung von Industrie und Handel in den größeren Städten wuchs der Bedarf nach statistischen Daten – auch mit innerstädtischem Bezug – sprunghaft an. Es genügte nicht mehr, statistische Aufzeichnungen in einzelnen Verwaltungsressorts (...) durchzuführen. Man sah die Notwendigkeit einer sogenannten ‚ausgelösten‘ Statistik, die für alle Bereiche der kommunalen Arbeit Daten zusammentragen und zu Informationen für Dezernenten und die Verwaltungsspitze bereitstellen sollte. Die schon vorliegenden Zahlen aus den Fachämtern sowie aus der Landesstatistik konnten den kommunalen Datenbedarf nicht umfassend und vor allem nicht zeitnah erfüllen.“

Es entstanden die ersten städtestatistischen Ämter, Berlin war ganz vorn dabei. 1875 waren es mit Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig, Altona, Lübeck, Breslau, Chemnitz, Dresden und München bereits elf Städte. 1904 wurden im VDSt 36 Mitglieder gezählt. Alle Direktoren waren Männer. Heute liegt der Frauenanteil bei den VDSt-Mitgliedern im aktiven Dienst bei 35 %, mit steigender Tendenz.

2004:

125 Jahre Verband Deutscher Städtestatistiker

Der VDSt wurde offiziell 1903 gegründet, sieht seine Wurzeln aber in der Berliner Konferenz von 1879. Er hat deshalb im Jahr 2004 sein 125-jähriges Bestehen gefeiert. Der VDSt fördert und unterstützt die Funktionsfähigkeit von Städtestatistik und Stadtforschung in den Kommunalverwaltungen, in Wissenschaft und Praxis. Er umfasst heute mit über 300 Mitgliedern einen Großteil der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtestatistischen Ämter und Abteilungen in Deutschland.

Aufgaben der Städtestatistik

Städte als Träger der kommunalen Selbstverwaltung sind mit allen Bereichen der Daseinsvorsorge ihrer Bürger befasst. Die Städtestatistik hat die Aufgabe, die Informationsgrundlagen bereitzustellen und dauerhaft zu pflegen, die zur Sicherung der Planungshoheit der Kommunen erforderlich sind. Moderne Statistik ist Informationsmanagement. Die Beispiele in Abbildung 1 geben ohne Anspruch auf Vollständigkeit einen Überblick über die inhaltliche Bandbreite.

Immer geht es um vorausschauende Planung zur Daseinsvorsorge der städtischen Einwohnerinnen und Einwohner, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, indem Art. 28 Abs. 2 den Gemeinden das Recht einräumt, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit).

Städtestatistik als zentrale Dienstleistung für dezentrale Nutzer

Den daraus resultierenden Anforderungen versucht die Städtestatistik als zentrale Dienstleistung für dezentrale Nutzer gerecht zu werden. Dabei können die örtlichen Strukturen sehr unterschiedlich sein. Organisationshoheit und örtliche Gegebenheiten, die

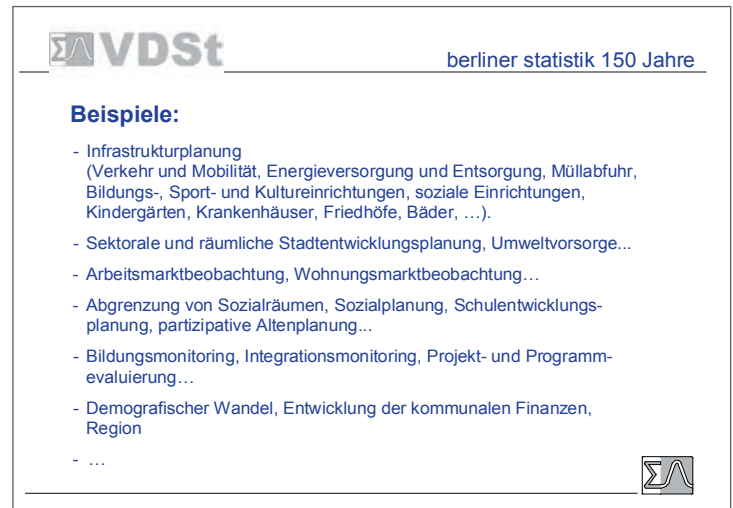


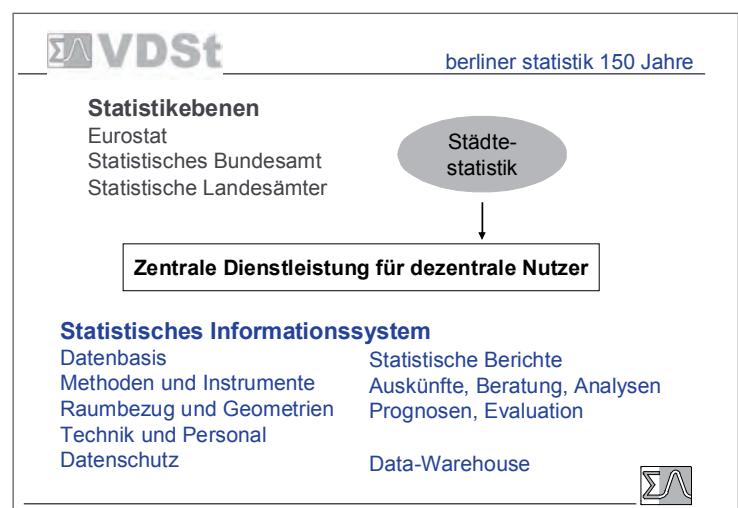
Abb. 1

Stadtgröße, Finanzen und handelnde Personen spielen eine Rolle. Es gibt aber auch gemeinsame Linien. Immer lässt sich die Kombination der eingesetzten Ressourcen und Elemente als „Statistisches Informationssystem“ beschreiben oder auffassen. Dazu zählen die statistische Datenbasis, Methoden und Instrumente, Raumbezug und Geometrien, Technik und Personal. Eine besondere Rolle spielen der Datenschutz und hier insbesondere die Abschottung der Statistik von der übrigen Verwaltung (Abbildung 2).

Damit erfüllt der Kommunalstatistische Dienst als abgeschottete Statistikstelle die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil 1983, die individuelle Schutzrechte der Bürger und das Informationsbedürfnis des Staates gegeneinander abwägen und sichert so die Informationsgrundlagen für die Erhaltung der Selbstverwaltungsgarantie und Planungshoheit der Stadt. Seine Aufgaben und seine Einordnung im Verwaltungsumfeld lassen sich beschreiben als

- Informationsaufbereitung und Datenbereitstellung für Planungs- und Entscheidungsprozesse,
- Bereitstellung und Einsatz von Methoden und Instrumenten für Analysen, Prognosen, Wirkungsbeobachtung, Erfolgskontrolle, Ergebnispräsentation und

Abb. 2



- Routineberichterstattung, Auskünfte und Analysen für
- städtische Dienststellen, politische Gremien der Stadt, stadtnahe Gesellschaften, Partner in Kooperationsprojekten, Wissenschaft, Wirtschaft, sonstige Institutionen, Öffentlichkeit, im Umfeld
- einer dienstleistungsorientierten und bürgernahen Verwaltung,
- die zunehmend über zentrale Vorgaben gesteuert und dezentral verantwortet wird.

Statistisches Informationssystem und Organisationszusammenhänge in der Statistik

Am Anfang jeder Information stehen Daten; sie bilden die Basis für zweckorientiertes Wissen. Wichtigste Datenquellen der Kommunen sind fortschreibungsfähige Datengrundlagen aus dem eigenen Verwaltungsvollzug sowie eigene Erhebungen und Umfragen. Aber auch Daten aus der staatlichen Statistik, aus Städtekooperationen, von staatlichen Institutionen und Forschungsstellen und aus anderen externen Quellen sind von Bedeutung und müssen projekt- und themenbezogen verfügbar und kombinierbar sein.

Als Beispiele sind das Melderegister als Grundlage für die Einwohnerstatistik (Bestand und Bewegung) zu nennen, als staatliche Statistiken das Unternehmensregister, Tourismus, Schulstatistik, Kindertageseinrichtungen, Mikrozensus, Regionalstatistik. Andere externe Quellen gewinnen an Bedeutung, wie beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit mit Daten über Beschäftigte und Arbeitslose etc.

Der Aussagewert von Dateninhalten erschließt sich durch den Vergleich: Voraussetzung ist eine Aufgliederung der Datenbasis nach fachlichen, zeitlichen und räumlichen Aspekten. In vielen Fällen wird auch nur die richtig abgegrenzte Zahl zu einem Sachverhalt benötigt, beispielsweise die in einer Wohnstraße lebenden Kinder im Kindergartenalter, alleinlebende Personen über 75 Jahre im Wohngebiet, Single-Haushalte im Planungsbezirk. Man sieht: Der kommunale Datenbedarf ist kleinräumig.

Will man die Daten schnell auffinden und zur Information verdichten, wird eine systematisch strukturierte Datenbasis benötigt, die einheitlichen Organisationsprinzipien folgt und die zu jedem Datum Beschreibungselemente (= Metadaten) enthält. Als Grundsatz gilt: Keine Daten ohne Beschreibung. Metadaten sind beispielsweise der Merkmalsname (Alter) und die Ausprägung (über 18 Jahre), aber auch Abgrenzungen wie die Begriffsbestimmung (Einwohner mit Hauptwohnung), örtlicher Bezug (Frankfurt am Main), zeitlicher Bezug (31. 12. 2011), Datenquelle, Kommentare oder Stichworte. Ein wichtiges Prinzip ist die Nutzung der Metadaten für das Retrieval, d. h. zum Auffinden der gesuchten Daten in der Datenbasis und ihre Bereitstellung zur weiteren Auswertung und Analyse.



Abb. 3

Weitere Elemente des Statistischen Informationssystems sind Schlüssel- und Verweissysteme, die eine an Standards orientierte Datenorganisation und -verarbeitung erleichtern, und ein Methodenbaukasten für die Datenaufbereitung, Analyse und Ergebnispräsentation, für Prognosen und Modellrechnungen, für die Extraktion von Führungsinformationen oder den Kennziffernvergleich.


Integraler Bestandteil sind Raumbezüge; sie werden in einem eigenen Segment als Ordnungssystem verwaltet und fortgeschrieben. In Verbindung mit geometrischen Bezügen und der Funktionalität marktgängiger Geografischer Informationssysteme (GIS) haben sich völlig neue Möglichkeiten der Raumanalyse entwickelt, aber auch des intuitiven und interaktiven Zugangs zu den Daten des Statistischen Informationssystems.

Statistische Informationen werden inzwischen regelmäßig online im Internet und/oder Intranet bereitgestellt. Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklungen im Zuge der Open Data Diskussion noch beschleunigen werden (Abbildung 3).

Der VDSt als Plattform einer aktiven Städtestatistik

Das statistische Informationsmanagement erfordert ein hohes Maß an wissenschaftlicher und technologischer Kompetenz, die ständig aktuell gehalten werden müssen. Die breite kommunale Teilhabe am Wissenstransfer und dem wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt basiert auf Entwicklungspartnerschaften und interkommunaler Zusammenarbeit. Hier kommt der VDSt ins Spiel, er ist Plattform für

- die Entwicklung und Abstimmung fachlicher Standards und Methoden für das städtestatistische Informationsmanagement,
- den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung der in der Kommunalstatistik tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- die Zusammenarbeit in regionalen Arbeitsgemeinschaften und in Themenworkshops,
- die Trägerschaft des KOSIS-Verbundes (Verbund Kommunales Statistisches Informationssystem).


berliner statistik 150 Jahre

Bamberg-Seminare der Städtestatistik

1) Grundseminar Kommunalstatistik 2) Aufbauseminar für Fortgeschrittene	}	jährliches Angebot jeweils 1 Woche
--	---	---------------------------------------

Zielgruppen Sachbearbeiter/innen in kommunalen Statistikstellen und Leitungskräfte ohne wissenschaftliche Ausbildung

Veranstalter Deutscher Städtetag, Komm. Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, VDSt

Der VDSt ist Herausgeber der Zeitschrift „Stadtforschung und Statistik“. Sie erscheint 2-mal im Jahr und ist Plattform für die fachliche Diskussion und Kommunikation der Städtestatistik.




Abb. 4

Auf die Bamberg-Seminare zur Fortbildung von Sachbearbeitern/innen in kommunalen Statistikstellen und Leitungskräften ohne wissenschaftliche Ausbildung und die Zeitschrift „Stadtforschung und Statistik“ sei nur kurz hingewiesen (Abbildung 4).

Ein besonderer Faktor in der Städtestatistik ist der KOSIS-Verbund. Die Selbsthilfeeinrichtung der Städte wurde 1982 mit Unterstützung des Deutschen Städtetages gegründet. Inzwischen gehören dem Verbund mehr als 180 Kommunen und andere öffentliche Institutionen an. Sie organisieren in Arbeitsgemeinschaften die kooperative Entwicklung von DV-Instrumenten, die Beschaffung von Basis-Software und den Aufbau von abgestimmten Datensammlungen. Ebenso wie die Landes- und Bundesstatistik ist die Kommunalstatistik ohne die modernen Informations- und Kommunikationstechniken nicht mehr denkbar. Sie sind auch ein wichtiges Hilfsmittel der Standardisierung und der überörtlichen Zusammenarbeit.

Beispiele kommunaler Zusammenarbeit im KOSIS-Verbund sind

- das Statistische Informationssystem DUVA,
- die Standardisierung von Methoden und Verfahren zur Raumanalyse,
- kommunal abgestimmte Datensätze und Instrumente für die Bevölkerungs- und Haushaltstatistik,
- Bevölkerungsprognosen, demografischer Wandel,
- die Planung und Durchführung von Datensammlungen und Bürgerumfragen,
- das Räumliche Bezugssystem mit Adressverwaltung und statistischer Gebäudedatei AGK.

Übergemeindliche Zusammenarbeit und Kooperationen

Wichtige Kooperationspartner der Städtestatistik sind der Deutsche Städtetag (DST), das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie das vom BBSR moderierte Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik, das sich den fachlichen Austausch beim Ausbau der teils räumlichen Statistikangebote in Deutschland zum Ziel gesetzt hat.

Eine wichtige und besondere Rolle spielen die Verbindungen zur amtlichen Statistik des Bundes und der Länder. So ist der VDSt ständiger Gast im

Statistischen Beirat. In den Ländern gibt es eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Städtestatistik und den Statistischen Landesämtern. Der VDSt pflegt in drei regionalen Arbeitsgemeinschaften Nord-West, Ost und Süd Kontakte und Zusammenarbeit. Zunehmend an Bedeutung gewinnen die Europäische Union als Gesetz- und Verordnungsgeber und Eurostat – das Statistische Amt der Europäischen Union – für die Belange der Städtestatistik.

Mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung verbindet die Städtestatistik nicht zuletzt die Innerstädtische Raubeobachtung (IRB). Die IRB gründet sich auf kleinräumigen Daten unterhalb der Gemeindeebene. Auf der Basis freiwilliger Kooperationsvereinbarungen mit den beteiligten Städten wurden innerstädtische Beobachtungseinheiten (Stadtteile) festgelegt, ein Merkmalsprogramm abgestimmt und eine Typisierung von Stadtteilen vorgenommen. Das BBSR nutzt die kleinräumigen Daten zur Analyse von Stadtentwicklungsprozessen, die für bestimmte Regionen, Stadt- oder Lagetypen verallgemeinerbar sind. Derzeit nehmen 50 Städte an der IRB teil. Diese Städte mit 20,4 Mill. Einwohnern in mehr als 2 900 Stadtteilen repräsentieren etwa zwei Drittel der deutschen Großstadtbevölkerung.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der VDSt und der KOSIS-Verbund bilden zusammen mit

- dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung,
 - der Bundesagentur für Arbeit (BA),
 - dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und
 - dem Deutschen Städtetag
- das Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik. Die Zusammenarbeit im Netzwerk soll statistische Daten für Regionen, Kreise und Gemeinden, für Städte und deren Stadtteile verfügbar machen, die verschiedenen Ebenen raumbezogener Statistiken harmonisieren und so vergleichende Stadt- und Regionalstatistik fördern (Abbildung 5).

Abb. 5


berliner statistik 150 Jahre

Wozu nutzen Städte die Regionalstatistik?

- Informationen über die eigene Stadt, zeitpunktbezogen und im Zeitvergleich
- Vergleich mit Städten der gleichen Größenordnung oder ähnlichen funktionalen und strukturellen Bedingungen
- Regionale Betrachtungen und Analysen
- Föderal übergreifende statistische Beobachtungssysteme, z.B.
 - Bildungsmonitoring
 - Integrationsmonitoring



Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Statistischen Gesellschaften

Der VDSt ist Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Statistik (DAGStat). Enge Verbindungen gibt es zur Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

Der VDSt ist als Organisation dem Internationalen Statistischen Institut (ISI) angeschlossen. VDSt-Mitglieder arbeiten vornehmlich in SCORUS, dem Standing Committee on Regional and Urban Statistics, mit. SCORUS bildet als Teil des Weltstatistikverbandes ISI eine internationale Plattform für Fragen der Stadt- und Regionalforschung und -statistik.

Statistische Woche

Seit 1928 sind VDSt und DStatG Veranstaltungspartner bei der Ausrichtung der Statistischen Woche. Nach kurzen Unterbrechungen im Jahresturnus war die Statistische Woche 2011 in Leipzig der 75. gemeinsame Fachkongress für Statistik in Deutschland. Als 1911 die Gründungsversammlung der DStatG im „alten Stadtverordneten-saal“ in Dresden zusammentrat, hatten 84 Vertreter der Statistik im deutschsprachigen Raum das Anliegen unterstützt, eine eigenständige Plattform für den wissenschaftlichen Austausch zwischen amtlicher Statistik und Universitätsstatistik zu schaffen. Unter den 84 Gründungsmitgliedern der DStatG kamen 60 aus der amtlichen Statistik, darunter 34 aus der Städtestatistik. Die Abgrenzung ist allerdings fließend, weil die amtlichen Statistiker auch oftmals als Hochschullehrer tätig waren.

Die Zusammenarbeit hält bis heute an und die Statistischen Wochen sind das gemeinsame Markenzeichen geblieben. Sie sind mit der Ausdifferenzierung der Universitätsstatistik und der Anwendungsgebiete in Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer fachlichen Breite und Tiefe gewachsen. Das Thema Demografie ist durch die Beteiligung einer weiteren statistischen Gesellschaft, der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V., regelmäßig präsent. Bestand hat das Konzept, in wechselnden Städten auf Einladung einer gastgebenden Stadt zu tagen. Dies ist regelmäßig mit einer besonderen Wertschätzung für die Statistik verbunden.

Die Statistische Woche führt Statistik-Vertreter/innen aus Wissenschaft, amtlicher Statistik – einschließlich der Städtestatistik –, Instituten, Unternehmen und Verbänden zu einem fruchtbaren fachlichen Austausch zusammen, als Ideenbörse, zur Vergewisserung über den aktuellen Forschungs- und Erkenntnisstand und zur Fortbildung. Jüngste Themen der Städtestatistik waren beispielsweise Wahlen und Nichtwahlen, Georeferenzierung und räumliche Analysen oder zuletzt in Leipzig Lebensqualität in Stadtquartieren – Beobachten, Bewerten, Gestalten. 2013 wird Berlin Veranstaltungsort der Statistischen Woche sein.

Zusammenfassung, aktuelle Entwicklungen und Perspektiven

Die Rahmenbedingungen für die amtliche Statistik in Bund, Ländern und Kommunen befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch.

Die grundgesetzlich bestimmte umfassende Verantwortung der Kommunen für das Gemeinwohl vor Ort erzeugt gegenüber den bundes- und landespolitischen Anforderungen einen eigenen, vor allem kleinräumig differenzierteren, Informationsbedarf. Deshalb betreiben alle großen Städte eine eigene Statistik. Diese Statistik ist aus den übrigen Verwaltungsbereichen ausgegliedert und in abgeschotteten Statistikstellen zusammengefasst. Nur dieser Stelle ist es gestattet, nicht voll anonymisierte Daten „auf Vorrat“ zur Beantwortung künftiger Fragestellungen zu speichern. Denn durch Ad-hoc-Erhebungen sind die für Zeitvergleiche notwendigen historischen Daten nicht zu gewinnen.

Der Bedarf an zuverlässiger kleinräumiger Information leitet sich allerdings nicht alleine aus der umfassenden Verantwortung der Kommunen für das Wohl der örtlichen Gemeinschaft nach Art. 28, Abs. 2 GG ab; dieser Bedarf verstärkt sich vielmehr noch wesentlich durch die wachsenden Anforderungen staatlicher und europäischer Städtepolitik. Längst hat man in der Verfolgung der Ziele von Lissabon und Göteborg die Funktion der Städte als Wachstumsmotoren der nationalen und europäischen Entwicklung erkannt und misst daher den Städten als Kristallisationskernen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklung immer größere Bedeutung bei (Klaus Trutzel in VDSt aktuell Nr. 1/2008).

Die rechtliche Verfassung der öffentlichen Statistik in Deutschland ist maßgeblich durch das Zensusurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 geprägt. Danach erfährt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einen hohen Rang. Es ist aber nicht grenzenlos. Es darf im überwiegenden allgemeinen Interesse auch eingeschränkt werden, allerdings unter Beachtung von Normenklarheit und Verhältnismäßigkeit. Die Notwendigkeit von Statistik wird ausdrücklich anerkannt. Dabei stellen sich besondere Anforderungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts (vgl. auch: Volkszählungsurteil und Städtestatistik – Rechtsgutachten für den Deutschen Städtetag von Dr. jur. Hans Herbert von Arnim 1987).

Mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, wo die Kommunalstatistik im Landesdatenschutzgesetz geregelt ist, haben die Bundesländer Landesstatistikgesetze erlassen, die auch die Vorschriften für die Kommunalstatistik enthalten.

Neue GIS-Welten bereichern und erweitern das Statistikangebot

Inzwischen haben sich tatsächliche und rechtliche Rahmenbedingungen weiter entwickelt. Mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist die weltweite Vernetzung vorangeschritten. Nicht nur die privatwirtschaftliche und individuelle Nutzung hat vielfältige Anwendungsfelder erschlossen (Internet, Handy, Onlinegeschäfte, Direktwerbung, Social Media, Apps usw.). Auch im öffentlichen Bereich werden die neuen Möglichkeiten genutzt (Ausbau des E-Government, Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, neuer Personalausweis, elektronischer Aufenthaltstitel,

etc.). Insbesondere die Möglichkeiten der geographischen Datenverarbeitung (GIS-Systeme) bilden innovative neue Grundlagen, Methoden und Instrumente für die Statistik auf allen föderalen Ebenen. In der Städtestatistik gehören sie inzwischen als zeitgemäße Weiterentwicklung der früheren Raumbezugssysteme zum Standard kommunaler statistischer Informationssysteme.

In der europäischen Union regelt seit Mai 2007 die INSPIRE-Richtlinie 2007/2/EG „die Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft“. Sie regelt verpflichtend für die Nationalstaaten die Inhalte und Rahmenbedingungen für ein aufeinander abgestimmtes Geodatenportal. Dazu gehören Metadaten, die Interoperationalität von Geodatenbanken und -diensten mit Hilfe von Netzdiensten und weitere Maßnahmen für die gemeinsame Datennutzung. Der Aufbau soll schrittweise bis 2019 erfolgen. Die europaweiten INSPIRE-Harmonisierungsprozesse und Datenspezifikationen sind in vollem Gang.

Die Anforderungen wurden in Deutschland in Geodatenzugangsgesetzen des Bundes und der Länder abgebildet. Zurzeit befindet sich eine Novellierung des Geodatenzugangsgesetzes des Bundes in der Anhörung, mit der Geodaten und Geodaten-dienste (des Bundes) grundsätzlich öffentlich sein sollen und für die kommerzielle und nicht kommerzielle Nutzung geldleistungsfrei zur Verfügung ge-

stellt werden sollen. Es ist zu erwarten, dass sich Länder und Kommunen auf Dauer dem nicht entziehen können. Bereits heute sind sie über die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in die Initiative Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) eingebunden.

Bei der rasanten Weiterentwicklung der Informationslandschaft die Informationsbalance im föderalen System bewahren

Bürokratieabbau und eine permanente Verwaltungsmodernisierung sind Zielsetzungen, die unter anderem mit dem Ausbau von E-Government auf allen föderalen Ebenen verfolgt werden. Dadurch verbreitern sich potenziell die Grundlagen für Registerstatistiken auch für den staatlichen Sektor. So ist zum Beispiel mit der Föderalismusreform I die Verantwortung für das Einwohnermeldewesen auf den Bund übergegangen. In der staatlichen Statistik des Bundes und der Länder werden Georeferenzierung und die Nutzung von Verwaltungsdaten forciert.

Die Kommunalstatistik befindet sich im Spannungsfeld dieser Entwicklungen. Sie hat das starke Interesse, dass die Informationsbalance im föderalen System Deutschlands erhalten bleibt.

Autor: Rudolf Schulmeyer
Verband Deutscher Städtestatistiker

Literatur

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.); Sturm, Gabriele (Red.): Innerstädtische Raumbewertung: Methoden und Analysen. Berichte, Band 25, Bonn 2007.
- Deutsche Statistische Gesellschaft (Hrsg.); Grohmann, Heinz; Krämer, Walter; Steger, Almut (Hrsg.): Statistik in Deutschland. 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft. Springer-Verlag Heidelberg 2011.
- Hruschka, Erhard: Dem Gemeinwohl verpflichtet – zur Zusammenarbeit bereit. In: Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Schibri-Verlag 2004, S. 15-27.
- Maack, Udo und Wolfsteiner, Michael: INSPIRE – Schon wieder ein Modewort oder Was hat INSPIRE mit Statistik zu tun? In: VDSt aktuell Nr. 10/2008.
- Maack, Udo: INSPIRE schreitet voran. In: VDSt aktuell Nr. 4/2012.
- Neefe, Moritz: Zur Geschichte des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. In: Verband Deutscher Städtestatistiker: Protokoll über die 25. Konferenz der Vorstände Statistischer Ämter Deutscher Städte, Dresden, Juni 1911, S. 31-35.
- Schulmeyer, Rudolf: 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft – 100 Jahre Partnerschaft mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker. In: Stadtforschung und Statistik, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heft 2/2011, Schibri-Verlag, S. 5-6.
- Stadt Frankfurt am Main – Der Magistrat, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hrsg.); Schulmeyer, Rudolf: Aufgaben der Städtestatistik zur Sicherung der kommunalen Informationsgrundlagen. In: Frankfurter Statistische Berichte 2/3/2000, Dr. Karl H. Asemann zum 80. Geburtstag gewidmet, S. 143-154.
- Trutzel, Klaus und Schulmeyer, Rudolf: Der KOSIS-Verbund. Interkommunale Zusammenarbeit zur Sicherung selbstverwalteter Städte. In: Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Schibri-Verlag 2004, S. 43-53.
- Trutzel, Klaus: Der KOSIS-Verbund – ein Rückblick mit Ausblick nach gut 25 Jahren. Vortrag gehalten auf der Mitgliederversammlung des KOSIS-Verbundes 2008 in Saarbrücken (dokumentiert unter www.staedtestatistik.de, Frühjahrstagung 2008).
- Trutzel, Klaus: Paradigmenwechsel in der amtlichen Statistik – Anforderungen städtebezogener Statistik. In: VDSt aktuell Nr. 1/2008 (Langfassung in: Stadtforschung und Statistik, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heft 2/2008, Schibri-Verlag, S. 43-47).
- von Arnim, Hans Herbert: Volkszählungsurteil und Städtestatistik – Rechtsgutachten für den Deutschen Städtetag. Deutscher Städtetag, Reihe H, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 32, Köln 1987.

Berliner Wirtschaft: Nach Teilung und Transformation auf Wachstumskurs?

Vorbemerkungen

150 Jahre Berliner Städtestatistik heißt, dass man auch bei der Nutzung solcher Daten wie der Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins weit ausholen sollte. Entsprechend steht am Beginn des Beitrags ein kleiner historischer Rückblick. Das besondere Interesse der Öffentlichkeit an den Daten zur Wirtschaftsentwicklung ist allerdings auf die eher aktuelle Entwicklung gerichtet. Die Analyse der Dynamik in Berlin seit 2010 bildet daher den Schwerpunkt. In der Tradition der Städtestatistik wird dabei besonderen Wert auf die Einordnung der Berliner Entwicklung im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten gelegt. Beendet wird der Beitrag durch einen Blick in die Zukunft, beziehungsweise das, was wir heute über sie denken.

Historischer Rückblick

Die Städte sind mit der Industrialisierung groß geworden. Industrialisierung und Urbanisierung sind

historisch gesehen untrennbar miteinander verbunden (Croon 1963). Deutlich wird dies anhand der Entwicklung der Anzahl der Großstädte seit Mitte des 19. Jahrhunderts. 1850 gab es auf dem heutigen deutschen Staatsgebiet lediglich 2 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern: Berlin und Hamburg. Nach der Reichsgründung waren es dann schon 11 und zuletzt im Kaiserreich 1910 35 Großstädte.

Viele der neuen Großstädte entstanden an wichtigen Rohstofflagern wie im Ruhrgebiet. Aber auch die Hauptstadtregion entwickelte sich sehr dynamisch. So befinden

sich allein unter den 35 deutschen Großstädten von 1910 fünf, die heute Stadtteile von Berlin sind. Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg und Wilmersdorf waren vor der Eingemeindung 1920 eigenständige Großstädte. Berlin selbst erstreckte sich im Wesentlichen auf den Bereich, der heute unter dem Stadtbezirk Mitte firmiert.

Nach dem 1. Weltkrieg wuchs Berlin weiter und weiter. Seinen Höhepunkt erreichte die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt zum Ausgang der 1930er Jahre (Tabelle 1). 1939 waren gut 10 % aller Erwerbstätigen in Deutschland (in den heutigen Grenzen) in Berlin tätig. Merkmale wie eine besondere Produktionsweise (Fordismus, Taylorismus), eine spezifische Sozialstruktur (Arbeiderschaft) und daran ausgerichtete räumliche Strukturen (spezifische Gewerbe- und Wohngebiete) prägten Berlin als Stadt der Moderne.

Die wirtschaftliche Potenz Berlins war getragen von großen Industriekonzernen insbesondere aus den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau wie Siemens, AEG, Osram oder Borsig und Knorr. Trotz der Dominanz industriellen Wachstums trugen allerdings auch tertiäre Funktionen wesentlich zur wirtschaftlichen Stärke bei. Im Bereich Handel und Verkehr waren dies die großen Warenhauskonzerne und die Zentralen der staatlichen Infrastrukturunternehmen Reichsbahn, Reichspost und Lufthansa. Überdurchschnittlich hoch waren aber besonders andere Dienstleistungen wie Banken, Versicherungen und die Kulturwirtschaft vertreten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Berlin in vier Besatzungszonen aufgeteilt und unter internationales Recht gestellt. Die Banken zogen nach Frankfurt am Main, die Versicherungsunternehmen vor allem nach München. Hamburg und München wurden die Medienzentren Westdeutschlands. Auch die großen Industriekonzerne verließen die Stadt und trugen dazu bei, dass Stuttgart und München sich zu Zentren der modernen Industriegesellschaft entwickeln konnten. Und nicht zuletzt übernahm die Region Bonn/Köln die politischen Leitungsfunktionen für den Weststaat. Ost-Berlin wurde andererseits zwar Hauptstadt der DDR, diese aber litt unter starken Bevölkerungsverlusten. So lag der Anteil Berlins an der Beschäftigung insgesamt in Deutschland beim Mauerbau 1961 bei nur noch 5,6 % und sank damit fast auf die Hälfte des Standes von 1939.

Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern in Deutschland (heutiges Staatsgebiet)

Jahr	Anzahl	Darunter
1849 ...	2	Berlin
1880 ...	11	Berlin Charlottenburg
1910 ...	35	Berlin Charlottenburg Rixdorf Schöneberg Wilmersdorf

Tab. 1 Anteil Berlins an der Beschäftigung in Deutschland (heutiges Staatsgebiet) in %

	1939	1961	1989	2010
Produzierendes Gewerbe.....	8,7	4,7	3,8	2,1
Handel und Verkehr.....	10,6	5,5	5,3	3,9
Dienstleistungen.....	15,9	8,3	5,0	4,9
Staat und Organisationen.....	16,5	7,7	7,1	5,4
Insgesamt	10,3	5,6	5,0	4,0

Quelle: Gornig/Häußermann (1999);
VGR der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen

Der Rückgang der ökonomischen Bedeutung der Stadt hielt bis in die Endphase der deutschen Teilung an (siehe hierzu Gornig/Häußermann 1999). 1989 lag der Beschäftigungsanteil Berlins bei nur noch rund 5%. Der starke Bedeutungsverlust wird vor allem an der Entwicklung im Westteil der Stadt deutlich. West-Berlin verlor ökonomisch gesehen fast jede überregionale Bedeutung. Eine Ausnahme bildete lediglich der Kultursektor, der von hohen staatlichen Zuschüssen gespeist wurde. Ost-Berlin dagegen wurde nach dem Mauerbau vor allem auf Kosten der sächsischen Zentren Dresden und Leipzig zur absolut dominierenden Metropole der DDR ausgebaut. So konzentrierte sich 1989 auf den Ostteil Berlins rund ein Drittel der Beschäftigten in der DDR, die dem Bereich der Dienstleistungsunternehmen zugeordnet werden konnten.

Da aber gleichzeitig der Bedeutungsgewinn der Dienstleistungen gegenüber der Warenproduktion in Westdeutschland sehr viel stärker ausfiel als in der DDR, aber an West-Berlin weitgehend vorbeiging, verlor die Stadt insgesamt völlig ihre Spezialfunktion im Bereich der Dienstleistungsunternehmen. Der Beschäftigungsanteil lag in diesem Bereich 1989 mit nur 5% ähnlich hoch wie im Durchschnitt aller Sektoren, aber um zwei Drittel niedriger als 1939. Lediglich im Bereich Staat und Organisationen konnte bezüglich beider deutscher Staaten mit einem Beschäftigungsanteil von 7% noch von einem Funktionsüberschuss der Stadt gesprochen werden – eben als Vorposten des Westens und als Hauptstadt der DDR.

Unmittelbar nach der Vereinigung Deutschlands und Berlins wurden die ökonomischen Entwicklungsperspektiven der Stadt in aller Welt außerordentlich positiv eingeschätzt. Ob in Politik, Wissenschaft oder in der Immobilienbranche – überall überwogen nahezu euphorische Wachstumserwartungen. Diese Wachstumserwartungen manifestierten sich in der Vielzahl von Neubauprojekten, die vor allem im Bürobereich angesiedelt waren. Die Immobilienpreise zogen stadtweit deutlich an.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung nach 1989 sah allerdings anders aus: Die Gesamtbeschäftigung nahm nicht zu, sondern Jahr für Jahr reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze (Gornig/Häußermann 2000). Mit dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR verlor Ost-Berlin seine Steuerungsfunktion in Staat, Partei und Ökonomie. Bis 1992 gingen nahezu 40% der Arbeitsplätze verloren. Dies ist deutlich mehr als in den anderen Gebieten der DDR. Auch West-Berlin blieb hinter der Entwicklung in den alten Bundesländern zurück. Insbesondere die Verluste in der vormals hoch subventionierten Industrie trugen dazu bei, dass die West-Berliner Wirtschaft sich von der Wirtschaftsentwicklung im Westen abkoppelte.

In der Summe hat das ökonomische Gewicht Berlins innerhalb Deutschlands gegenüber der Situation zu Zeiten der Teilung weiter abgenommen (vgl. Tabelle 1). Der Anteil Berlins an der gesamten Beschäftigung verringerte sich von 5% (1989) auf 4% im Jahr 2010. Besonders stark ist dabei der Rückgang beim produzierenden Gewerbe auf nunmehr kaum mehr als 2%.

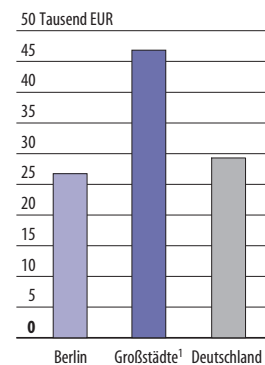
Eckwerte der aktuellen ökonomischen Entwicklung

Die ökonomischen Indikatoren, an denen sich der Status einer Region festmachen lässt, sind vielfältig. In dem historischen Rückblick stand – auch wegen grundlegender Wirtschafts- und Währungsumstellungen – die Beschäftigung im Vordergrund. Im folgenden Blick auf die aktuelle Entwicklung geht es vor allem um die Abbildung der Einkommenssituation.

2009 betrug das Berliner Bruttoinlandsprodukt gemessen je Einwohner 26741 EUR (siehe Abbildung 1). Der Städtevergleich verdeutlicht das allgemein niedrige Niveau, das Berlin hier aufweist. Als Wohlstandsindikator interpretiert bedeutet dies, dass den Berlinern wesentlich weniger Geld im Jahr zur Verfügung steht als den Einwohnern der anderen Großstädte Deutschlands. Selbst der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt mit 29278 EUR höher, eine für eine Hauptstadt außergewöhnliche Situation. Mir ist kein Land in Europa und auch nicht weltweit bekannt, wo ebenfalls die Landeshauptstadt ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau aufweist.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Berlin verlief in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts äußerst schleppend (Abbildung 2). Doch nach dieser ersten Phase der Stagnation setzte 2005 ein starkes Wachstum ein. Berlin wuchs stärker als der Bundesdurchschnitt. Dieses Wachstum erwies sich sogar in der Wirtschaftskrise als robust, auch wenn die Entwicklung hier etwas gebremst wurde. Und so gelang es, bis 2010 wieder zu den anderen Großstädten in Deutschland aufzuschließen. Festzustellen bleibt, dass sich der bestehende Niveauunterschied zwischen Berlin und den anderen Großstädten zumindest nicht vergrößert hat. Die Tatsache, dass das Wachstum nun schon über fünf Jahre anhält, weist zudem auf einen eher stabilen Entwicklungspfad hin.

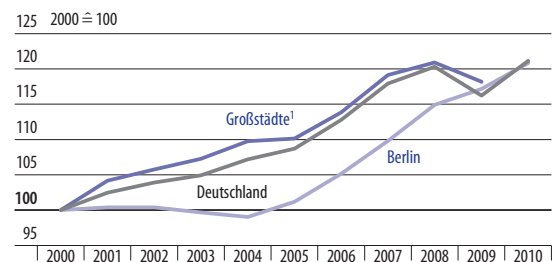
Abb. 1 Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2009



¹ Kreisfreie Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern ohne Berlin

Quelle: VGR der Länder, eigene Berechnungen

Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2000 bis 2010



¹ Kreisfreie Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern ohne Berlin

Quelle: VGR der Länder, eigene Berechnungen

Abb. 3 **Bruttowertschöpfung (BWS)
im Verarbeitenden Gewerbe 2000 bis 2010**

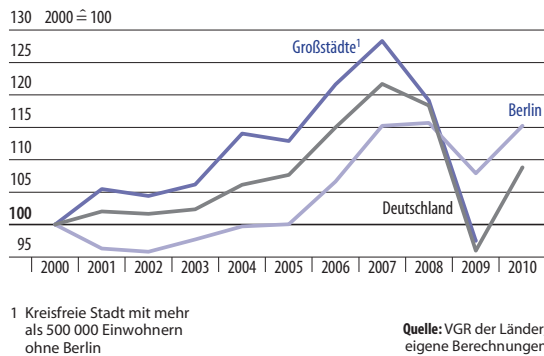
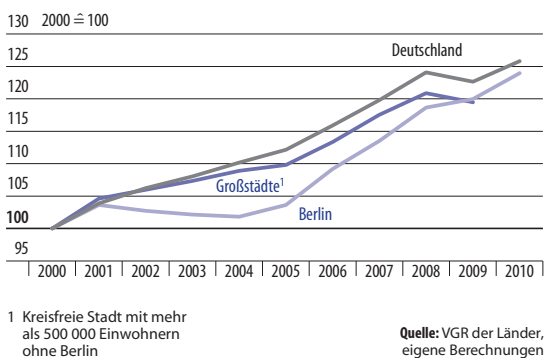


Abb. 4 **Bruttowertschöpfung (BWS)
in den Dienstleistungssektoren 2000 bis 2010**



Die ökonomische Situation in Berlin lässt sich zusammenfassend durch zwei entgegengesetzte Befunde beschreiben. Das Niveau der ökonomischen Aktivitäten ist in Berlin nach wie vor unterdurchschnittlich. Die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik allerdings hat seit 2005 deutlich zugenommen und ist günstiger als in vielen anderen Regionen. Mit Hamburg zusammen führt Berlin häufig die Wachstumshierarchien an. Berlin befindet sich demnach auf einem Aufholkurs.

Im Folgenden sollen die möglichen Träger des aktuellen Entwicklungsprozesses identifiziert werden (siehe hierzu auch Gornig et al. 2011). Als mögliche Wachstumsträger kommen dabei Wirtschaftsbereiche in Frage, die in der Lage sind, insbesondere durch überregionalen Absatz zusätzliches Einkommen in der Region zu induzieren (Andrews 1953). Zu diesen „Exportsektoren“ zählt traditionell die Industrie. Aber auch immer mehr Dienstleistungen weisen eine überregionale Handelbarkeit auf (Illeris 2005, Beyers 2005, Gornig 2005). Triebkräfte der zunehmenden überregionalen Handelbarkeit sind verbesserte technische Voraussetzungen wie durch das Internet, aber auch Erleichterungen der institutionellen Bedingungen (EU-Dienstleistungsrichtlinie, GATTs).

Die Industrieentwicklung – gemessen an der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe – war in Berlin lange negativ (Abbildung 3 und Titelgrafik). Erst nach 2005 gelang es der hiesigen Industrie, mit der dynamischen Entwicklung in Deutschland insgesamt und den anderen Großstadtregionen mitzuhalten. Die Absatzkrise 2009 konnte die Berliner Industrie sogar relativ unbeschadet überstehen.

Die Wachstumsdynamik der modernen Industrien lässt sich dabei immer weniger aus reinen Kostenvorteilen erklären. Vielmehr sind erfolgreiche Industrieunternehmen stärker dadurch gekennzeichnet, dass sie im Rahmen globalisierter Märkte flexible Strategien entwickeln, um sich den ständig verändernden Nachfrage- und Produktionsbedingungen mit ihrem Produktsortiment anzupassen. Für die Berliner Industrie kommt hinzu, dass durch die besonderen Ausgangsbedingungen im ökonomischen Transformationsprozess der Modernisierungsbedarf der Produktpalette besonders hoch war. Entsprechend sind eine ganze Reihe von Studien zum Modernisierungsprozess der Industrie für den West- und Ostteil der Stadt durchgeführt worden (Fischer et al. 2004, Pfeiffer/Ring 2002). Sie kommen zu der weitgehend durchgängigen Einschätzung, dass das Modernisierungstempo in Berlin hoch ist.

Auch im Vergleich zu anderen Agglomerationen scheint mittlerweile die Berliner Industrie eine vergleichsweise junge Produktpalette zu besitzen (siehe hierzu Gornig/Voshage 2010). Indiz für den hohen Modernisierungsstand in Berlin ist, dass neue Betriebe in die Stadt kommen bzw. aus Neugründungen respektable Industriebetriebe werden. Ein wesentlicher Indikator hierfür ist die Zahl neu in der Industriestatistik erfasster Betriebe, die in der Regel dann aufgenommen werden, wenn mindestens 20 Beschäftigte dem dazugehörigen Unternehmen zuzuordnen sind.

Die Tabelle 2 weist in Berlin für 2004 über 200 neue Industriebetriebe aus. Das entspricht einem Anteil an allen in Berlin tätigen Industriebetrieben von 36 %. Das heißt, mehr als jeder dritte Industriebetrieb, der heute in der Stadt produziert, ist erst nach 1995 in Berlin aktiv geworden. Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass hinter dem sichtbaren Gesamtprozess der Schrumpfung in der Berliner Industrie auch Ansätze für eine neue industrielle Zukunft in der Stadt entstanden sind.

Der Erneuerungsprozess durch neue Betriebe ist dabei in Berlin weit stärker ausgeprägt als in den anderen großen deutschen Agglomerationen. Zwar sind im Durchschnitt auch dort viele neue Betriebe erfasst worden. In Relation zum Gesamtbestand an Betrieben 2004 ist ihr Anteil aber mit rund 27 % deutlich geringer. Ein Grund für die hohe Bedeutung neuer Betriebe in Berlin ist natürlich auch, dass in der Stadt relativ viele Betriebe seit 1995 ausgeschieden sind. Aber auch wenn man die Zahl neuer Betriebe auf die Ausgangsbasis 1995 bezieht, liegt der Anteil neuer Betriebe in Berlin um 3 Prozentpunkte höher als in den Vergleichsregionen.

Die statistische Abbildung der Entwicklung überregionalorientierter Dienstleistungen ist sehr schwer. In der amtlichen Regionalstatistik werden in der Regel nur die beiden Bereiche Handel/Verkehr, Finanzierung/Unternehmensdienste ausgewiesen. In keinem dieser Bereiche ist die Wertschöpfung in Berlin über den gesamten Zeitraum betrachtet stärker gewachsen als in Deutschland insgesamt. Seit 2005 holt Berlin aber in der Summe der drei Sektoren deutlich auf (Abbildung 4 und Titelgrafik).

Innerhalb des heterogenen Dienstleistungssektors weisen ausgewählte Indikatoren auch auf überregionale Dienstleistungen hin, in denen Berlin überdurchschnittlich abschneidet. Hierzu zählen insbesondere Branchen der sogenannten Kreativwirtschaft und der Tourismussektor.

Eine Auswertung der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in der Kreativwirtschaft zeigt beispielsweise, dass Berlin hier sowohl gegenüber dem Bundesdurchschnitt als auch den anderen Großstadtregionen gut abschneidet (siehe auch Gornig/Mundelius 2012). Diese wegen einer Systematikumstellung nur für die Jahre 2000 bis 2007 mögliche Auswertung zeigt eine starke Wachstumsdynamik der Designbranchen (Abbildung 5). Hier liegen auch die Großstadtregionen und insbesondere Berlin klar vorn. Ebenfalls ein hohes Wachstum weist die Beschäftigung der Softwarebranche auf. Hier allerdings fallen die Großstadtregionen und auch Berlin etwas zurück. Eine starke Performance weist Berlin dagegen bei den Werbeagenturen sowie der Film- und Musikwirtschaft auf. Im Bundesdurchschnitt und bei den anderen Großstädten sind dort die Beschäftigungszuwächse nur noch bescheiden. Die Bereiche Design, Software, Film und Musik zählen mittlerweile zu den stärksten Spezialisierungsfeldern Berlins.

Sehr dynamisch entwickelt sich zudem der Tourismussektor. Dies zeigt ein Blick in die Zahlen zu den Übernachtungen (Abbildung 6). Diese liegen in Berlin weit höher als im Bundesdurchschnitt oder im Durchschnitt der Großstädte. Zwischen 2000 und 2009 nahmen die Übernachtungszahlen in Berlin insgesamt um 65 % zu. Im Durchschnitt der anderen Großstädte stiegen die Zahlen um gut 40 %. Berlin punktet insbesondere beim Zuwachs von ausländischen Übernachtungen.

Die Dynamik des Wachstums der Tourismusbranche ist auch und besonders dem in den letzten Jahren immer stärker werdenden Trend des Städtetourismus geschuldet (Freytag 2007). Berlin erfreut sich national aber auch international sehr großer Beliebtheit. So liegt Berlin in vielen Rankings unter den ersten Plätzen in Europa, neben Paris, London und Rom (Sparkassen-Tourismusbarometer 2011). Die Dynamik des Wachstums scheint sich allerdings abzuschwächen. So wuchs die Belegungsrate in 2011 nur noch schwach und der durchschnittliche Zimmerertrag sank gegenüber dem Vorjahr (Deloitte 2011).

Ausblick auf die künftige Wirtschaftsentwicklung

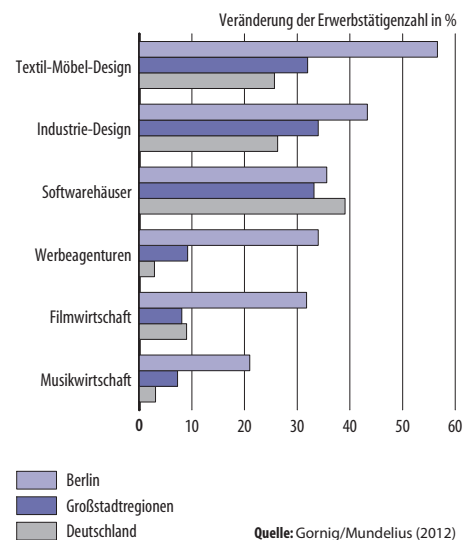
Berlin befindet sich ökonomisch gesehen auf einem Aufholkurs. Produktion und Einkommen nehmen deutlich überdurchschnittlich zu. Ob dieser Aufholprozess eher Ausdruck sporadischer Entwicklungen in den aktuellen Daten ist oder einen dauerhaften Wachstumspfad kennzeichnet, lässt sich allein aus den Entwicklungsdaten kaum herauslesen. Im Folgenden soll daher insbesondere der Bezug zu den Standortpotenzialen Berlins und den Standortanforderungen der bisherigen Entwicklungsträger in den Blick genommen werden (siehe hierzu Gornig et al. 2011).

Tab. 2 Neue Betriebe in Berlin und den anderen großen deutschen Agglomerationen 1995 bis 2004

	Berlin	Andere Agglomerationen	Berlin	Andere Agglomerationen
	Anzahl der Betriebe		Anteile in %	
Bestand 1995	718	8 092		
Bis 2004 geschlossene Betriebe	341	2 303	47,5	28,5
Seit 1995 bestehende Betriebe	377	5 789		
Seit 1995 errichtete Betriebe	212	2 167	36,0	27,2
Bestand 2004	589	7 956		

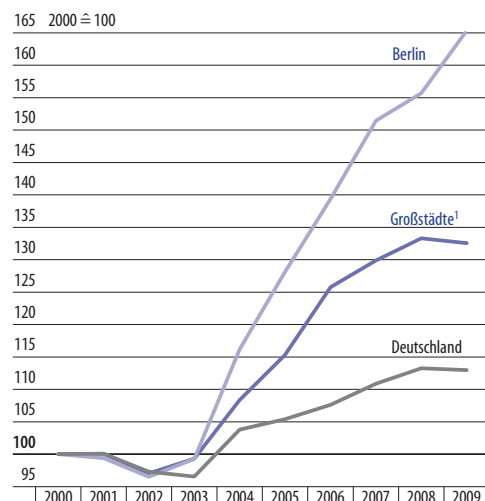
Quelle: Gornig/Voshage (2010)

Abb. 5 Entwicklung von Sektoren der Kreativwirtschaft 2000 bis 2007



Quelle: Gornig/Mundelius (2012)

Abb. 6 Entwicklung der Übernachtungszahlen 2000 bis 2009



¹ Kreisfreie Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern ohne Berlin

Quelle: Statistische Landesämter, Tourismusstatistik

Hinweise darauf, wo die Standortpotenziale Berlins insbesondere auch im Vergleich mit den anderen großstädtischen Standorten in Deutschland und Europa liegen, ergeben sich aus Befragungen von wirtschaftlichen Akteuren, vor allem von Unternehmen. Dabei wird immer wieder auf die enorme Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ein in seiner Breite einzigartiges kulturelles Angebot und durch die Hauptstadtfunktion die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern verwiesen (Geppert et al. 2009; McKinsey 2010; Prognos 2010; OECD 2010).

Vergleicht man dies mit den grundlegenden Standortanforderungen der Branchen, die in den letzten gut zehn Jahren die Wirtschaftsentwicklung angetrieben haben, besteht eine hohe Kongruenz. Der zentrale Motor der Entwicklung von forschungsintensiven Industriebranchen wie der Medizintechnik und die Biotechnologie sind die technologischen Potenziale (Deutsche Bank Research 2011). Das kulturelle Potenzial beflügelt nicht nur den Tourismus (Frank et al. 2002), sondern ist auch einer der entscheidenden Entwicklungstreiber für die Kreativwirtschaft in Berlin (Mundelius 2006).

Ein wichtiger Grund dafür, dass in den letzten Jahren Großstädte wie Berlin überdurchschnittlich wachsen, ist über die genannten Potenziale hinaus offenbar auch, dass immer mehr junge Menschen das großstädtische Leben bevorzugen. Die Städte werden im Vergleich zu den übrigen Regionen jünger (Geppert, Gornig 2010). Traditionell profitieren die Städte von der Zuwanderung junger Menschen, die eine weiterführende Ausbildung absolvieren wollen. Relativ neu ist aber, dass immer mehr dieser Menschen nach Abschluss der Ausbildung in den großen Städten bleiben. Berlin kann hier gerade auch im Vergleich zu den lange bevorzugten Städten München und Hamburg zulegen.

Für die Investitions- und Standortentscheidungen der bislang in Berlin dynamischen Branchen der forschungsintensiven Industrien, der Kreativwirtschaft und des Tourismus sind offenbar Faktoren von Bedeutung, über die die Stadt in hohem Maß verfügt. Gleichzeitig scheinen die Marktentwicklungen in den genannten Bereichen insgesamt günstig. Es spricht demnach vieles dafür, dass sich der wirtschaftliche Aufholprozess Berlins in den nächsten Jahren eher fortsetzen wird. Die Treiber der Entwicklung sind das technologische und kulturelle Potenzial und damit verbunden das Humankapital der Stadt.

Autor: *Martin Gornig*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Literatur

- Andrews, R. B. (1953): Mechanics of the Urban Economic Base: Historical Development of the Base Concept. In: Land Economics, Vol. 29, Issue 2 (May, 1953), S. 161-167. University of Wisconsin Press.
- Beyers, W. B. (2005): Services and the Changing Economic Base of Regions in the United States. The Service Industries Journal, 25, S. 461-476.
- Croon, H. (1963): Zur Entwicklung deutscher Städte im 19. und 20. Jahrhundert. In: Studium Generale, Nr. 9.
- Deloitte (2011): Hotelmarkt Berlin, Hostel Tür an Tür mit Luxusherberge; Newsletter 2. Quartal 2011.
- Deutsche Bank Research (2011): Deutschlands Biotechnologieregionen. Konzentration setzt sich fort.
- Fischer, J., R. Pohl und K. Semlinger (2004). „Berlins Industrie nach der Wiedervereinigung. Was bringt die neue Gründerzeit? Investitionsbank Berlin (Hg.), Edition StadtWirtschaft, Regioverlag: Berlin.
- Frank, B., K. Geppert und D. Vesper (2002): Kultur als Wirtschaftsfaktor in Berlin. Studie im Auftrag der IHK Berlin.
- Freytag, T. (2007): Städtetourismus in europäischen Großstädten: Eine Hierarchie der Standorte und aktuelle Entwicklungen der Übernachtungszahlen. DISP, 169 (2), 56-67.
- Geppert, K., M. Gornig, I. Drescher-Bonny, P. Wilke und P. Ring (2009): Neue Wachstumschancen für Berlin. Wirtschaftskraft, Branchenprofil und industriepolitische Strategien im Metropolenvergleich. Berlin: Regioverlag.
- Geppert, K. und M. Gornig (2010): Mehr Jobs, mehr Menschen: die Anziehungskraft der großen Städte wächst. In: Wochenbericht des DIW Berlin 19/2010.
- Gornig, M. (2005): Polarisierung der wirtschaftlichen Potenziale – Folgen von Tertiärisierung und Europäisierung für die Städte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 44, II., S. 50-63.
- Gornig, M., J. Kolbe und R. Bode (2011): Datenanalyse zur Berliner Wirtschaft. In: DIW Berlin: Politikberatung kompakt, Nr. 62.
- Gornig, M. und H. Häußermann (2000): Die neue Bundeshauptstadt – Zukunftsaussichten einer zurückliegenden Metropole. In: Leviathan, Sonderheft 19/99, R. Czada/H. Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, S. 49-72.
- Gornig, M. und H. Häußermann (1999): Der steinige Weg zur Dienstleistungsmetropole. In: Berliner Festspiele/Architektenkammer Berlin (Hrsg.): Berlin: offene Stadt, Band 2 - Die Erneuerung seit 1989, Berlin: Nicolai, S. 76-89.
- Gornig, M. und M. Mundelius (2012): Reurbanisierung und wissensbasierte Ökonomie. In: Brake, K., Herfert, G. (Hg.): Reurbanisierung zwischen Diskurs und Materialität. Wiesbaden: VS Verlag, S. 130-150.
- Gornig, M. und R. Voshage (2010): Modernisierung der Produktpalette in der Berliner Industrie. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Heft 3, S. 58-62.
- Illeris, S. (2005): The role of services in regional and urban development: A reappraisal of our understanding. In: The Service Industries Journal, Volume 25, Issue 4, S. 447-460.
- McKinsey (2010): Berlin 2020. Unsere Stadt. Wirtschaftliche Perspektiven durch neue Wachstumskerne. Berlin.
- Mundelius, M. (2006): Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Pankow. In: DIW Berlin: Politikberatung kompakt, Nr. 21.
- OECD (2010): Higher Education in Regional and City Development: Berlin, Germany.
- Pfeiffer, I. und P. Ring (2002): Das verarbeitende Gewerbe Berlins im Strukturwandel. Tätigkeitsprofil und Verflechtung mit dem Dienstleistungssektor. Berlin: Regioverlag.
- Prognos (2010): Eine Zukunft für Berlin. Prognos-Studie zu den Perspektiven der Stadt im Auftrag der Berliner Bank.
- Sparkassen-Tourismusbarometer (2011): Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Berlin.

Zahlen für (Haupt-)Stadt und Staat

Anmerkungen zum Umfeld bei der Einrichtung des unabhängigen Statistischen Bureaus der Stadt Berlin 1862

Zum Einstieg

Zahlen sind Zeichen, sind Abbilder oder Symbole – auf jeden Fall aber mehr oder weniger abstrakte Objekte menschlichen Denkens. Zählen dient der Feststellung von Gleichheit bzw. Verschiedenheit und ist damit ein Ordnungsprozess; es stellt ein grundlegendes menschliches Vermögen dar. Mit Zahlen kann man rechnen und das Ergebnis zu Zwecken der Erkenntnis einsetzen. Wer besonders gut im Rechnen und beim Kalkül ist, hat möglicherweise Vorteile gegenüber denen, die das nicht sind. So zeigt die Geschichte der Mathematik, dass die in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen entwickelten Zahlen- und Rechensysteme immer auch ein Ausdruck der kulturellen Verfasstheit einer Gesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Differenziertheit waren. Insofern haben Zahlen mit Vermögen im weitesten Sinne, mit Macht und mit Herrschaft zu tun. Die Art ihrer Verwendung wirkt nur auf den ersten Blick neutral, verweist jedoch fast immer auf wesentlich weiterreichende Fakten und gesellschaftliche Verhältnisse.

Statistik ist nun eine besondere Art des Umgangs mit Zahlen und einer darauf aufbauenden Mathematik. Als den Staat betreffende Daten tauchten die Vorläufer heutiger amtlicher Statistik in den Geschichtsbüchern dieser Welt bereits sehr früh auf. Die ersten der nun folgenden Anmerkungen, die einige Grundlagen und Hintergründe zur Zeit der Gründung der unabhängigen Berliner Statistikstelle ins Gedächtnis rufen wollen, werden sich deshalb solchen historisch belegten Vorläufern widmen. Sodann sollen einige Wurzeln heutiger Statistik in den Blick genommen werden: Welche Erfahrungen gab es vor der Etablierung bürgerlicher Gesellschaften und wie verlief die Wissenschaftsentwicklung dann im 19. Jahrhundert mit welchen Auswirkungen auf die neu entstehende amtliche soziale Statistik? Schließlich werden einige historisch belegte Probleme mit Volkszählungen dargestellt, die möglicherweise auch Auswirkungen auf unseren Umgang mit amtlichen Daten haben. Was kann also „unabhängige“ Statistik heute sein?

Historische Vorläufer heutiger Statistik

Die Anfänge amtlicher Statistik reichen bis weit ins Altertum zurück und Volkszählungen liefern dafür die ältesten Nachweise:

- Bereits aus dem 3. Jahrtausend v. u. Z. sind aus Ägypten erste Volkszählungen belegt. Im 2. Jahrhundert v. u. Z. wurden dort bereits in jedem zweiten Jahr „die selbständigen Haushalte mit ihrem gesamten Personenstand aufgenommen und die

Haushaltsvorstände auf die Richtigkeit ihrer Angaben vereidigt“.¹

- Im antiken Athen wurden Bürgerregister, Register zu Bevölkerungsbewegungen, Einfuhrlisten zollpflichtiger Waren und Vermögenskataster geführt.
- Im Römischen Reich gab es etwa seit dem 6. Jahrhundert v. u. Z. alle fünf Jahre Erhebungen über die Anzahl und die Einkünfte der römischen Bürger. Für diese Zählungen und die damit zusammenhängenden Steuerschätzungen war ein „Censor“ verantwortlich – ein sehr einflussreicher Beamter.

Neben der Erfassung der Einkommen zum Zwecke der Steuererhebung ging es in diesen Volkszählungen meist auch um die Erfassung der wehrfähigen Männer. Diese Art der Datensammlung verlangte im Hintergrund eine Art von Bürokratie, die die erhobenen Daten verwalten und die gewünschten Schlussfolgerungen ziehen konnte. Allerdings handelte es sich bei diesen frühen Datenerhebungen hauptsächlich um die bloße Zählung von Merkmalen und Ereignissen und noch nicht um eine im weiteren Sinn quantifizierende Aufbereitung der gewonnenen Daten. Ein bürokratisch organisiertes Verwaltungswesen moderner Art gründet dann erst im Absolutismus und ging mit dem Aufstieg der Nationalstaaten einher. Wie bei den antiken Großreichen war der Fokus weiterhin auf die Verwaltung und Mehrung des Vermögens gerichtet.

Statistik spielte zudem immer schon eine Rolle bei der Analyse von Glücksspielen: So gab deren weite Verbreitung als adeliger Zeitvertreib im 17. Jahrhundert u. Z. Anlass zu einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen von z. B. Blaise Pascal und Pierre de Fermat. In ihrem Briefwechsel aus dem Jahr 1654 tauschten sie sich vorwiegend über Würfelspiele aus. Auf den daraufhin formulierten Regeln der Kombinatorik gründet bis heute die Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Frühmoderne Formen der Statistik sollten vor allem eine „wissenschaftliche Politik“ (Claude-Henri de Saint-Simon, 1813) stützen bzw. vorbereiten helfen:

- In Deutschland fand die erste städtische Volkszählung 1449 in Nürnberg statt – es ging um den Stand der Bevölkerung und der Vorräte aufgrund der Frage, ob und in welchem Ausmaß man Flüchtlinge des Ersten Markgrafenkriegs in der Stadt aufnehmen konnte.²

¹ Elisabeth Noelle 1963, S. 13; zitiert nach Esser 1988, S. 4.
² vgl. Statistik, in: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie, abgerufen im Juli 2012.

- Auf Ebene der deutschen Territorialstaaten wurden Bevölkerungsstatistiken (Geburten, Eheschließungen und Todesfälle) seit 1683 zuerst in Preußen auf Anordnung des Kurfürsten erstellt und im Laufe der Zeit erweitert: 1719 um Hausbestand und Kommunalfinanzen; 1778 um Viehbestand, Aussaat, Getreidepreise, Flachs- und Tabakanbau, Fabriken, Hütten- und Bergwerke, Schifffahrt und Handel.³ Bereits im Vorfeld der Stein-Hardenbergschen Reformen wurde dann im Mai 1805 das „Königlich Preussische Statistische Bureau“ als erstes statistisches Amt eines deutschen Staates geschaffen. Auftrag: Verlässliche Ergebnisse aus allem, was an Verwaltungsvorgängen statistisch zu bearbeiten ist, dem Staat und der Wissenschaft zur Verfügung stellen.
- Im bereits stark zentralisierten, absolutistisch regierten Frankreich machte der Staatsmann Jean-Baptiste Colbert den Anfang mit umfangreichen amtlichen statistischen Erhebungen – nämlich 1665 mit einer Handelsstatistik. Aber auch dort folgte die erste allgemeine Volkszählung erst 1801 unter Napoléon Bonaparte als erstem Konsul der Republik.⁴
- In Deutschland wird eine zentrale amtliche Statistik seit der Errichtung des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1872 geführt. Seine Aufgaben bestanden darin, für die Reichsstatistik Material zu sammeln, zu prüfen, technisch und wissenschaftlich zu bearbeiten sowie auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen aufzustellen und über statistische Fragen gutachtlich zu berichten.⁵

Im 19. Jahrhundert steht die sich zunehmend etablierende Statistik zwischen zwei Traditionslinien älteren und jüngeren Datums. Zum einen diente Statistik bis dahin als Stütze merkantilistischer Staatsverwaltung. Von zentraler Bedeutung waren dabei die politische Arithmetik englischer Prägung und die kameralistische Universitätsstatistik deutscher Prägung. Zum anderen entstanden Beschreibungen des Gemeinwesens nach den Jahren der Revolutionen gegen die feudale Herrschaft als bürgerschaftsnahe, wissenschaftliche Fundierung suchende „Moralstatistik“, als „soziale Physik“ (Adolphe Quetelet, 1835), als soziale Naturwissenschaft (Auguste Comte, 1830 / 46) oder auch alternativ zur zahlenbasierten Statistik als Entwicklung der verbal beschreibenden Monografie (Frédéric Le Play, 1855). In dieses Spektrum moderner Beschreibungen von Staat und Gesellschaft zählte auch die sich gegen traditionelle Zugriffe wehrende moderne amtliche soziale Statistik.

Wurzeln der Statistik in England

Laut Elke Esser gingen die stärksten Impulse in der Entwicklung der empirischen Sozialforschung – und damit auch einer modernen Sozialstatistik, die in der Anfangszeit untrennbar damit verknüpft war – von

England aus.⁶ Bereits Wilhelm der Eroberer ließ dort die erste groß angelegte Erhebung in den eroberten königlichen Domänen und in den Ländereien der Lehnsherren durchführen. Dabei ging es insbesondere um Besitzverhältnisse, Größe und Wert des Besitzes. Die Ergebnisse wurden 1086 in den „Domesday Books“ dokumentiert. Die damalige Bevölkerungszahl Englands dürfte demnach bei ungefähr zwei Millionen gelegen haben.

Während des Zeitalters der Renaissance gewannen dann die Überzeugungen Francis Bacons (1561–1621) großen Einfluss. Er wandte sich gegen den praktisierten Aristotelismus und die Scholastik und vertrat stattdessen eine frühe Form des „Empirismus“: Er betonte die Rolle der Erfahrung als Grundlage aller Erkenntnis und entwickelte in der Folge die logische Schlussweise der Induktion weiter. Ihm wird der Ausspruch „Wissen ist Macht“ zugeschrieben, da er nicht nur eine nützliche Anwendung von Wissenschaft forderte, sondern Naturbeherrschung als Ziel aller Wissenschaft proklamierte. Die von ihm geduldeten oder geforderten Vorgehensweisen zur Erkenntnisgewinnung waren gegebenenfalls auch rabiat zu nennen – war er doch nicht nur Philosoph und Jurist, sondern in den Funktionen als Generalstaatsanwalt, Generalfiskal, Großsiegelbewahrer und Lordkanzler auch einflussreicher Politiker. Das durch Bacon geförderte intellektuelle Klima stützte mit dem Glauben an die Messbarkeit aller Dinge laut Einschätzung von Paul Lazarsfeld den „rationalen Geist des aufstrebenden Kapitalismus“.⁷ Soziale Statistik übte sich insbesondere in der Entwicklung einer Überlebensstatistik. Diese zielte auf eine Systematik für die gehäuft auftretenden Seuchen und Epidemien, die infolge der frühkapitalistischen Produktionsweisen und der damit verbundenen Bevölkerungsdichte wie der Lebensumstände in den Städten zunehmend wichtig wurde.

Daraus entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Politische Arithmetik, als deren Hauptvertreter John Graunt, William Petty und Edmund Halley gelten. Die erste bevölkerungswissenschaftliche Studie „Natural and Political Observations upon the Bills of Mortality“ (John Graunt 1662) beruhte auf Londoner Geburts- und Sterbelisten. Daraus wurden Aussagen zu Bevölkerungszahl und Bevölkerungswachstum, Lebenserwartung, Geschlechterverhältnis und Heiratsalter, zu Selbstmordraten und Gesundheitszustand abgeleitet. Vor allem William Petty entwickelte seine erfahrungswissenschaftlichen Methoden für das Studium sozialer Phänomene als argumentative Unterstützung der auf Weltmachtgeltung und nationalen Reichtum abzielenden Politik der englischen Krone. Seine 1672 veröffentlichte Studie „Political Anatomy of Ireland“ gilt laut Hans Zeisel als erste soziografische Schrift. Sie enthält „Angaben über Art und Umfang des Bodens, Handel und Leute, ihre Kleidung, ihre Nahrung“.⁸ Petitys empirische Erfahrungen stammten bereits aus seiner Zeit als Sekretär des Armeeführers gegen den irischen Aufstand 1641. Er strebte Quantifizierung an, weil ihm die zahlenmäßige Darstellung gesellschaftlicher Verhältnisse als objektiv, überindividuell gültig und reproduzierbar erschien – und weil in Irland die Neuordnung der Besitzverhältnisse genaue Kenntnis

³ vgl. Statistik, in: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie, abgerufen im Juli 2012.

⁴ ebd.

⁵ Statistisches Bundesamt 1972, S. 15.

⁶ Esser 1988, S. 4.

⁷ Paul Lazarsfeld 1961, S. 149, zitiert nach Esser 1988, S. 7.

⁸ Zeisel 1933/1975, S. 114. Soziografie bezeichnete Anfang des 20. Jahrhunderts den Versuch, durch einen systemati-

schen Methodenmix aus Beobachtung, Befragung und diversen anderen Verfahren auf induktivem Weg zu einer verallgemeinerbaren regelhaften Kernaussage zu gelangen.

der beschlagnahmten Gebiete voraussetzte. Trotz Pettys Bemühungen, mit Bevölkerungsstudien rationales Regieren zu unterstützen, gab es bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts keine nennenswerten Nachfolgestudien. In einem konstruktiven und umfassenden Sinn ist die Idee der Quantifizierung und Mathematisierung erst vom Belgier Adolphe Quetelet weitergeführt worden.

Bis dahin hatten die ökonomisch-sozialen Erschütterungen im Prozess der ursprünglichen Akkumulation allerdings massiv zugenommen. Während die Arbeiterbewegung zu Streiks oder Boykotts aufrief, entstanden in den 1830er- und -40er-Jahren in vielen großen englischen Städten „Statistical Societies“, die mit ihren Erhebungen auf das Informationsbedürfnis des Bürgertums wie das verschiedener Reformbewegungen hinsichtlich der „Sozialen Frage“ reagierten. Daraufhin ließen sich auch Parlament und Regierung überzeugen, Untersuchungskommissionen für Routine-Datensammlungen einzurichten. Einen Höhepunkt erreichte diese Phase in den sozialpolitischen Enquêtes des britischen Parlaments. Das Material dieser Enquêtes sowie eigene Beobachtungen und Zeitungsberichte wurden dann unter anderem von Friedrich Engels zusammengeführt und 1845 unter dem Titel „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ veröffentlicht.

In Deutschland tat man sich schwer mit der Akzeptanz der politischen Arithmetik. Ihre Anhänger wurden verbreitet als „Tabellenknechte“ oder „Zahlenmänner“ bezeichnet. Erst 1741 gelang es in Berlin Johann Peter Süßmilch eine bedeutende Schrift in der Tradition der politischen Arithmetik zu veröffentlichen: „Die Göttliche Ordnung in den Verhältnissen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen“. Er war Pfarrer und Demograf und wurde aufgrund seiner Studien ab 1745 Mitglied der Königlich-Preussischen Akademie der Wissenschaften. Als Pfarrer waren ihm die damals üblichen Quellen gut vertraut. Denn nicht nur in Deutschland waren Kirchbücher („liber status animarum“) bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts die hauptsächliche Grundlage bei der Erfassung der Bevölkerung. Erst infolge der bürgerlichen Revolutionen wurden sie als Datenquelle in immer mehr Staaten durch regelmäßige Volkszählungen abgelöst. Die Idee der Quantifizierung und Mathematisierung gesellschaftlicher Analysen passte folglich gut zu den Rationalitätsvorstellungen der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaften.

Kameralistische Universitätsstatistik im 18. Jahrhundert

Statistische Erhebungen der Neuzeit waren in erster Linie administrativen und fiskalischen Zwecken geschuldet. Im Zeitalter des Absolutismus lag es dann bereits in der bewussten Absicht der „geschulten Bürokratie“, die „Kraft- und Machtverhältnisse der bestehenden Staaten wissenschaftlich zu erforschen und zum Gegenstand objektiver Belehrung zu machen“.⁹ Wird die herrschende Wirtschaftspolitik jener Zeit in Frankreich als Merkantilismus bezeichnet, spricht man in Deutschland vom Kameralismus. Und die Kameralistik ist entsprechend die Wissenschaft von der staatlichen Verwaltung (Rechnungsführung,

Finanz-, Wirtschafts-, Verwaltungslehre, Rechts- und Polizeiwissenschaft) sowie der Volkswirtschaftspolitik.

Die später darauf gründende deutsche Universitätsstatistik wurde durch Gottfried Achenwall geprägt: Den Begriff Statistik leitete er von „statista“, dem Staatsmann, und der „ragione di stato“, der Staatsräson, ab. Statistik als „Staatswissenschaft einzelner Reiche ... enthält eine gründliche Kenntniß der wirklichen Merkwürdigkeiten einer bürgerlichen Gesellschaft“ (1749).¹⁰ Ihre Kenntnis erlangte die Universitätsstatistik jedoch selten aufgrund von Zählungen. Sie pflegte vielmehr deutliche Distanz gegenüber der Verwendung standardisierter Erhebungsmethoden und quantitativer Analysen. Ihre Vorgehensweise war rein deskriptiv und darauf gerichtet, durch „Kenntniß der Staaten zur Staatsklugheit zu gelangen“. Zugleich betonte zumindest August Ludwig Schlözer (1804) die Bedeutung einer guten „amtlichen Statistik“ als unerlässliches Quellenmaterial für wissenschaftliche Analysen. Inhaltlich zählte für ihn zu einer vollständigen Staatskunde, „alle Daten der Glückseligkeit eines Volkes zu beachten und aufzusuchen“.¹¹ Die Kritik der deutschen Universitätsstatistik an einer (zu starken) Quantifizierung sozialer Tatbestände weist in zwei Richtungen: Zum einen schwingt darin ein spezifisch deutsches Gesellschaftsverständnis mit und zum anderen verweist sie auf die Grenzen einer rein quantifizierenden Erfassung sozialer und politischer Tatbestände.¹²

Zwischenfazit

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts stand Statistik immer im Dienste einer feudalen Herrschaft. Von Gedanken der Aufklärung bewegte Fürsten – auch im aufgeklärten Absolutismus Preußens – legten verstärkt Wert auf tatsächliche Einsicht in Bestände und Entwicklungen in ihrem Herrschaftsbereich. Für das Volk waren die gewonnenen Erkenntnisse in der Regel nicht zugänglich.

Infolge von Aufklärung und fortschreitender Industrialisierung verbreiteten sich sowohl Vorstellungen von Rationalität, Abstraktion und eines unabhängigen Individuums als auch diverse Ausprägungen der Arbeitsteilung und des Zusammenlebens, veränderte Wertschöpfungsprozesse und Infragestellung bisheriger Hierarchien. Damit verknüpften sich massive soziale und politische Umschichtungen. Sozialforschung und Statistik wurden in diesem Prozess zu Werkzeugen der Informationsgewinnung. Zugleich erwiesen sich die gewonnenen Informationen nicht als eindeutig, vielmehr gab es von Anfang an Streit um die mögliche bzw. richtige Auslegung.

Auch der bis heute immer wieder aufflammende Streit um quantitative oder qualitative Sozialforschung ist bereits in der Statistik der Frühmoderne angelegt – unter anderem in der Gegnerschaft der deutschen Universitätsstatistik zur Politischen Arithmetik. Der Begriff Statistik der deutschen Kameralisten wurde gleichwohl ab Ende des 18. Jahrhunderts auch in England als „statistics“ schnell gebräuchlich, ohne dass sich die Verständnisse angeglichen haben.

⁹ August Meitzen 1886, zitiert nach Maus 1973, S. 23.
¹⁰ zitiert nach Kern 1982, S. 20.

¹¹ zitiert nach Maus 1973, S. 24.
¹² Kern 1982, S. 26f.

Gesellschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert löste der Nationalstaat als dominierende politische Organisationsform die feudale Herrschaft ab, was für die meisten Länder mit heftigen sozialen Kämpfen einherging. Technische Erfindungen, zahlreiche neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse und eine Neuordnung des Wirtschaftsbetriebs unterstützten die Industrialisierung. Menschen wanderten vom Land in die Stadt, das Bild der Städte änderte sich grundlegend, Arbeit und Reichtum verteilten sich nach anderen Kriterien. Wirtschaftswachstum und die neuen Möglichkeiten der Mobilität führten zugleich zu Konkurrenzen zwischen den Nationen um wirtschaftliche und weltpolitische Vormachtstellung.

Aus den Erfahrungen der französischen Revolution und auf Grundlage der Diskussionen in den neuen Naturwissenschaften entwickelte sich im 19. Jahrhundert der „Positivismus“ als einflussreichste Denkrichtung. Hauptvertreter war Auguste Comte (1798–1857). Dieser betonte, dass Beziehungen zwischen Tatsachen nur durch Beobachtung und Denken zu entdecken seien – in Ablehnung des Kantschen „a priori“. In Anlehnung an die zahlreichen Erfolge in den Naturwissenschaften sollten auch historisch-gesellschaftliche Gegebenheiten in entsprechenden Regelsystemen darstellbar und erkennbar werden. Viele Wissenschaftler nutzten diesen Ansatz nicht nur als erkenntnistheoretische Position, sondern gingen sogar davon aus, dass der wissenschaftliche Positivismus auf Dauer Religion ablösen und zum bestmöglichen Zusammenleben der Menschen beitragen würde. Dagegen ging der „Marxismus“ von zunehmenden Klassenkonflikten aus, die zur Weltrevolution als Ausgangspunkt für ein gutes Leben im zukünftigen Kommunismus führen würden.

In Deutschland nahm die industrie-kapitalistische Gesellschaft erst ab Mitte des Jahrhunderts Gestalt an. Damit gewann auch hier die „Soziale Frage“ an Bedeutung. Die sogenannte industrielle Revolution begann in den 1850er-Jahren und veränderte Deutschland innerhalb einer Generation zu einer kapitalistischen Industriegesellschaft. Zunächst verfassten meist nur einzelne Wissenschaftler empirische Untersuchungen zu sozialen Problemen. Erst 1873 gründete sich der „Verein für Sozialpolitik“ als Zeichen für eine zunehmende Institutionalisierung der Forschungsprozesse. Mit seiner sozialreformerischen Konzeption steht er in Deutschland für die zuvor schon in Großbritannien sichtbar gewordene Orientierung bürgerlicher Sozialpolitik hin zur Sozialforschung.¹³

Die amtliche soziale Statistik im 19. Jahrhundert

Die Gründung und Etablierung des „Statistischen Bureaus der Stadt Berlin“ als unabhängige kommunale Statistikstelle ist im Rahmen der Entwicklungen jener Jahre zu verstehen.

Der Ausbau einer staatlichen Verwaltungsstatistik machte in Mitteleuropa schnelle Fortschritte. Beispielgebend war die Organisation der belgischen amtlichen Statistik, die unter Einfluss Adolphe Quetelets, dem Protagonisten der sogenannten „Sozialen Physik“ und Initiator des „1. Internationalen Statistischen Kongresses“ 1853, früh den zeitgenössisch fortschrittlichsten wissenschaftlichen Kriterien folgte. Die neu gegründeten statistischen Büros als Protagonisten des neuen Staatsapparats stellten staatliche Sammel- und Veröffentlichungsstellen für statistisches Material dar. Um eine fortlaufende Berichterstattung gab es allerdings immer wieder Konflikte. Da stand das Prinzip der Geheimhaltung gegen das der Veröffentlichung. Zunächst waren viele die Ökonomie betreffende Statistiken des „Königlich Preussischen Statistischen Bureaus“ nur verwaltungsintern zugänglich. 1845 erschien dann als umfassendes Tabellenwerk „Die statistischen Tabellen des preussischen Staates nach amtlichen Aufnahmen“. 1850 änderte sich der Titel für das daraus entstehende erste Periodikum der staatlichen statistischen Ämter in „Tabellen und amtliche Nachrichten über den preussischen Staat, herausgegeben von dem Statistischen Bureau zu Berlin“.¹⁴ Damit hatten sich die Ansprüche der um ihren Platz kämpfenden bürgerlich-publizistischen Öffentlichkeit mehr oder weniger durchgesetzt.

Nach der Niederlage Napoléons hatten sich im Deutschen Bund (1815–1866) weitgehend die alten monarchischen Herrschaftsverhältnisse gehalten. Aber auch in den deutschen Staaten revoltierten 1848 und 1849 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Forderungen nach weiterreichender Teilhabe an der politischen Macht. Nachdem 1852 ein erstes „kommunales“ Statistisches Amt für Berlin im Königlichen Polizeipräsidium eingerichtet worden war, folgte dem zehn Jahre später die Gründung des unabhängigen „Statistischen Bureaus der Stadt Berlin“.¹⁵ Ausschlaggebend für die Neugründung war wohl die Argumentation, dass die Statistik eine „bestimmte“ Organisation erhalten müsse und nicht mit einer anderen Verwaltungsdienststelle verbunden werden dürfe.¹⁶ In Preußen wurde diese bürgerliche Gründung einer von der feudalen Obrigkeit unabhängigen kommunalen Statistik erleichtert durch die Magistratsverfassung. Dabei handelte es sich um eine auf die preussische Städteordnung von 1810 zurückgehende Kommunalverfassung, die eine strikte Gewaltenteilung zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorsieht. Diese unterstützte rein formal die Verfechter einer kommunalen Selbstverwaltung und größerer Bürgerbeteiligung.

Der Gründung der von staatlicher Obrigkeit unabhängigen kommunalen Statistikstelle war vorausgegangen, dass Berlin zum Jahreswechsel 1860/61 infolge der Eingemeindung einiger Vororte sein Stadtgebiet flächenmäßig nahezu verdoppelt hatte. Dies machte eine kommunale Volkszählung erforderlich, die die Reformen in der Stadtverordnetenversammlung nutzten, die überregional starke Aufmerksamkeit erweckende „Berliner Reform“ des Volkszählungswesens voranzubringen. Deren Konzept war unter anderem durch die Verwendung von selbst auszufüllenden Haushaltsbögen und den Ein-

¹⁵ 1862 wurden ebenfalls die kommunalen Ämter in Rom und Wien gegründet.
¹⁶ Eckart Elsner 1999, S. 15.

¹³ Kern 1982, S. 69 und S. 87ff.

¹⁴ Kern 1982, S. 47ff.

satz von Freiwilligen, die nicht aus dem Militär oder der Polizei stammen durften, als Zähler gekennzeichnet. Auch durch die starke Rezeption dieser Reform durch den 1863 in Berlin tagenden „5. Internationalen Statistischen Kongress“ verbreiteten sich die darin ausgearbeiteten Maßstäbe weltweit und gelten ähnlich bis heute.¹⁷

Volkszählungen – historisch und aktuell

Wie bereits eingangs erwähnt, haben Volkszählungen eine lange Tradition und bieten die ältesten Zeugnisse für statistisches Handeln. Im Römischen Reich gab es alle fünf Jahre einen Zensus. Er diente der Aktualisierung des Bürgerverzeichnisses, der Festlegung der Besteuerung und der Waffengattung, zu der ein Bürger einberufen werden konnte. Zum Stichtag wurden alle Männer einberufen, die *sui iuris* (frei, unabhängig) waren. Wer nicht kam, durfte als Sklave verkauft werden.

In England schuf Wilhelm der Eroberer 1086 mit den „Domesday Books“ ein umfangreiches Reichsgrundbuch, in dem alle neu entstandenen Lehnverhältnisse ausführlich dargelegt wurden. Jede Legitimation von Landbesitz entsprang fortan allein diesem Register. Rund 700 Jahre später lehnte 1753 das britische Parlament hingegen eine Volkszählung ab, weil man nicht „Englands Feinden dessen Schwächen“ aufzeigen wollte.

In den USA gibt es Volkszählungen verfassungsgemäß seit 1790. Später wurde für diesen Zweck vom Kongress das „United States Census Bureau“ als Bundesbehörde eingerichtet. Allerdings gibt es in den USA bis heute kein Melderegister. Die Zählungen werden in allen Dekadenjahren durchgeführt, was den Empfehlungen des „Internationalen Statistischen Kongresses“ entsprach und zunächst vom „Völkerbund“ und später von den „Vereinten Nationen“ übernommen wurde.

Der „Internationale Statistische Kongress“ 1872 stellte weiterhin eine Empfehlung auf, welche persönlichen Daten bei jeder Volkszählung erfragt werden sollten:

- Vor- und Zunamen,
- Geschlecht,
- Alter,
- Verhältnis zum Haupte der Familie oder des Haushalts,
- Zivilstand,
- Beruf oder Beschäftigung,
- Religionsbekenntnis,
- im gewöhnlichen Verkehr gesprochene Sprache,
- Kenntnis des Lesens und Schreibens,
- Herkunft, Geburtsort und Staatsangehörigkeit,
- Wohnort und Art des Aufenthalts am Zählungstag (ob dauernd oder vorübergehend anwesend, respektive abwesend),
- Blindheit, Taubstummheit, Blödsinn und Kretinismus, Geisteskrankheit.

Diese Personendaten bilden ähnlich auch heute noch die Grundlage für einen Zensus.

Widerstand gegen Volkszählungen oder die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse hat es zu fast allen Zeiten und aus recht unterschiedlichen Perspektiven gegeben. Seitens der politischen Spitze oder ihrer Verwaltung wurde und wird immer wieder das Argu-

ment des Geheimnisverrats bzw. Landesverrats, der Staatsräson angeführt. Seitens einer bürgerlichen Öffentlichkeit geht es dagegen um den Schutz der Persönlichkeit. Volkszählungen werden im „kollektiven Gedächtnis“ (Maurice Halbwachs) vieler Gesellschaften mit Aktionen politischer Willkür verbunden. Klassisch ging es dabei immer ums Militär und um Steuern. In Europa waren vielerorts Bürgerrechte an die Befunde einer Volkszählung gebunden – insbesondere hing häufig das aktive wie das passive Wahlrecht vom in der Zählung dokumentierten Jahreseinkommen bzw. Grundbesitz ab. In der Kolonialgeschichte wurde die einheimische Bevölkerung bewusst unter- oder überschätzt, um beispielsweise ein politisch erwünschtes „Gleichgewicht“ oder „Ungleichgewicht“ zu dokumentieren.

Speziell in Deutschland kommen die schlechten Erfahrungen aus der Zeit faschistischer Herrschaft dazu. Die Zählungen aus den Jahren 1933 und 1939 dienten – im Nachhinein betrachtet – einer Umsetzung der NS-Rassengesetzgebung. Auch wenn es nicht in der Absicht der statistischen Ämter bzw. der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort gelegen hat, bereiteten sie damit auch den bürokratischen Weg für die Deportation und Vernichtung der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor. Die Zählung 1946 diente dann insbesondere dazu, die Kriegsverluste und die zahlreichen Ströme von Flüchtlingen und Umsiedlern zu erfassen. Beim Boykott der für Westdeutschland ursprünglich für 1981 geplanten Volkszählung, die dann letztendlich 1987 mehr oder weniger flächendeckend ausgeführt wurde, ging es einerseits um Datenschutz und andererseits um die mögliche Einschränkung von Bürgerrechten. Im Verlauf des um diese Zählung entbrannten Streits stärkte das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil des Jahres 1983 das „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“, das sich aus der Menschenwürde und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ableitet.

Fortwährende Probleme einer unabhängigen amtlichen Statistik

Im Ausblick soll noch auf wenige ausgewählte Punkte eingegangen werden, die zum einen als methodologische Probleme jedem empirisch vorgehenden Erkenntnisprozess und damit auch jeder Statistik innewohnen oder zum anderen aus der historischen Erfahrung mit Statistik bis heute fortbestehen.

- Die in der Statistik verwendeten Zahlen entstehen immer durch eine Abbildung aus einem empirischen in ein numerisches Relativ. Eine Rückübersetzung der im numerischen Relativ gewonnenen Ergebnisse in Lesarten des empirischen Relativs ist entsprechend immer eine erfahrungsgestützte Interpretation. Insofern sind auch Analysen auf Grundlage von Statistik nie wertneutral.
- Wenn also immer gewisse Fokussierungen in die Kategorisierung eines empirischen Relativs oder in die Interpretation errechneter numerischer Ergebnisse eingehen, ist damals wie heute zu fragen, in

wessen Interesse statistische Datensammlungen – ihre Zuschnitte und damit behandelbare Fragestellungen – stattfinden oder wirksam werden können.

- Welchen Einfluss auf amtliche Statistik haben Bürgerinnen und Bürger heute? Welchen Schutz vor Datenmissbrauch gibt es? Und welche Filter gibt es heute hinsichtlich welcher Themenfelder, sodass bestimmte Informationen entweder die Entscheidungsebenen der Politik nicht mehr erreichen oder andererseits vor dem Volk geheim gehalten werden?

Waren die Anfänge des „Statistischen Bureaus der Stadt Berlin“ turbulent und mit zeitgenössisch typischen Schwierigkeiten behaftet, so dürfte auch das heutige „Amt für Statistik Berlin-Brandenburg“ kaum in ruhigen Zeiten wirken und walten. Die Umstände

haben sich geändert, aber viele Problematiken von und mit Statistik sind zumindest strukturell ähnlich geblieben. Unabhängigkeit kann in diesem Sinne nur bedeuten, dass Statistikerinnen und Statistiker ihren Handlungsrahmen immer wieder reflektieren und ausloten und dass die Erhebung von Daten, die Erarbeitung daraus abgeleiteter Ergebnisse und die Veröffentlichung der auf Statistiken beruhenden Befunde mit größtmöglicher Redlichkeit erfolgt. Die im Zusammenhang mit open data derzeit diskutierte Offenheit reicht dafür nicht aus bzw. trifft die hier angedeuteten Problematiken nicht. Insofern sei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (nicht nur) der Berliner Statistikstelle auch für die kommenden Jahrzehnte ein wacher Blick und – sofern notwendig – der ab und zu notwendige Mut zum kämpferischen Handeln gewünscht.

Autorin: *Gabriele Sturm*

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Literatur

- Bonss, Wolfgang: Die Einübung des Tatsachenblicks, Frankfurt 1983.
- Elsner, Eckart: Macht und Zahl. Die Mächtigen, das Recht und die Statistik, Stuttgart 1999.
- Esser, Elke: Historische Entwicklung der empirischen Sozialforschung, in: Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, München 1988, S. 3-36.
- Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt a.M. 1985 (Original 1939)
- Kern, Horst: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien, München 1982.
- Maus, Heinz: Zur Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung, in: König, René (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 1: Geschichte und Grundprobleme (3. Aufl.), Stuttgart 1967/1973, S. 21-56.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, Stuttgart / Mainz 1972.
- Zeisel, Hans: Zur Geschichte der Soziographie, in: Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt a. M. 1933/1975, S. 113-142.

Der Zensus 2011 für Berlin und Brandenburg

– Methoden, Datenangebot, Fortschreibungen –

Einleitung

In dem hier zu dokumentierenden Vortrag der Fachtagung „150 Jahre Berliner Statistik“ wurden drei Themenbereiche behandelt:

- ein kurzer Überblick über die Methoden des Zensus 2011,
- die Ergebnisse des Zensus 2011 und die Wege ihrer Bereitstellung, sowie
- die Stellung der Zensusergebnisse im Hinblick auf die Fortschreibungen der amtlichen Einwohnerzahlen, die Gebäude- und Wohnungsfortschreibung sowie den Mikrozensus, hier insgesamt „System der Bevölkerungsstatistik“ genannt.

Da die Methoden des Zensus 2011 an anderer Stelle ausführlich behandelt wurden (vgl. Heft 2/2011), reicht hier ein kurzer Überblick. Das zukünftige Datenangebot des Zensus 2011 ist hingegen in seinen zeitlichen, fachlichen und praktischen Aspekten eingehender darzustellen. Die Stellung des Zensus 2011 im System der Bevölkerungsstatistik kann ganz entfallen, da bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt (vgl. Heft 4/2011).

Methoden des Zensus 2011

Entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen, im Abstand von zehn Jahren Volkszählungen durchzuführen, hat die EU in der Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen vom 9. Juli 2008 erstmals allen Mitgliedstaaten für das Jahr 2011 einen Zensus vorgeschrieben. In Zukunft soll es in der Europäischen Union alle zehn Jahre einen Zensus geben, den nächsten voraussichtlich im Jahr 2021.

Der sich gegenwärtig (Mitte 2012) noch in der Produktionsphase befindende Zensus 2011 wird erstmalig einheitliche statistische Daten über die Bevölkerung sowie für Wohnungen und Gebäude für Europa und damit für das vor über 20 Jahren vereinte Deutschland zur Verfügung stellen. Damit ist der Anschluss an die internationalen Standards gelungen. Für die Stichprobenmerkmale ist allerdings keine regionale Tiefengliederung möglich.

Deutschland hat sich, anders als 1987 in der BRD bzw. 1981 in der DDR, für die moderne Volkszählung – den Zensus 2011 – und damit für die Kombination von statistischen Auswertungen aus Verwaltungsregistern und zusätzliche Stichprobenerhebungen für die Bevölkerungszählung sowie für die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) als schriftliche Vollerhebung entschieden.

Der technische Fortschritt ermöglicht heute die flexiblere Nutzung von Daten, die in Registern von

Verwaltungen bereits vorhanden sind. Aufgrund der gesetzlichen Meldepflicht stehen in allen Kommunen Melderegister zur Verfügung, die vergleichbare Informationen enthalten. Darüber hinaus verfügt die Bundesagentur für Arbeit über Informationen zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie den arbeitslos oder Arbeit suchend gemeldeten Menschen. Informationen, die diese Register nicht enthalten, sind solche zur Bildung oder zum Migrationshintergrund; auch Angaben zur Erwerbstätigkeit lassen sich für bestimmte Gruppen (z. B. für Selbstständige) nicht in Registern finden. Für Gebäude und Wohnungen gibt es in Deutschland flächendeckend überhaupt keine Verwaltungsregister. Aus diesen Gründen werden beim Zensus 2011 als gesonderte Erhebungsteile ergänzend die Gebäude- und Wohnungszählung, die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt.

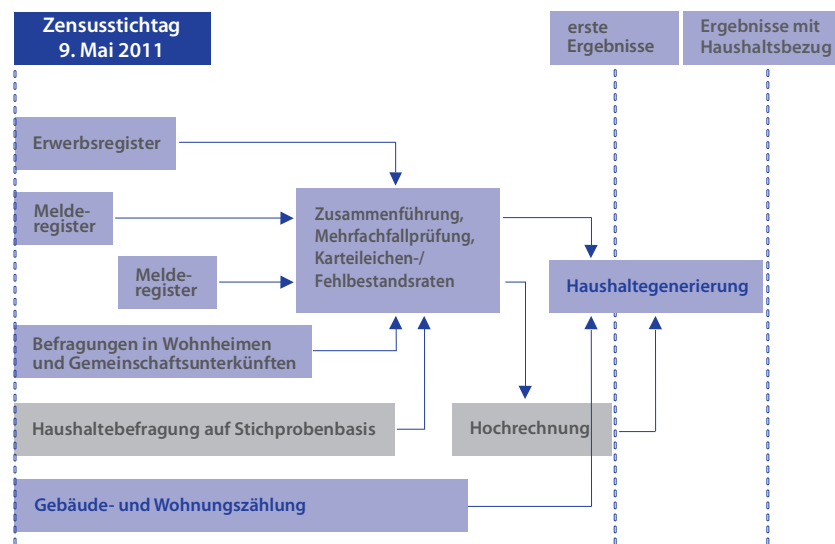
Die wichtigsten Aspekte der Zensusmethode 2011

Vor einem grundlegenden Methodenwechsel wurde der für den Zensus 2011 geplante Methoden-Mix von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in den Jahren 2001 bis 2003 zunächst erprobt. Der sogenannte Zensustest hat zum einen nachgewiesen, dass ein registergestützter Zensus in Deutschland möglich ist, zum anderen hat er gezeigt, dass die Ergebnisse durch Befragungen korrigiert und ergänzt werden müssen.

So stellte sich u. a. heraus, dass die Melderegisterdaten als Grundlage belastbarer amtlicher Einwohnerzahlen überprüft und statistisch korrigiert werden müssen. Während in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern die Melderegister relativ genau waren, wiesen die Register der größeren Städte aufgrund der höheren Fluktuation auch größere Ungenauigkeiten auf. Deswegen werden beim Zensus 2011 in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern die Einwohnerzahlen der Melderegister mit einem Korrekturfaktor versehen, der aus den Ergebnissen der ergänzenden Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis berechnet wird.

Ebenfalls hatte der Zensustest gezeigt, dass Angaben zu Gebäuden und Wohnungen direkt bei den Eigentümern abgefragt werden können, und sich auf diese Weise weniger Befragte als früher ergeben, als noch alle Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig davon, ob sie Eigentümer oder Mieter waren, befragt wurden.

Abb. 1 **Wie der Zensus 2011 funktioniert**



Darüber hinaus zeigte der Zensustest, dass aus der Kombination von Melderegisterdaten und den Angaben der Eigentümer von Wohnraum durch statistische Methoden weitere wichtige Informationen über Wohnhaushalte abgeleitet werden können (Haushaltegenerierung).

Für die Methodik des Zensus 2011 wurde daher ein Mix festgelegt, welcher die Nutzung bereits vorhandener Verwaltungsdaten mit persönlichen Interviews und postalischen Befragungen kombiniert (vgl. Abbildung 1).

Auf der Grundlage des Anschriften- und Gebäuderegisters (AGR) werden die Daten aus den Erwerbsregistern und Melderegistern zusammengeführt, um die Ergebnisse der Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften ergänzt und bearbeitet.

Die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis liefert einerseits zusätzliche Merkmale (s. u.), andererseits werden aus ihr die Hochrechnungs- bzw. Korrekturfaktoren für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl abgeleitet.

Die Produktionsphase

Das Anschriften- und Gebäuderegister

Die Grundlage für die Durchführung des Zensus 2011 bildet das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam aufgebaute und zentral geführte Anschriften- und Gebäuderegister (AGR). Es enthält alle Anschriften, an denen es in Deutschland Wohnraum gibt und Personen gemeldet sind und bildet zugleich die statistische Grundgesamtheit, aus der die Stichprobe für die Haushaltebefragung gezogen wurde.

Zum Aufbau des AGR erhielten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder seit April 2008 Daten von der Vermessungsverwaltung, den Meldebehörden und der Bundesagentur für Arbeit, die unter strengster Wahrung des Statistikgeheimnisses in einem abgeschotteten Bereich des Statistischen Bundesamtes zusammengeführt wurden. Aus den in Deutschland für die mehr als 11000 Gemeinden geführten 5200 Melderegister wurden nahezu 88 Mill. Datensätze gewonnen. Die Bundesagentur für Arbeit lieferte etwa 27 Mill. Datensätze zu den in Deutschland sozialver-

sicherungspflichtig Beschäftigten sowie den arbeitslos und Arbeit suchend gemeldeten Personen. Hinzu kamen die von den Grundsteuerstellen, Grundbuchämtern, Finanzbehörden, dem Liegenschaftskataster sowie den Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben gemeldeten Angaben zu Eigentümern mit Wohnraum.

Vorinformation zur Gebäude- und Wohnungszählung im November 2010

Zur Vorbereitung der eigentlichen Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) haben einzelne Bundesländer bereits im November 2010 von allen bis dato ermittelten Eigentümern von Wohnraum die Gebäude- und Wohnungsangaben erfragt. Mit der Vorinformation zur Gebäude- und Wohnungszählung erhielt der Auskunftspflichtige erstmals Informationen über die bevorstehende Erhebung und wurde um Mitarbeit bei der Überprüfung der Aktualität der ermittelten Daten zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 gebeten. Auf diese Weise konnte sowohl die Vollständigkeit und Zählungsrelevanz der Gebäude überprüft als auch der Kreis der auskunftspflichtigen Personen entsprechend eingegrenzt werden. Da die Vorinformation lediglich der Erhebungsvorbereitung diente, wurde sie ohne Auskunftspflicht durchgeführt.

Haupterhebung von Mai bis Ende Juli 2011 Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis

Etwa 10% der Bevölkerung Deutschlands sind im Rahmen der Haushaltebefragung mit Stichtag 9. Mai 2011 direkt interviewt worden. Die Anschriften für die Befragung wurden vom Statistischen Bundesamt in einem mathematischen Zufallsverfahren ausgewählt. In die Befragung waren alle an einer Anschrift wohnenden Personen einbezogen.

Mit der Haushaltebefragung wurden zudem Merkmale erhoben, die in den Verwaltungsregistern nicht vorhanden sind, so beispielsweise Angaben zur Schul- und Berufsbildung und zur Erwerbstätigkeit. Vor dem Hintergrund einer verstärkten Integrationspolitik wurde neben dem Migrationshintergrund zusätzlich auch die Religionszugehörigkeit abgefragt, während Angaben zum Glaubensbekenntnis oder zur Weltanschauung dagegen freiwillig sind.

Abb. 2 Das EU-Pflichtprogramm

Demographische Merkmale	Erwerbs- und bildungsstatistische Merkmale	Haushalts- und familienstatistische Merkmale	Gebäude- und wohnungsstatistische Merkmale
<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Familienstand • Staatsangehörigkeit • Geburtsland/-ort • üblicher Aufenthaltsort • vorheriger üblicher Aufenthaltsort und Datum der Ankunft oder üblicher Aufenthaltsort ein Jahr vor dem Zensus • jemals im Ausland gelebt und Jahr der Ankunft in Deutschland 	<ul style="list-style-type: none"> • aktueller Erwerbsstatus • Ausgeübter Beruf • Wirtschaftszweig • Stellung im Beruf • Arbeitsort • Bildungsniveau 	<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltstyp • Haushaltsgröße • Stellung im Haushalt • Stellung in der Familie • Typ der Kernfamilie • Größe der Kernfamilie 	<ul style="list-style-type: none"> • Art der Unterkunft • Gebäudetyp • Belegungsstatus • Baujahr des Gebäudes • Nutzfläche und/oder Zahl der Räume • Zahl der Bewohner • Besitzstatus • Ausstattung der Wohnung • Heizung

in Deutschland ergänzt um:

- rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft
- Glaubensbekenntnis (freiwillig)
- erweiterter Migrationshintergrund ab 1955 statt ab 1980

Die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (Sonderbereiche)

Melderegisterauszüge und die Haushaltebefragung allein reichen zur genauen Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen jedoch nicht aus, da beispielsweise die Melderegisterdaten zu Personen, die in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften leben, häufig sehr ungenau sind. Diese Daten wurden erst durch die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften (sog. Anschriften mit Sonderbereichen) gewonnen.

Gebäude- und Wohnungszählung

Zu Gebäuden mit Wohnraum existieren in Deutschland keine verlässlichen Grunddaten. Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen, bei denen Angaben durch Befragung vor Ort sowohl der Gebäudeeigentümer als auch der Wohnungsinhaber ermittelt wurden, sind beim registergestützten Zensus 2011 die Gebäude- und Wohnungsgrunddaten ausschließlich bei den Eigentümern und Verwaltern der Gebäude und Wohnungen erfragt worden. Bundesweit wurden mit Stichtag 9. Mai 2011 alle 17,5 Mill. Eigentümer von Wohnraum angeschrieben.

Großeigentümer wie Wohnungsunternehmen, Wohnungs(bau-)genossenschaften, kommunale Wohnungsgesellschaften und andere wohnungswirtschaftliche Unternehmen hatten die Möglichkeit, die Daten für ihren gesamten Wohnungsbestand auf elektronischem Wege zu übermitteln.

Die Haushaltegenerierung

Die Haushaltegenerierung findet nach Abschluss der Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 statt. Als rein statistisches Verfahren der Zuordnung der an einer Anschrift gemeldeten Personen zu den durch die GWZ ermittelten Wohnungen sollen mit ihr Daten zu Zahl und Struktur von Haushalten und deren Wohnsituation gewonnen werden. Anhand eines besonderen Verfahrens – der Kombination statistisch auswertbarer Merkmale aus dem Melderegister und der Angaben aus der Gebäude- und Wohnungszählung – werden Haushaltszusammenhänge ermittelt, so dass auch Ergebnisse in regionaler Tiefe veröffentlicht werden können.

Ergebnisse des Zensus 2011

Nach erfolgreichem Abschluss aller Erhebungen sowie umfangreicher Prüfung und Zusammenführung der an die Statistischen Ämter der Länder für den Zensus 2011 übermittelten Registerdaten, werden im Frühjahr 2013 die amtlichen Einwohnerzahlen, ausgewählte Stichprobenergebnisse sowie die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung bekannt gegeben.

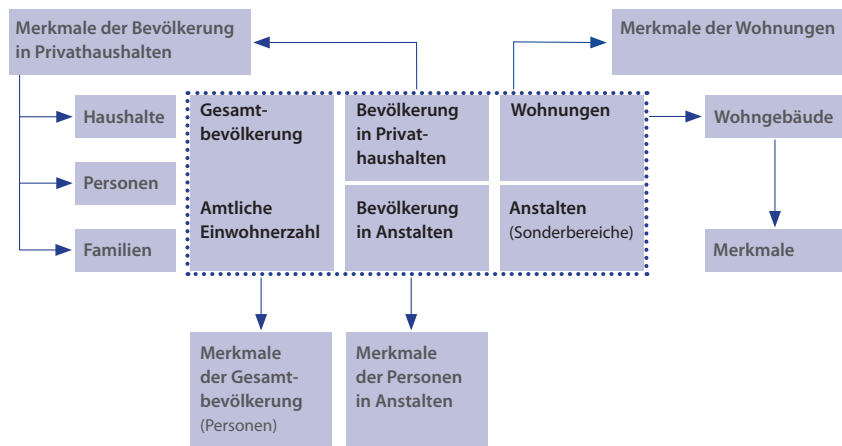
Ein halbes Jahr später werden die teilweise auf Hochrechnungen der Haushaltsstichprobe beruhenden Auswertungen zu den soziodemographischen Merkmalen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Angaben zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit sowie um vielfältige Kombinationsauswertungen: So wird beispielsweise der Bildungsstand untersucht nach dem Migrationshintergrund oder die Wohnsituation untersucht nach dem Haushaltstyp.

Datenstruktur und Auswertungsmerkmale

Die EU hat in der Zensusverordnung ein verbindliches Mindestprogramm für statistische Einheiten und deren Merkmale vorgeschrieben. Dieses EU-Pflichtprogramm (vgl. Abbildung 2) bezieht sich auf die Ergebnisse des Zensus 2011. Die Form der Erhebung (traditionelle Vollerhebung, registergestützt oder eine Kombination von beidem) ist dabei den jeweiligen Ländern selbst überlassen. Allerdings sind für das Mindestprogramm (in fachlicher und regionaler Tiefe) Qualitätsstandards vorgeschrieben. In den Verhandlungen über die EU-Verordnung hat sich die deutsche Bundesregierung massiv dafür eingesetzt, dass der Zensus sich nur auf ein eng definiertes Grundprogramm beschränkt, auf einen „Gesamtrahmen“, der die Grundlage für weitere Stichproben und anderweitige Differenzierungen und Ergänzungen bilden soll.

Auch für das nationale Zensusgesetz hat die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf an diesem Mindestprogramm festgehalten, obwohl aus verschiedenen Fachministerien, Verbänden, der Wissenschaft, etc. drängende Forderungen nach Erweiterung des Merkmalkatalogs erhoben wurden. Der Bundestag als Beschlussgremium hat dann jedoch die beiden in der Abbildung 2 genannten Ergänzungen zur Religion und eine Änderung im Migrationskomplex im Gesetzgebungsverfahren in das

Abb. 3 **Grundstruktur der Ergebnisse des Zensus 2011**



Gesetz aufgenommen. Diese zusätzlichen Merkmale wurden auch schon vom für den Gesetzentwurf der Bundesregierung federführenden Bundesinnenministerium ins Gespräch gebracht, aber wegen der von der Bundesregierung insgesamt beschlossenen Beschränkung auf das EU-Minimalprogramm nicht im Gesetzentwurf berücksichtigt.

Die wesentlichen Ergebnisse des Zensus – mehrere komplexe, miteinander verknüpfte Einzeldatensätze – beziehen sich auf die statistischen Einheiten: *Personen, Familien, Haushalte = bewohnte Wohnungen und Gebäude*. Die Daten für Personen stammen teilweise aus Registern, teilweise aus der Stichprobe. Die Angaben für Familien und Haushalte sind abgeleitet („Haushaltgenerierung“). Die demographischen Merkmale stammen aus den Melderegistern (und der Stichprobe). Die Personenmerkmale zur Beschäftigung (erwerbstätische Merkmale) werden durch die Daten der Bundesagentur für Arbeit und vom Personalstand im öffentlichen Dienst geliefert und durch die Stichprobe ergänzt, Bildung und Religion kommen aus der Stichprobe.

Die Grundstruktur der Daten (vergl. Abbildung 3) bezieht sich auf die Personen und die Wohnungen bzw. Sonderbereiche (früher Anstalten) als Einheiten. Diese sind miteinander verknüpft, und zwar für die Sonderbereiche und für die Bevölkerung in Privathaushalten über die Gleichsetzung von Haushalten und bewohnten Wohnungen, wodurch sie als ein statistisches Objekt (mit Haushalts- und Wohnungsmerkmalen) behandelt werden können.

Durch diese Verknüpfung besteht die Möglichkeit, im Durchgriff in beide Richtungen Teilgrößen und Merkmale miteinander zu kombinieren.

Die Wohnungen sind zu Gebäuden zusammengefasst. Für Gebäude sind dadurch Merkmale der Wohnungen aggregiert darstellbar. Gebäude sind aber auch umgekehrt als statistische Einheiten definierbar, für welche nicht nur eigene Merkmale und solche der Wohnungen darstellbar sind, sondern auch der dort wohnenden Personen, Familien und Haushalte.

Auf der Personenseite gelten vergleichbare Strukturbeziehungen im Hinblick auf die Darstellung von Personen, Familien und Haushalten (plus Bevölkerung in Sonderbereichen). Diese sind nicht nur miteinander kombinierbar, sondern lassen sich mittels Durchgriff auf die Wohnungs- und Gebäudeseite auch mit deren Einheiten und Merkmalen verknüpfen.

Wege der Bereitstellung der Daten

Ziel ist es, das erhobene Datenmaterial möglichst umfassend, zielgruppengerecht und zeitnah aufzubereiten und verschiedenen Nutzergruppen zugänglich zu machen.

Die Ergebnisse des Zensus – vorläufige Ergebnisse im Frühjahr 2013 und endgültige Ergebnisse ein halbes Jahr später – werden auf verschiedenen Wegen der Öffentlichkeit und speziellen Interessenten zur Verfügung gestellt.

a) Gemeinschaftsveröffentlichungen und allgemein zugängliche Auswertungsdatenbank (ADB) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellen unter der Federführung einzelner Landesämter eine Reihe von Gemeinschaftsveröffentlichungen zu verschiedenen Themenbereichen des Zensus nach vereinbarten, einheitlichen Gestaltungsrichtlinien. Die Gemeinschaftsveröffentlichungen werden unentgeltlich über das Statistikportal zur Verfügung gestellt. Die Bandbreite der geplanten Veröffentlichungen reicht von Überblickspublikationen zur „Erstversorgung“ mit Zensusergebnissen (Flyer, Broschüren, etc.), über Regionalpublikationen (z.B. thematische Karten) und themenorientierten Publikationen zu einzelnen Merkmalen (z.B. kommentierte Tabellenbände zu Migration, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation von Familien, etc.) bis hin zu Regionalprofilen, in denen die einzelnen Landesämter bundesweit vergleichbare Daten und Analysen auf Gemeindeebene veröffentlichen.

Das zentrale Veröffentlichungsmedium wird für diesen Zensus erstmalig das Internet sein. Eine gemeinsame Auswertungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ermöglicht der allgemeinen Öffentlichkeit und den Fachkreisen den elektronischen Zugang zu vorgefertigten Standardtabellen. Außerdem können alle Datennutzer auf Basis eines tief gegliederten Datenbestandes eigene flexible Tabellierungen vornehmen.

b) Gemeindeblätter und andere spezielle Daten für Gemeinden

Das Gemeindeblatt ist ein wichtiger Teil der Erstveröffentlichungen, die den kommunalen Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden sollen. Neben der amtlichen Einwohnerzahl fasst es für jede einzelne Gemeinde die wichtigsten Bestands- und Strukturzahlen zusammen. Über die Möglichkeit der Nutzung der allgemeinen Auswertungsdatenbank hinaus erhalten die Gemeinden einen ex-

klusiven Zugang zu ihren jeweiligen Daten in der Auswertungsdatenbank, die sie nach von ihnen vorgegebenen Ortsteilen auswerten können. Darüber hinaus besteht für die Gemeinden die Möglichkeit, ihre Einzeldaten des Zensus nach § 20 Zensusgesetz – ZensG – 2011 in einer abgeschotteten Statistikstelle selbst auswerten zu können. Dabei sind selbstverständlich die Anonymisierungs- und Datenschutzbestimmungen strikt einzuhalten.

c) über die Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder

Über die Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird es – wie bereits für die anderen amtlichen Statistiken – möglich sein, aus den Zensusdaten Sonderauswertungen zu erstellen und den kontrollierten Zugang zu anonymisierten Einzeldaten (für wissenschaftliche Zwecke) zu erhalten. Darüber hinaus sind gemeinsame Projekte mit der Wissenschaft über die Methodik und Qualität des Zensus vorgesehen.

d1) Spezielle Angebote des AfS für Berlin und Brandenburg

Ab Frühjahr 2013 werden die Ergebnisse des Zensus im Internet veröffentlicht und je nach Datenverfügbarkeit schrittweise erweitert. Neben allgemeinen Veröffentlichungstabellen im Datenangebot für alle Statistiken bildet die Datenbank „StatIS-BBB“ die zentrale Säule des Internetangebotes des AfS. In StatIS-BBB können auf Grundlage der anonymisierten Einzeldaten durch den Nutzer individuelle Auswertungen der Zensus-Daten für Berlin und Brandenburg erzeugt werden.

d2) Standardauswertungen

Nach Veröffentlichung der ersten Ergebnisse und bei Vorliegen der vollständigen Zensusergebnisse wird das AfS eine Vielzahl von Anfragen aus Verwaltungen, Medien, wissenschaftlichen Institutionen und weiteren sozial- und gesellschaftspolitisch tätigen Einrichtungen erreichen. Der Großteil dieser Anfragen wird über die zentrale Auswertungsdatenbank bedient werden können. Außerdem wird das AfS Standardauswertungen in Form von Pressemitteilungen, Internettabellen und eigenen Publikationen veröffentlichen.

e) Sonderauswertungen

Insbesondere für die Planungsbehörden der Länder Berlin und Brandenburg sind diverse Sonderauswertungen möglich und sinnvoll. Das große Auswertungspotenzial ergibt sich aus der regionalen Tiefengliederung (bis hin zu Blockseiten für Berlin) und der Verknüpfung des zensustypischen Datensatzes mit anderen regional gegliederten Datenquellen. Denkbar sind somit beispielsweise Analysen von Pendlerströmen zwischen Gemeinden für Brandenburg oder Auswertungen auf Ebene der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) für Berlin. Diese Sonderauswertungen setzen eine eigene Datenhaltung im AfS voraus und erfordern umfangreiche technische Vorbereitungen und zum Teil hohen Programmieraufwand.

f) Methodenberatung

Allen Datennutzern steht das AfS für Beratungen zur Verfügung. Dazu gehört u.a. die Unterstützung von Kommunen bei der Anwendung des internen Auswertungssystems, praktische Hilfen für externe Nutzer der Auswertungsdatenbank, methodische Beratung bei der Entwicklung und Planung von Auswertungen sowie Unterstützung bei der Interpretation eigener Auswertungsergebnisse.

Fazit

Nicht nur mit den Methoden des Zensus 2011 zur Datenerhebung und -aufbereitung während der Produktionsphase wurden neue Wege beschritten, auch bei der Veröffentlichung der Ergebnisse wird auf innovative Mittel zurückgegriffen. Vor allem die Auswertungsdatenbanken seien an dieser Stelle erwähnt, die mittels neuer IT-Werkzeuge über eine direkte Erstellung von Tabellen hinaus flexible Auswertungen der Einzeldatenbestände ermöglichen.

Autoren: Kirsten Tag

Klaus Voy

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Anforderungen aus der Stadtentwicklungsplanung Berlins an den Zensus

Nur wer sich ändert, bleibt sich treu

Vorangestellt sei ein Zitat aus dem Gründungsjahr des Statistischen Bureaus Berlin, der ersten Vorgängereinstitution des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS): „König Servius Tullius erließ ein Gesetz, daß jede Geburt und jeder Todesfall genau constatirt (sic!) werde. Ersteres geschah durch Niederlegung einer Geldmünze im Tempel der Juno Lucina. (...) Starb jemand, so war ein Geldstück in den Tempel der Göttin Libitina (...) zu tragen. (...) In solch' schöner und sinniger Weise ersetzte man vor 24 Jahrhunderten die Kirchenbücher unserer Zeit.“ [1]

Man sieht zum einen, dass Kirchenbücher noch im Gründungsjahr des Berliner Statistikamtes eine wesentliche Quelle für Statistiken waren, und zum anderen, dass die Beobachtung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit sehr einfach umgesetzt wurde. Die „schöne und sinnige Weise“ der im Zitat beschriebenen Erhebung könnte Anregung für einen sicher zukünftig verstärkt internetgestützten Zensus sein.

Nicht nur die Erhebungsmethoden waren einem ständigen Wandel unterworfen, auch die Themen und Indikatoren sind „im Fluss“. Schon im Rahmen der Volkszählung von 1880 wurde in Berlin der Versuch unternommen, soziale Belastung durch Überlagerung von Indikatoren darzustellen: „Sterblichkeitsziffer“ und „Bevölkerungsdichtigkeit“ sowie „Zeit des Anschlusses an die Kanalisation“ waren sinnvolle und verfügbare Indikatoren in der vor 140 Jahren zur Millionenstadt avancierten Stadt Berlin [2]. Heute haben wir bei dem von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (SenStadtUm) seit 1998 betriebenen „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ andere Indikatoren [3]. Erstaunlicherweise ist die räumliche Struktur beim Vergleich beider Untersuchungen relativ stabil geblieben, wenn auch aktuelle Entwicklungen mehr soziale Mischung in manchen Quartieren wie beispielsweise im östlichen Kreuzberg signalisieren. Dort wird dies von manchem Einwohner als „Gentrification“ wahrgenommen.

Zentral für einen Stadtplaner aber ist der Wandel der Raumbezüge, auch hierzu ein Zitat:

„Die Stadtviertel waren in Gassenhauptmannschaften unterteilt. Ende des 16. Jh. gab es davon 131. (...) Die Gassenhauptleute hatten auch statistische Aufgaben: Sie mussten Bevölkerungsinformationen erheben, und zwar (auch) über „Unbürger“ (...)“. [4] Zunächst zeigt dieses Zitat, dass die Administration zumindestens im Nürnberg der Spätrenaissance gewillt war, alle Einwohner (auch die „Illegalen“) zu er-

fassen. Um die Datenqualität in Berlin zu erhöhen, wäre man als Planer schon froh, wenn das Meldegesetz so revidiert würde, dass sich Berliner Einwohnerinnen und Einwohner an der tatsächlichen Wohnadresse anmelden müssten.

Heute wird nicht mehr mit „Sprengeln“ gearbeitet, sondern mit Lebensweltlich Orientierten Räumen (LOR). Diese wurden in Berlin 2006 festgelegt und zuvor ämterübergreifend in den Bezirken abgestimmt. Sie sind wesentliche Grundlage für sozialraumorientiertes Planen, Handeln und Prognostizieren. Die LOR bestehen aus:

- 447 Planungsräumen \triangleq Kiez/Quartier mit durchschnittlich 7 500 Einwohnern, diese sollen für Analyse und (Programm-)Planung herangezogen werden;
- 134 Bezirksregionen \triangleq Stadtteil mit durchschnittlich ca. 25 000 Einwohnern, das ist die Ebene für ämterübergreifende Kooperation;
- 60 Prognoseräume \triangleq mit durchschnittlich ca. 55 000 Einwohnern, Bezugsraum für Bevölkerungs- und Haushalteprognose.

Die LOR haben spezifische Baustrukturen (Gründerzeitbebauung, Siedlungsbau der 20er und 30er Jahre, 50er Jahre Siedlungen, Großsiedlungen der 60er bis 80er Jahre, Siedlungsbau der Wende- und Nachwendzeit sowie Einfamilienhaus- und Villengebiete), die eine wesentliche Grundlageninformation für Analysen darstellen (siehe 3. Umschlagseite).

Im Folgenden sollen Beispiele angeführt werden, wie Planungsgrundlagen optimiert werden können bzw. wie künftige Erhebungen verbessert werden sollten, um den Aufgabenstellungen aus der Stadtentwicklung mit den Fachaufgaben Wohnen, Bauen, Verkehr, Umwelt, Natur, Grün, Städtebau, soziale Stadt etc. gerecht werden zu können.

Übergreifende Konzepte

Nachhaltige Stadtentwicklung umfasst nach der Lokalen Agenda 21 Soziales, Ökologie und Ökonomie.

In Berlin ist vorgesehen, über Nachhaltigkeitsindikatoren ständig zu überprüfen, ob Berlins Stadtentwicklung einen nachhaltigen Pfad beschreitet. Amtliche statistische Erhebungen haben den großen Vorteil, dass sie als zuverlässig, neutral und glaubwürdig eingestuft werden. Ihr Nachteil ist jedoch, dass sie stark sektoral geprägt sind. In den fachlichen und politischen Diskussionen werden aber immer häufiger komplexe Zusammenhänge bemüht, die sich dadurch auszeichnen, dass sie intersektoral sind – jedes hat eben mit jedem zu tun. In der amtlichen Statis-

tik sind solche Fragestellungen aus verschiedenen Gründen meistens nur unzureichend zuverlässig beschreibbar. Beispiele sind Lebensqualität im urbanen Raum, Umweltgerechtigkeit, aber auch das weite Feld des Städte-Rankings. Meist werden diese Erhebungen nicht von Statistischen Ämtern gemacht und basieren nicht immer auf einer soliden Datengrundlage. So mangelt es oft an zuverlässigem Zahlenmaterial, Kausalitäten und Relationen. Die Wirkungen der Einzelindikatoren sind untereinander nicht abgesichert, dies führt nicht selten zu zweifelhaften Ergebnissen. Obwohl das hinlänglich bekannt ist, wird mit diesen Studien Politik und damit auch Stadtentwicklung animiert, um nicht zu sagen manipuliert.

Es wäre daher wünschenswert, wenn auch für diese „Cross-over“-Statistiken mehr offizielle, amtliche Aussagen verfügbar wären. Ein erster Schritt dahin könnte sein, dass bereits vorhandene Daten in einem neuen Kontext zusammengestellt werden, der eine neue Interpretation zulässt. Das ist beispielsweise die Idee für die Berliner Kernindikatoren für die Nachhaltige Entwicklung. Diese umfassen zurzeit folgende Indikatoren:

Indikator	Bezeichnung
Kernindikator 1	Bildungs- und Ausbildungsabschluss
Teilindikator 1a	Bildungsabschlüsse
Teilindikator 1b	Jugendliche mit Ausbildungsabschluss
Kernindikator 2	Kinder in Kitas
Kernindikator 3	Gewaltkriminalität und Rohheitsdelikte
Kernindikator 4	Vorzeitige Sterblichkeit
Kernindikator 5	Armut
Kernindikator 6	Flächenversiegelung
Kernindikator 7	Verkehrslärm und Luftbelastung
Teilindikator 7a	Verkehrslärm
Teilindikator 7b	Luftbelastung
Kernindikator 8	CO ₂ -Emissionen
Teilindikator 8a	Gesamt-CO ₂ -Emissionen
Teilindikator 8b	CO ₂ -Emissionen pro Kopf
Kernindikator 9	Ökologische Zustandsklassen von Gewässern
Teilindikator 9a	Gewässerstruktur
Teilindikator 9b	Saprobie (organische Belastung)
Teilindikator 9c	Trophie (Nährstoffbelastung)
Kernindikator 10	Vogelbestände
Kernindikator 11	Bruttoinlandsprodukt
Teilindikator 11a	BIP pro Einwohner
Teilindikator 11b	BIP pro Erwerbstätigenstunde
Kernindikator 12	Erwerbstätigkeit
Teilindikator 12a	Erwerbstätigenquote
Teilindikator 12b	Unterbeschäftigungsquote
Kernindikator 13	Forschungsausgaben
Kernindikator 14	Energie- und Ressourcenproduktivität
Teilindikator 14a	Energieproduktivität
Teilindikator 14b	Ressourcenproduktivität
Kernindikator 15	Haushaltsverschuldung
Kernindikator 16	Erwerbsbeteiligung von Frauen

Zu diesen Berliner Kernindikatorensets erarbeitet das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) den ersten Indikatorenbericht, der im August 2012 vorliegen wird. Ein anderes Beispiel ist der gerade erschienene „Indikatorenbericht 2012 zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ des Statistischen Bundesamts (StBA), der über 38 Indikatoren vorhält, die sich in vier Themenfelder einordnen lassen:

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,
- sozialer Zusammenhalt,
- internationale Verantwortung.

Der darauf folgende Schritt ist dann notwendigerweise die Verifizierung dieser Indikatorensets durch eine geeignete Erhebung. Nur so kann unter Beweis gestellt werden, ob diese Einzelindikatoren wirklich in den richtigen Kontext gestellt worden sind und zu sinnvollen und damit auch zu verwertbaren Ergebnissen führen.

Ein weiteres Produkt, das durch SenStadtUm in Zusammenarbeit mit dem AfS erstellt wird, ist die Berliner Bevölkerungsprognose. Es ist beabsichtigt, dass die nächste Prognose im Herbst 2012 vorliegen soll.

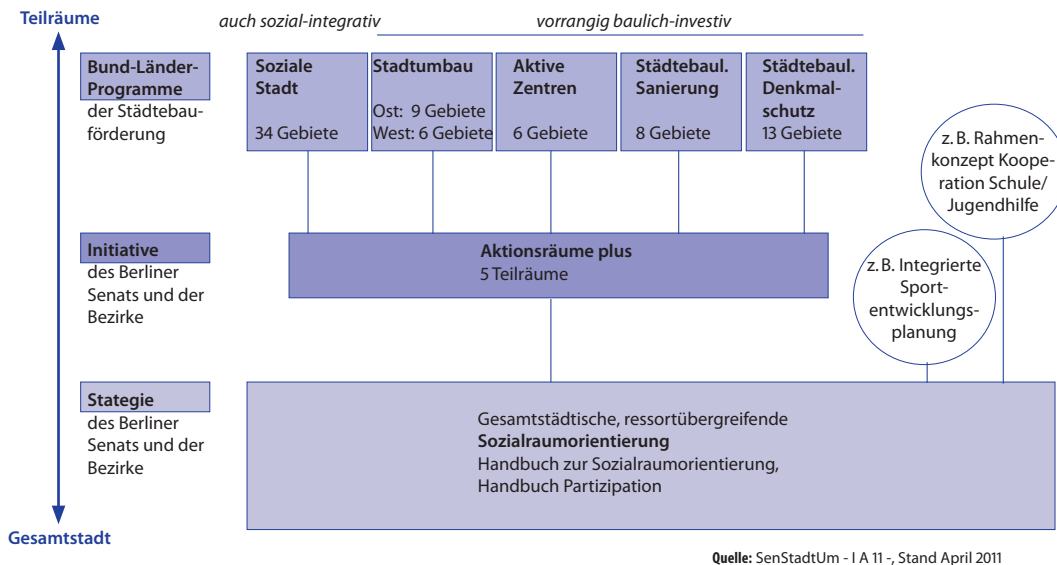
Der Standard, dass auf Ebene der „Prognoseräume“ hierfür Daten verfügbar zu machen sind, muss unbedingt gehalten werden. Bezirke sind zu heterogen, als dass die bezirkliche Ebene für Planungsanalysen und -konzepte ausreichend ist. Neukölln ist hierfür ein Beispiel: In diesem Bezirk mischen sich nicht nur innerstädtische und randstädtische Wohnlagen. Auch Baustrukturtypen wie Großsiedlungen, Gründerzeit- und Einfamilienhausstrukturen machen eine räumliche Differenzierung eines Bezirks (de facto Großstadt) sinnvoll. Dementsprechend besteht Neukölln aus den vier Prognoseräumen Neukölln, Britz/Buckow, Gropiusstadt und Buckow Nord/Rudow.

In Zusammenhang mit der letzten Bevölkerungsprognose hat der Berliner Senat erstmals ein Demografiekonzept vorgelegt, das folgende vier Handlungsansätze umfasst:

- kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt,
- weltoffene und soziale Stadt,
- familien- und kinderfreundliche Stadt,
- langes Leben in der Stadt.

Nachdem das Demografiekonzept vom Senat verabschiedet wurde, kann festgestellt werden, dass das Thema des demografischen Wandels nunmehr im politischen Mainstream angekommen ist und in den Fachpolitiken kontinuierlich aufgegriffen wird. Die ressortübergreifende Erarbeitung war dafür ein wichtiger Impuls.

Abb. 1 **Programme, Initiativen und Strategien der Sozialen Stadt/Sozialraumorientierung (SRO)**



Sektorale Konzepte

Im Folgenden werden einige für die aktuelle Stadtentwicklungsplanung relevante Themen mit ihren jeweiligen spezifischen Anforderungen dargelegt.

Wohnen/Soziale Stadtentwicklung

Schwerpunkt der Stadtentwicklung der nächsten Jahre ist der Wohnungsneubau, der verstärkt werden muss. Von einer Wohnungsnot zu reden, wäre unangemessen, da durchschnittlich über 40 m² Wohnfläche je Einwohner vorhanden sind. Nachdem in den letzten acht Jahren weniger als 30 000 Neubauwohnungen in Berlin errichtet wurden aber die Zahl der Haushalte um über 100 000 angestiegen ist, wird die Leerstandsreserve bald auf die Fluktuationsreserve zurückfallen. Wohnungsneubau, mit den dafür erforderlichen Wohnfolgeeinrichtungen, steht damit wieder auf der Agenda. Aber auch der Umgang mit dem Bestand ist wichtig, da viele Haushalte in Berlin auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind und es bleiben werden. Leider sind die amtlichen Statistiken zur Einkommenssituation und die daraus abzuleitende Mietbelastungsquote nicht kleinräumig verfügbar. Auch ist bedauerlich, dass Zukunftsfragen wie energetische Sanierung oder Barrierefreiheit bei der Gebäude- und Wohnungszählung des aktuellen Zensus – obwohl von SenStadtUm gewünscht – vom Bundesgesetzgeber nicht in das Erhebungsprogramm aufgenommen wurden.

Besonders wichtig ist, dass nunmehr nach der Gebäude- und Wohnungszählung eine Fortschreibung der Wohnungsbestände auf LOR-Ebene geregelt wird. Eine Haushaltegenerierung und -prognose wird vorbereitet und soll auch auf Ebene der Prognoseräume kontinuierlich erstellt werden. So kann der Wohnungsmarkt beobachtet werden und es können die wohnungspolitischen Instrumente gesamtstädtisch datenbasiert auch regional differenziert zur Anwendung kommen.

Die sozialstrukturelle Entwicklung muss weiterhin sorgfältig beobachtet werden. Hierzu stehen der Sozialstrukturatlas der Sozialverwaltung und das Monitoring der Stadtentwicklungsverwaltung zur Verfügung. Ersteres ist wissenschaftlich betrachtet exakter, kann aber auf diesem Niveau nur ca. alle 5 Jahre erstellt werden. Dies ist für die Programmarbeit von SenStadtUm ein zu langer Zeitraum, da die Beobachtung für Programme der Städtebauförderung zeitnah erfolgen muss. Es muss praktisch alle zwei Jahre überprüft werden, ob die Fördergebiete noch stimmig sind. Gerade beim Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (Quartiersmanagement) sind Gebietsentlassungen und Gebietsneuaufnahmen nach kürzeren Perioden notwendig, um die Mittel effektiv einsetzen zu können.

Doch soziale Stadtentwicklung umfasst mehr: Die Mittelverteilung für Produkte der sozialen Infrastruktur muss eine zeitnahe Komponente des räumlichen Wertausgleichs enthalten. Neu ist, dass durch sozialraumorientiertes Planen und Handeln auch außerhalb der Quartiersmanagementgebiete (in den jeweiligen Bezirken) ämterübergreifend gearbeitet wird. SenStadtUm engagiert sich in diesem Kontext insbesondere durch die Initiative „Aktionsräume plus“ (Abbildung 1).

Durch das besondere Engagement des AfS beim Aufbau eines Datenpools auf Ebene der LOR werden die Bedingungen für Analyse und Planung verbessert. Dies wird flankiert durch die Grundlagenarbeiten zum PRISMA-Projekt (Planungsraumbezogenes Informationssystem Monitoring und Analyse) unter Leitung von SenStadtUm und dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Durch beide Projekte werden die Bedingungen für die integrierte Stadtteilentwicklungsplanung in Berlin Schritt für Schritt verbessert. Die neuen Arbeitsweisen sind im Handbuch zur Sozialraumorientierung und im Handbuch zur Partizipation (jeweils SenStadtUm) dargelegt.

Ein Schwachpunkt bleibt die Beobachtung der sozialen Infrastruktur, weil ein Ausstattungsvergleich auf LOR-Ebene zurzeit nur eingeschränkt möglich ist. Hier müssen für die Gesamtstadt vergleichbare Informationen (wie z.B. Angebote an Jugendfreizeitheim- und Kita-Plätzen in den LOR) beschafft und auch gepflegt werden.

Worüber kaum etwas bekannt ist, sind subjektive Empfindlichkeiten. Integrative Befragungen, die von mehreren Ressorts gemeinsam getragen werden müssten, wären eine gute Ergänzung zu den vorliegenden objektiven Daten. Dies dürfte von Senatsseite aber nur machbar sein, wenn es von mehreren Ressorts gemeinsam getragen wird.

Arbeit/Verkehr

Mit dem Wegfall der Arbeitsstättenzählung sind die Analysemöglichkeiten für die Themen Arbeit und Verkehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Informationen über Zahl und Art der Arbeitsstätten und die Beschäftigten liegen kleinräumig seit 1987 (für den Westteil) nicht mehr vor. Dies erschwert die Arbeiten an den Stadtentwicklungsplänen „Zentren“, „Industrie und Gewerbe“ sowie „Verkehr“ erheblich. Sowohl ein Büroflächen- als auch ein Gewerbeflächen-Monitoring wäre wünschenswert.

Darüber hinaus ist mit dem Wegfall der kleinräumigen Ausweisung von Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (seit 2009 nur noch Ausweisung auf Gemeindeebene) eine weitere Datenquelle entfallen, die für kleinräumige verkehrliche Analysen erforderlich wäre. Beschäftigtendaten auf LOR-Ebene (bzw. für Verkehrszellen/Verkehrsbereiche) sind Input in Verkehrsmodelle und spielen im Rahmen planungsrechtlicher Verfahren eine wesentliche Rolle. Es ist zu prüfen, inwieweit für den Bestand eine Fundierung aus der amtlichen Statistik wieder ermöglicht werden kann.

Die Nicht-Verfügbarkeit ökonomischer Daten bereitet Probleme, wie das Beispiel des Bund-Länder-Programms Stadtumbau-West zeigt.

Durch dieses Programm sollen sowohl Bereiche mit ökonomischen Strukturveränderungen als auch Bereiche, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, gefördert werden. So die Ausgangslage vor ca. zehn Jahren, als die Fördergebiete bestimmt wurden. Der demografische Wandel konnte mit den Daten der Bevölkerungsprognose als wesentliches Kriterium in die Abgrenzung der Fördergebiete eingebaut werden. Allerdings sollten die Stadtumbaugebiete wesentlich kleiner geschnitten sein als die Prognoseräume, sodass hier Interpretationen notwendig wurden. Schwieriger stellte sich der Nachweis von ökonomischen Umstrukturierungen dar. Es konnte nur auf Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegriffen werden. Selbstständige und Beamte werden dabei nicht mit erfasst. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen als Daten mit Zusatz „Wohnort“ und „Arbeitsort“ räumlich differenziert vor. Dabei sind erstere verlässlich und unverzerrt, aber für die Messung von ökonomischem Wandel wenig geeignet. Letztere sind zur Bestimmung von Veränderungen der ökonomischen Struktur eines LOR zwar besser geeignet, aber leider ungenau. Beispielsweise

werden „am Arbeitsort“ auch Mitarbeiter von Filialen mitgezählt, sodass an einer Betriebsadresse oft auch Filialbeschäftigte zugeordnet werden, obwohl diese faktisch ganz woanders arbeiten. In Berlin kann das zu Verzerrungen von mehreren Tausend Beschäftigten in einem Bezirk führen. Unter diesen Umständen war die Abgrenzung der Stadtumbau-West-Gebiete schwierig. Auch das Programm-Monitoring hat mit diesem Mangel zu kämpfen. Zukünftig wird im Stadtumbau-Programm dem Klimaschutz und der -anpassung eine gewichtige Rolle zukommen.

Aus den amtlichen Statistiken liegen Pendlerdaten, die den Zusammenhang zwischen Wohnen und Arbeiten beschreiben, für Berliner Fragestellungen nicht mehr kleinräumig (für die Bezirke oder für die LOR) vor. Damit werden in Berlin innergemeindliche Analysen, die z.B. für den Stadtentwicklungsplan Verkehr oder Verkehrsmodelle erforderlich sind, erheblich erschwert. Die im Zensus eingesetzten Daten sollten genutzt werden, um diese Datenlücke möglichst umfangreich zu schließen. Grundsätzlich sollten für große Städte/Stadtstaaten weitergehende Auswertungsmöglichkeiten bestehen bzw. erschlossen werden.

Klima/Umweltgerechtigkeit

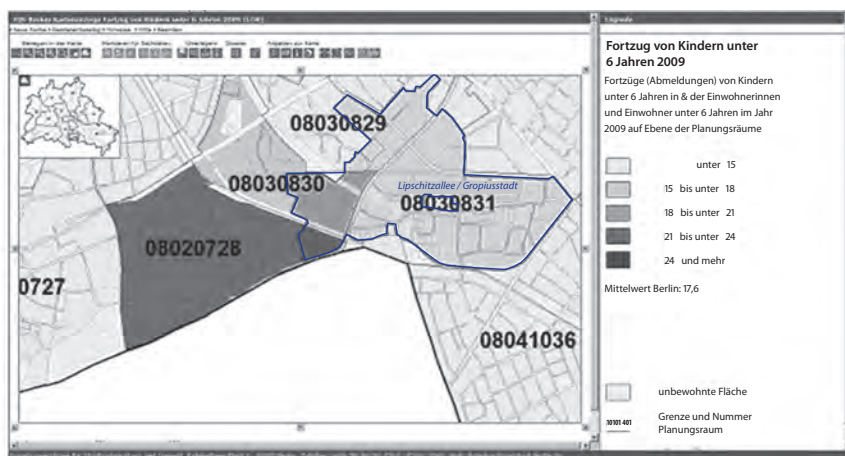
Daten und Statistiken zum Thema Umwelt/Klima werden weitgehend bei SenStadtUm erhoben und gepflegt, sodass hier als Anforderung insbesondere die Verknüpfung mit den Daten zu Wohnen/Soziales im Vordergrund steht.

Innovative Analysemethoden wurden bei dem im letzten Jahr vom Senat beschlossenen Stadtentwicklungsplan (StEP) Klima eingeführt, die durch Geografische Informationssysteme (GIS) unterstützt werden konnten. Der StEP Klima betritt methodisches Neuland, indem er sich über die bereits tradierten Aspekte des Klimaschutzes hinaus der räumlichen und planerischen Anpassung an den Klimawandel widmet. Durch diese Doppelstrategie sollen die Folgewirkungen des Klimawandels möglichst begrenzt werden.

In diesem Zusammenhang soll auf das neuentwickelte Themenfeld „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ hingewiesen werden, das in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und mehreren Universitäten erarbeitet wurde. Im Rahmen eines Modellvorhabens wurde bundesweit erstmalig die ungleiche Verteilung der Umweltbelastungen zunächst an den umwelt- und gesundheitsrelevanten Themen Lärm, Luftbelastung, bioklimatische Belastung, Grünflächenversorgung, Stadtstruktur, Realnutzung, Lichtverschmutzung und mehreren Krankheitsbildern untersucht und mit sozial und weiteren gesundheitsstatistischen Aussagen verschnitten. Die Ergebnisse wurden zu einer kleinräumigen Umweltbelastungsanalyse auf LOR-Ebene zusammengeführt (siehe 4. Umschlagseite).

Diese Aussagen sollen zu einem ressortübergreifenden Steuerungs- und Bewertungsinstrument entwickelt werden, bei dem unterschiedliche Daten und Informationen der Fachressorts miteinander verknüpft werden können. Die inzwischen vorliegenden Aussagen auf der Ebene der 447 Planungsräume geben wichtige Hinweise u.a. für das sozialraumorien-

Abb. 2 Möglichkeiten des FIS-Brokers dargestellt am Beispiel der Überlagerung einer „ergänzenden Karte“ des Monitorings soziale Stadtentwicklung mit der Konturkarte „Quartiersmanagementgebiete von Berlin“ (Kontur mit Gebietsnamen)



Quelle: Geoportal Berlin, SenStadtUm
- III F 1 / I A 1 -, Stand Mai 2012

tierte Planen und Handeln der Fachverwaltungen, für die Neujustierung der Städtebauförderungsgebiete, für die Erstellung der Bezirksregionenprofile oder auch für die ministerielle und bezirkliche Gesundheitsplanung. Auch hier könnte der Zensus durch kleinräumige Datensätze die Ergebnisse des Umweltgerechtigkeitsansatzes untersetzen und gezielt zur Weiterentwicklung dieses Ansatzes beitragen.

Informationssysteme

SenStadtUm ist zuständig für die Geodateninfrastruktur des Landes Berlin (GDI Berlin). Ein zentrales Serviceangebot nicht nur für die Verwaltung ist das Geoportal Berlin (<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/index.shtml>) mit dem fachübergreifenden Informationssystem FIS-Broker.

Über den FIS-Broker werden Geodaten, also Karten, Pläne und andere Daten mit Raumbezug, zugänglich gemacht. Geodaten können recherchiert, präsentiert und zueinander in Beziehung gebracht werden. Das Innovative des FIS-Brokers ist, dass die in unterschiedlichen Systemen und Formaten vorliegenden Geodaten Berlins dynamisch erschlossen werden. Zentrales Herzstück ist ein Metainformationssystem. Über den FIS-Broker stehen diese Geodaten auch für alle Anwendungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zur Verfügung:

- Intranet: <http://fb.intra.senstadt.verwalt-berlin.de/fb/index.jsp>
- Internet: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/geoinformation/fis-broker/index.shtml>.

Mit inzwischen ca. 750 vernetzten, über Metadatenkataloge recherchierbaren Geodatenbeständen im Berliner Verwaltungsnetz, mehreren verteilten FIS-Broker-Instanzen sowie zahlreichen Nutzern in Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit ist der FIS-Broker der Kern der GDI Berlin.

Natürlich können hier auch die Ergebnisse des Zensus 2011 eingepflegt und mit anderen Informationen verschnitten werden.

Das schon erwähnte PRISMA-Projekt wird insbesondere die Arbeit in den Berliner Bezirken unterstützen. Es dient dazu, das Datenmanagement durch Vereinheitlichung und Harmonisierung von Daten zu verbessern. Das Projekt ist so angelegt, dass auch die Hauptverwaltung einen Nutzen aus dem Info-System (z.B. durch zentralen Zugriff auf berlinweit einheitliche Kernindikatoren) ziehen kann. Ziele des Projekts sind: anwenderfreundliche Visualisierung raumbezogener Informationen, Unterstützung des Standardberichtswesens und Möglichkeit individueller Auswertungen. Zwischen den Beteiligten (Nutzern und Bereitstellern von Daten) ist noch einiges verbindlich zu regeln wie Verfügbarkeit, Aktualität, Verwendbarkeit und Strukturpersistenz der Daten [5].

Die Anforderungen an das AfS seitens SenStadtUm sind in diesem Zusammenhang:

- hohe Qualität des Regionalen Bezugssystems gewährleisten,
- ermöglichen von interaktiven Analysen,
- optimieren der Zugriffe auf Daten über Schnittstellen,
- die nunmehr vorliegende Gebäudedatei sichern und fortschreiben.

Letzteres sollte – auch im Zusammenhang mit Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen-Monitoring – von SenStadtUm und dem AfS zeitnah begonnen werden.

Fazit und Ausblick

Das persönliche Fazit besteht hauptsächlich aus Wünschen, die in normalen Kommunen kaum der Rede wert sind, da der „Gemeindebezug“ dort keine Probleme bereitet. Eine Millionenstadt wie Berlin muss aber über kleinräumige Daten verfügen können und darf keine Benachteiligung wegen ihrer Größe erfahren.

Die Zensus-Daten sollten zu jeweils kleinräumiger Registerfortschreibung, Wohnungsfortschreibung sowie Haushaltgenerierung und -prognose genutzt werden.

Einzelne Daten sollten bei künftigen Zensus-Erhebungen auf die Agenda kommen: Einkommen (Alternative über Steuerdaten), Mietbelastungsquote, Wohnungs-Bewirtschaftungskosten, Dauer des Mietvertrags, energetischer und altersgerechter Ausbau, Beschäftigte, Pendler etc.

An dieser Stelle sei die Frage gestattet, ob ein Verzicht auf Stichproben nicht doch die effektivere Methode ist. Browsergestützt in „schöner und sinniger Weise“ alle fünf Jahre durchgeführte Vollerhebungen (Rom als Beispiel, siehe oben) erscheinen einfacher als eine Inflation an Stichproben. Am Ende dieser Ausführungen noch ein Ausblick:

- Die Lebensweltlich Orientierten Räume (LOR) haben sich durchgesetzt und sollten in Großstädten als „Geschäftsgrundlage“ von allen künftig akzeptiert werden. So haben auch alle einen Nutzen davon.

- Dem gesellschaftlichen Wandel sollte verstärkt Rechnung getragen werden. Das kann flankiert werden, indem dieser Wandel durch integrative Befragungen besser erforscht wird.
- Cross-over-Analysen nehmen noch mehr an Bedeutung zu. Dieses Feld sollte nicht privaten Datenanbietern überlassen bleiben.
- Die technischen Potenziale sollten verstärkt genutzt werden, da Personal- und Sachmittel gerade in Berlin knapp bleiben werden.

Autor: Kurt Nelius

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Quellennachweis

- [1] Vgl. Dr. Engel, Berlin, 1862, Auszug aus Vortrag in der Sing-Akademie zu Berlin, zitiert nach Statistisches Bundesamt - Wirtschaft und Statistik 6/2010.
- [2] Böckh, Richard, Die Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 1. December 1880 in der Stadt Berlin. Erstes und zweites Heft, Berlin, Simion 1883 und 1885 und darin der farbige von Otto Lackner entworfene und von Jul. Straube ausgeführte Plan.
- [3] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml
- [4] Das Statistische Rauminformationssystem, Dr. Helmut Büscher, Andreas Gleich, in Nürnberger Perspektiven zum 100. Geburtstag des Statistischen Amtes für Stadtforschung und Statistik, September 2000.
- [5] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/sozialraumorientierung/de/prisma.shtml

Vom Beginn der Berliner Statistischen Jahrbücher und dem „sozialen Defizit“

Bei den Untersuchungen zur Geschichte der Fachprogramme anlässlich der „150 Jahre Berliner Statistik“ wurden einige interessante Details aus der Anfangsphase der Berliner Statistik anhand der ersten Jahrbücher des neu ins Leben gerufenen Amtes sichtbar. Diese sollen an dieser Stelle etwas weiter vertieft werden. Zeigt sich doch exemplarisch der schwere Anfang einer Stadstatistik – und das in mehrfacher Hinsicht. Zum einen musste der Inhalt – das heutige Fachprogramm – im Interesse der unterschiedlichsten Nutzer langfristig festgelegt und zum anderen die kontinuierliche Erhebung der Informationen organisiert werden. Neben einigem, das seit 150 Jahren Bestand hat, sind andere Angaben nicht mehr vorhanden und einige völlig neu hinzugekommen. Anders formuliert: Einige Schwerpunkte der Berliner Entwicklung sind seit 150 Jahren vorhanden, andere verschwunden oder durch neue ersetzt worden. Zudem änderte sich die Darstellungsform sehr zeitig und grundlegend, blieb dann aber bis in die Gegenwart – als unkommentierte Tabellen – über die Wirren der Zeit im Prinzipiellen bestehen. Einen großen Informationsgehalt haben die damaligen kommentierten Statistiken auch heute noch. Am Beispiel einer statistischen Erhebung – in diesem Fall zur Berliner Prostitution – kann ein Blick auf die damalige statistische Arbeitsweise und zugleich auf einen sozialgeschichtlichen Ausschnitt der Probleme einer Großstadt geworfen werden.

Nichts ist beständiger als der Wandel

Auf den ersten Blick fällt auf, dass sich innerhalb von zehn Jahren (1867 bis 1878) der Titel und damit auch der Inhalt der herausgegebenen Jahrbücher vier Mal geändert hat. Eine weitere Feinheit ist hierbei, dass ab 1872 als Herausgeber nicht mehr das Statistische Bureau als solches genannt wurde, sondern ein Herausgeber, der in einem Fall nicht einmal der Direktor war. Als Ursache für diese heute ungewöhnliche Form wird der damals (wie heute) allgegenwärtige „Geldmangel“ der Berliner Verwaltung in einem Vorwort des Herausgebers genannt. Bis dahin hieß es „Herausgegeben vom Statistischen Bureau der Stadt“. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg waren die Kassen im Deutschen Reich gut gefüllt – aber offenbar nicht in Berlin (Tabelle 1).

Der erste Jahrgang des 1874 herausgegebenen Berliner Jahrbuches für Volkswirtschaft und Statistik führt noch den Untertitel „Berlin und seine Entwicklung 7. Jahrgang“. Es war gleichzeitig der letzte von Dr. Hermann Schwabe herausgegebene Band. Denn er verstarb im gleichen Jahr, am 19. Oktober 1874.

Aller Anfang ist schwer

Bei den vier Jahrgängen (1869 bis 1872) der Jahrbücher zeichnen sich die damaligen Schwerpunkte der Berliner Entwicklung bereits deutlich ab (Abbildungen 1 und 2). Insgesamt sind von den in den vier Ausgaben „Berlin und seine Entwicklung“ erschienenen 31 Beiträgen knapp 60 % von nur vier Autoren verfasst worden. Allein auf den Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt entfallen davon 7 Beiträge, das sind 28 %.

Nach heutigem Maßstab sind immerhin etwas mehr als ein Drittel (genau 38,7 %) der veröffentlichten Statistiken noch im Bestand der heutigen Erhebungen, etwas weniger als ein Viertel (22,6 %) sind zwar statistischen Inhaltes, werden aber aus diversen Gründen (Datenschutz, methodische Inhalte, durch die Zeit überholt) nicht mehr von der amtlichen Statistik erhoben bzw. sind nicht als Standardveröffentlichungen vorgesehen, weitere 38,7 % oder ebenfalls 12 Beiträge befassen sich mit Sachverhalten, die nicht mehr von der amtlichen Statistik erhoben werden (Tabelle 2).

Bis zum Jahr 1900 waren die Tabellen in umfangreiche Kommentierungen eingebettet, die einen tieferen Einblick in die Lebens- und Denkweise der damaligen Zeit erlauben als die bis in die heutige Zeit gebräuchlichen, weitestgehend unkommentierten Tabellen. Ein besonderer Schwerpunkt scheint in der damaligen Zeit die Prostitution gewesen zu sein. Gleich zwei Veröffentlichungen beschäftigten sich mit diesem Phänomen:

- „Der Hauptbestandtheil im sozialen Defizit von Berlin. Von Dr. S. E. Huppé, Mitglied des Königlichen statistischen Seminars“, im 4. Jahrgang 1870 und
- „Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostitution. Von H. Schwabe“, im 7. Jahrgang 1874.

Letztere war die Auswertung einer statistischen Erhebung, die in dieser Form heute undenkbar wäre. Auf wohl keinem Feld haben sich die Auffassungen so tiefgreifend verändert. Gerade deshalb erlauben die Veröffentlichungen sehr tiefe Einblicke in die damalige Gesellschaft. Heute tauchen Prostituierte als „Berufsbezeichnung“ gelegentlich im Mikrozensus auf – sie werden dann unter „94 Darstellende und unterhaltende Berufe mit 94252 – Personenbezog. Dienstleistungen-Fachkraft Prostituierte/r“ vercodet – was in letzter Zeit allerdings weder in Berlin noch in Brandenburg vorkam.



Abb. 1



Abb. 2

Der Hauptbestandtheil im „socialen Deficit“ von Berlin

Dr. Huppe beginnt seine 28 Seiten lange Betrachtung mit dem Zitat eines englisch sprechenden Chinesen: „Die vier großen Kennzeichen der Civilisation sind in allen europäischen Hauptstädten stark vertreten, nämlich: Eisenbahnverkehr, Telegraphie, Tagespresse und – Prostitution“. Berlin war zu dieser Zeit „Geschäftsort ersten Ranges und Weltstadt“. Deshalb folgte einige Zeilen danach: „Unsittlichkeit und Fremdenfrequenz sind seit den Zeiten der Babylonier Correlat.“

Nach diesen einführenden Bemerkungen widmete sich der Autor dem eigentlichen Sachverhalt, den er in 9 Gliederungspunkten abhandelte.

1. Die gesellschaftlichen Elemente der Prostitution

In diesem Kapitel werden die sozialen Fragen der Prostitution abgehandelt. Es tut sich ein sehr tief gehender Blick auf die Gesellschaft auf. „Die Gesellschaftsklassen zerfallen nach wirtschaftlicher Beziehung für uns in

- 1) Kapitalisten: mit Capital ohne Arbeit;
- 2) Unternehmer: mit Capital und mit Arbeit;
- 3) Arbeiter: ohne Capital mit Arbeit;
- 4) Arbeiter: ohne Capital ohne Arbeit.“

In einer weiteren Klassifikation folgte eine weitere Unterteilung der Arbeiter der 4. Klassifikation. „Das Proletariat besteht:

- 1) aus denjenigen, welche arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil der Arbeitsmarkt keine Gelegenheit bietet;
- 2) aus denjenigen, welche nicht arbeiten wollen, weil sie nicht arbeiten können, indem ihnen durch Unglück verschiedener Art die regelmäßigen menschlichen Erwerbsquellen abgeschnitten sind;

- 3) aus denjenigen, welche nicht arbeiten wollen, aber dennoch arbeiten können und welche daher ihre vorhandene Arbeitskraft gewohnheitsmäßig in unwirtschaftlicher Weise zu anderen Tätigkeiten, als zu dem, was Arbeit genannt wird, anwenden.“

Die 3. Klasse wurde dann als die gefährliche identifiziert, in der auch die Prostituierten zu finden waren. Nach der Behauptung: (...) „Dieses Uebergewicht des weiblichen Geschlechts auf der untersten Gesellschaftsstufe darf nicht überraschen. Schon Tacitus sagte ja, (...)“ Es folgten eine Reihe weiterer Zitate. Benannt wurde dann in dem Zusammenhang der in den Jahren 1868 und 1869 „durch die norddeutsche Bundesgesetzgebung gebotene Wegfall vieler polizeilicher und administrativer Vorbeugemaßregeln, (...)“, daß das preußische Abgeordnetenhaus nicht umhingekont hat, die Debatten einer Sitzung den betreffenden Gegenständen zu widmen.“

2. Geschichte und Statistik der Berliner Prostitution

„Die Statistik der Verbrechen ist noch weit entfernt von einer Statistik der Verbrecher.“ Es kann nur die Prostitution beschrieben werden – nicht über die Prostituierten. Demzufolge wird dann die schwache Datenlage beschrieben und einige „approximative Polizeischätzungen“ wiedergegeben. Der Stadtarchivar Fidicin hatte Gerichtstakten aus dem 15. bis 17. Jahrhundert gesichtet und „im fünften Bande seiner diplomatischen Beiträge zur Geschichte der Stadt Berlin erschöpfend zusammengestellt.“ Danach waren für „unconcessionierte Dirnen“ folgende Strafen üblich: „Auspeitschen am Pranger mit obliter Ausweisung aus dem Weichbild (der Verf.: Stadtkern), (...), Abschneiden der Zöpfe, (...) Abschneiden der Ohren, (...) Lebendigbegraben.“ Neben der

Tab. 1 Bezeichnungen der erschienenen Jahrbücher 1867 bis 1885

Ifd. Nr.	Jahr	Herausgegeben	Titel		Untertitel	Vorwort von
1	1867	1. Jahrgang	Berliner Stadt- und Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch			Schwabe
2	1868	2. Jahrgang	Berlin und seine Entwicklung – Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch			Schwabe
3	1869	3. Jahrgang	Berlin und seine Entwicklung – Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik			Schwabe
4	1870	4. Jahrgang				Schwabe
5	1871	5. Jahrgang				Schwabe
6	1872	6. Jahrgang				Schwabe
7	1874	1. Jahrgang	Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik		7. Jahrgang	Schwabe
8	1875	2. Jahrgang			8. Jahrgang	Huppé
9	1877	3. Jahrgang			9. Jahrgang	Böckh
10	1878		Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin		10. Jahrgang	Böckh
11	1879				11. Jahrgang	Böckh
12	1880				12. Jahrgang	Böckh
13	1881				13. Jahrgang	Böckh
14	1882				14. Jahrgang	Böckh
15	1883				15. Jahrgang	Böckh
16	1884				16. Jahrgang	Böckh
17	1885				17. Jahrgang	Böckh

Tab. 2 **Inhaltsangaben „Berliner Stadt= und Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch“ sowie „Berlin und seine Entwicklung“**

Jahrgang	Datum	Titel	Autor
1. Jahrgang	1867	Die Witterungsverhältnisse von Berlin (1719–1865)	Geh.=Rath Prof. Dove
		Ein Reformprincip für Sparkassen.	Dr. E. Engel
		Zur Abhülfe der Hypotheken=Credit=Noth	
		Statistik von Berlin	Dr Schwabe
		Ueber die Quellen für das Wachsthum der großen Städte in preuß. Staate	Dr. Schwabe
		Die Choler=Epedemie des Jahres 1856 in Berlin. Vom statistischen Standpunkte geschildert. Mit Karte	Prof. Dr. A. Hirsch
2. Jahrgang	1868	Berliner Chronik u.	
		Die Wappen und Farben der Stadt Berlin. (Mit Abbildungen)	Stadtarchivar Fidicin
		Der Straßen=Verkehr in Berlin (mit Plan)	Dr. E. Bruch
		Die Berliner Börse vom Mitredakteur der National=Zeitung	Dr. Schweitzer
		Das Deutsche Gewerbe=Museum in Berlin	Prof. Dr. Waagen
		Die erste Markthalle in Berlin (mit Plan)	
		Die Industrie der großen Städte. Eine social.=statistische Betrachtung	Dr. E. Engel
		Die Fröbel'schen Kindergärten im System der Volksschule	Dr. E. Pappenheim
		Statistik von Berlin	Dr. Schwabe
3. Jahrgang	1869	Das Verhältnis von Miethe und Einkommen in Berlin.	Dr. Schwabe
		Die Gemeindestatistik auf dem 7. statistischen Congreß zu Florenz	
		Berliner Chronik u.	
		Ueber die Haus= und Miethssteuer in Berlin.	Dr. E. Bruch
		Die Gruppierung der Industrie in den großen Städten.	Dr. E. Laspeyres
		Über die Einführung eines Prämiensystems zur Ersparung von Heizmaterialien in der Gemeinde=Verwaltung.	Dr. Schwabe
		Die Baumnoth in großen Städten	
4. Jahrgang	1870	Die Organisation der Wohltätigkeits=Armenpflege in Berlin.	Dr. E. Bruch
		Entwicklung der öffentlichen Irrenpflege in Berlin.	Dr. Croner
		Statistik von Berlin – Berliner Chronik u.	
		Über Inhalt und Methode einer Berliner Schulstatistik.	Dr. Schwabe und Dr. Bartholomäi
		Die Wohnungsfrage und ihre praktische Lösung.	Dr. Stolp
		Last und Kraft und ihre Verteilung auf die Gesellschaft.	Dr. Bartholomäi
		Das sociale Deficit von Berlin in seinem Hauptbestandtheil (Die Prostitution).	Dr. Huppé
		Betrachtungen über die Volksseele von Berlin.	Dr. Schwabe
		Die Organisation der Wohltätigkeits=Armenpflege in Berlin	Dr. E. Bruch
		Statistik von Berlin – Berliner Chronik u.	

Beschreibung der Schwierigkeiten beim Ermitteln sicherer Zahlen, der definitiven Abgrenzung (notorisch, toleriert, gelegentlich, polizeilich registriert ...), ergaben sich auch große Probleme bei der Feststellung der Einwohnerzahl als Basis. „(...) da die nach Monaten geordneten Angaben des Bevölkerungszuwachses, wie sie der Polizei vorlagen, am Schluß des Trienniums (der Verf.: 3 Jahre) durch ihre Zusammenaddition immer weit weniger ergaben, als die Volkszählung an Seelenzahl ausbrachte.“ Die seit 1866 geführten Listen wiesen erhebliche Mängel auf, weil einfach die über die einzelnen Jahre gebildeten Summen in das nächste Jahr übernommen wurden, also nur die Zugänge erfasst, ohne die Abgänge zu beachten. „Die Folge davon ist natürlich, daß die Berliner Prostitution in weit schwärzerem Lichte erscheinen mußte (...).“

3. Die physischen Wirkungen der Prostitution

In diesem Abschnitt werden die Statistiken über die typischen Krankheiten von 1852 angegeben. Behandelt wurden die Erkrankten in der Charité (Frauen), im Berliner Gewerkskrankenhaus (Männer) und von Privatärzten. Von letzteren wurden der Sittenpolizei keine Angaben zu den Erkrankungen geliefert. Einen Überblick über die Erkrankungen bei den Männern zeigt die Abbildung 3.

Vom 1. September 1856 an wurde das „Sittenpolizei=Dienstpersonal beträchtlich vermehrt.“ (...) „Eine proportional steigende Anzahl von Verhaftungen wurde jedoch nicht erreicht. Auch die im Jahr 1870 eingetretene Personalvermehrung wird weniger zu einer stärkeren Entdeckung von Prostituierten, als vielmehr dazu beitragen, daß den theilweise überbürdeten Polizeibeamten ihr schweres Amt in gebührender Weise erleichtert wird.“

4. Einflußübende Faktoren

In diesem Kapitel wird nun der Vermutung nachgegangen, welchen Einfluss äußere Faktoren, wie Lebensmittelpreise, „Kopfzahl der in Berlin stehenden Truppen“, Jahreszeiten, auf die Anzahl der Prostituierten und die Erkrankungsfälle haben. Dazu werden wiederum nicht die sichersten Zahlen bemüht und der vermutete Zusammenhang bestätigt (Abbildung 4).

5. Entstehungsgründe der Prostitution

Unter dieser Überschrift beklagt Dr. Huppé die Prostitution befördernde Entwicklungen: Dass immer mehr Frauen zur Fabrikarbeit herangezogen werden, die „Materialisierung und Individualisierung“ und die „schränkenlos gesteigerte Leichtigkeit der Communication“. (...) „Allerdings fehlt es nicht an Gegenwirkungen.“ Das sind die „Boten der Inneren Mission“ und die

Abb. 3

	Erkrankungen aller Art.	Venerische Erkrankungen.	Procentfag der venerischen im Verhältniß zu den Erkrankungen im Allgemeinen.	Gonorrhoe.	Frische syphilitische Geschwüre.	Alte Syphilis Secundär.
1856	42040	1796	3,25	926	544	316
1857	43210	1117	2,91	—	—	—
1858	?	?	?	—	—	—
1859	46300	1552	4,55	—	—	—
1860	30797	1633	5,30	—	—	—
1861	41774	2739	6,55	—	—	—
1862	49416	3253	6,58	—	—	—
1863	50061	3526	7,04	1988	1002	536
1864	55505	3406	6,13	1870	1014	522
1865	60867	3241	5,32	1841	888	512
1866	56112	3941	7,05	2144	1183	614
1867	60014	4278	7,13	2439	1179	660
1868	66872	4436	6,64	2584	1135	717
1869	69916	4664	6,77	2559	1313	792

ve|ne|risc|h – vom Namen der Venus, der röm. Liebesgöttin: geschlechtskrank, die Geschlechtskrankheiten betreffend;
Quelle: Duden – Das Fremdwörterbuch, 9. Aufl. Mannheim 2007 [CD-ROM]

Forderungen nach „Vermehrung der Berliner Polizeikräfte.“ Diese werden aber „nicht selten von unserem Berliner Bürgertum nur mit Achselzucken angehört“. Anschließend lehnt er die unehelichen Geburten als Grund der Unsittlichkeit ab und vergleicht deren Anzahl im Verhältnis zu den ehelichen. Diese liegen von 1866 bis 1868 in Berlin bei 1 zu 5,7. „Sogar kommt eines unter den Prostituierten vorhandenes unehelich Geborenes im Allgemeinen auf 7 ehelich gezeugte.“ Da „Braunschweig und Baiern“ seiner Meinung nach der „unverdorbenste Volksschlag sind, aber die obige Kennziffer überbieten, scheint der Beweis gelungen. Die unehelichen Kinder in Berlin hatten auch eine längere Lebensdauer als die ehelichen. Bei 242 genannten ehelichen Vätern unehelicher Kinder waren 1855 „vierzehn Väter gebildeter Stände, unter anderem ein Oberbürgermeister, Musikdirektoren und Aerzte“.

„Es wirken bei jedem Acte der Prostitution immer zwei Willen zusammen, von denen nach gegenwärtigem Stande unserer Cultur und Gesetzgebung nur der eine, der des prostituierenden Weibes, als den Einwirkungen der Staatsgewalt zugänglich erscheint.“ (Abbildung 5)

Anschließend lenkt er die Aufmerksamkeit von den Prostituierten zu den Prostituierten und die „materielle und geistige Art des Kuppelns“. Als das sind: „die Nuditäten, die die Pariser Kunstausstellung überschwemmen und von deutschen Künstlern nachgeahmt werden“, die Romane Dumas, u. a. Offenbachs Operetten, der Cancan, der auf 20 Berliner Bühnen geboten wurde, u. a. m.

6. Das Gewerbe und die Zuhälter

Die „Vergehens = oder Verbrechensrate“ war bei den Prostituierten sehr gering – es waren immer so um die 20 pro Jahr, die ins Gefängnis mussten.

Eine längere Passage war dann den „Louis“, so die damalige Bezeichnung für Zuhälter, gewidmet. Das waren „arbeitsscheue meist bestrafte junge Männer, welche als Liebhaber prostituirter Frauenpersonen auftreten und einen psychologisch bedeutsamen Einfluß auf diese ausüben“. Besonders in „neugebaute Straßen durften Beamte sich nur in größerer Anzahl vereint begeben, welche die als eigentliche Louisquartiere schon damals galten, denn die Louis sind zahlreich“.

7. Bordelle oder Einzeldirnen?

Dem Prostituiertenwesen versuchte man durch die Einrichtung von Bordellen – als Kasernierung der Prostituierten – Einhalt zu gebieten. Es gab aber keine einheitliche Meinung, man hatte 35 Jahre lang in Berlin über Abschaffung und Beibehaltung der Bordelle gerungen – 1856 waren nach einer 6-monatigen Übergangszeit alle Berliner Bordelle geschlossen. Jetzt wurden Stimmen laut, sie wieder einzuführen. „Freilich möchte keiner von denen, die so rufen, ein Bordell in seiner Nähe haben.“ Dagegen bemühte man Statistiken aus anderen Städten, Paris, New York, Hamburg, Frankfurt (a. M.), die beweisen sollten, dass es keinen Sinn mache, die Prostituierten zu kasernieren. Der Ruf nach mehr Staat führte im übrigen am Thema vorbei, da nur die Symptome, nicht aber die Ursachen, bekämpft wurden.

8. Der Staat und die Prostitution

Hier wird nun festgestellt, dass es die größer werdenden Unterschiede zwischen Arm und Reich – bedingt durch das Verschwinden des selbstständigen Mittelstandes aufgrund der modernen Industrieproduktion – sind, als die beiden maßgeblichen Klassen, welche dem „Übelstande der Prostitution zur Forterhaltung beitragen“.

Abb. 4

	1869:	1868:		1869:	1868:		1869:	1868:
Januar	B. 32 R. 45	73 50	Mai	B. 83 R. 64	97 59	September	B. 27 R. 62	136 46
Februar	B. 65 R. 64	107 67	Juni	B. 144 R. 90	124 94	October	B. 13 R. 52	104 44
März	B. 61 R. 55	130 91	Juli	B. 123 R. 74	91 89	November	B. 24 R. 47	54 54
April	B. 94 R. 59	55 70	August	B. 73 R. 98	117 87	Dezember	B. 18 R. 51	31 28

Die erste Ziffer jedes Monats bezeichnet die Zahl der im Laufe des Monats als prostitutionsverdächtig, die zweite die Zahl der als regelmäßig controlirt neu eingetragenen Weiber.

„Der Staat kann keine Radicalmittel gegen die Prostitution anwenden, nur die Gesellschaft kann dies im Laufe der Zeit, wenn überhaupt möglich.“ In Berlin hatte man ein zweckentsprechendes, relativ vollkommenes System der Prostituiertenüberwachung entwickelt. Die gesetzlichen Regelungen waren eindeutig und wurden konsequent umgesetzt. Aber eine „Überweisung aller Prostitutionsvergehen an die Gerichte, Abschaffung des sittenpolizeilichen Amtes, würde kein anderes Ergebnis haben, (...) als daß die Mehrzahl der Fälle gänzlich straflos ausginge“.

9. Die Aufgaben der Gesellschaft gegenüber den „Prostituierten“

„Nur zwei Wege giebt es, durch welche die Prostitution unter dem Niveau der herrschenden Moralzustände gehalten werden kann:

- 1) Es muß für das Wohl der ärmeren weiblichen Bevölkerung in möglichst ausgedehnter Weise Sorge getragen werden;
- 2) es muß gegen die Beförderer der Prostitution nicht nur mit allen gesetzlichen Mitteln, sondern auch durch die Thätigkeit der Privatkreise, welche sich durch die Prostitution unangenehm berührt fühlen, eingeschritten werden.“

Eine Reihe von Maßnahmen, „teils bereits realisiert, teils vorgesehen oder vorgeschlagen“, wurde abschließend aufgelistet:

- 1862 wurde von der Gemeindeverwaltung beschlossen, Badeanstalten für die weibliche arbeitende Klasse zu errichten;
- Einrichtung eines Findelhauses;
- Die Einrichtung eines städtischen Krankenhauses für Syphilitische ließ immer noch auf sich warten;
- Änderung des Vormundschaftsgesetzes, um ungeeignete Personen nicht mit dieser Aufgabe zu betrauen;
- Bestrebungen zur besseren Bewertung der Frauenarbeit;
- Versittlichung des männlichen Geschlechts, nicht bloß der Jugend. Keine Prostituierte – keine Prostitution.

Nach derartiger Vorbereitung konnte nun der zweite Schritt erfolgen – „hinsichtlich

der Ausbreitung der Prostitution in Berlin genauere statistische Ermittlungen anzustellen, als sie aus dem bisher vorhandenen Material möglich waren“. Das passierte nun im Berliner Statistischen Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang des Werkes „Berlin und seine Entwicklung“, 7. Jahrgang 1874. Der Beitrag war überschrieben mit: „Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostituierten“, von H. Schwabe.

Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner „Prostituierten“

Nachdem vier Jahre zuvor der allgemeine Datenmangel bei den Untersuchungen zur Berliner Prostitution beklagt wurde, verfügte das „Königl. Poli-

	1867	1868	1869
Eheliche Kinder geboren	22943	24435	25495
Eheliche Kinder unter 14 Jahren gestorben	12076	16258	14193
Uneheliche Kinder geboren	4118	4365	4606
Uneheliche Kinder gestorben	2217	2721	2568
Gefundene Kindesleichen	34	50	48
Gefundene Leibesfrüchte	9	20	16

Abb. 5

Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostitution. 61

Zählblatt für Prostituierte No.

1. Vor- und Zunamen der Prostituierten?
2. Geboren den ten zu Prov.
3. in außer der Ehe
4. Religion
5. des Vaters (bei ehelicher Geburt) resp. der Mutter (bei unehelicher Geburt)
Stand Religion ev. Todestag (d
Wohnort Prov. od. Todesjahr) d
Wohnort
6. des Stiefvaters resp. der Stiefmutter Stand
7. Erziehung: bei den Eltern, den Stiefeltern, bei Pflegeeltern, im
Waisenhaus
8. Eingetragener?
9. Bevormundet? beim? Gericht zu
10. Verheiratet? wie oft? zum ten male. Getraut in der
Kirche, beim Gericht
11. Vermittelt? Geschieden? Getrennt lebend?
12. Wie viel Kinder hat die Prostituierte lebende todt
13. Wohnung: im elterlichen Hause, im eigenen Hause, zur Miethe, Chambre-
garri, Schlafstube Betrag der Miethe mit ohne Beföstigung
jetziger
14. Erwerb? bisheriger jetziger
15. Zeit wann in Berlin?
16. Zu welchem Zwecke hierhergekommen?
17. Wann zum 1. male mit der Polizei in Berührung gekommen?
weshalb?
18. Polizeiliche Maßnahmen: verwarnt?
Unter Sanitätscontrolle gestellt? von
19. Den Eltern resp. dem Vormunde zugeführt am
20. Der V. Abth. zur Ausweisung am
21. Dem Arbeitshause zur Einsegnung
22. Zur Charité wegen Kräfte
früher Behaftung
secundärer Syphilis
Syphilis und Kräfte
verdächtiger Hautausschläge
23. Gerichtliche Bestrafungen?
wegen Rupperei am
„ Verletzung der Schamhaftigkeit am
„ Diebstahls am
„ Dieberei am
„ Unterschlagung am
„ gewerblicher Unzucht am
24. Polizeiliche Bestrafungen?
wegen liederlichen Umhertreibens am
„ Anlockens von Männern am
„ verbotswidrigen Aufenthalts am
„ Nichtstellung zur ärztlichen Untersuchung am
„ Aufenthalt bei Kupplern am
„ verbotswidrigen Wohnens am
25. Äußere körperliche Erscheinung:
Figur: groß, mittel, klein, voll, mager.
Haare: schwarz, braun, blond, roth.
Augen: schwarz, braun, blau, grau.
Besondere Kennzeichen:

Abb. 6

zei=Präsidium vom 20. April 1871 (...), hinsichtlich der Ausbreitung der Prostitution in Berlin genauere statistische Ermittlungen anzustellen“. Das statistische Amt stellte dazu ein Zählblatt her. Es enthielt 25 Merkmale und wurde vom Polizeidirektor Hofrichter (Abteilung für Sittenpolizei) im Rahmen einer „Conferenz“ genehmigt (Abbildung 6).

„Nach den in dieser Conferenz gefassten Beschlüssen sollte für jede weibliche Person in Berlin, welche mit der Hingabe ihres Körpers zu sinnlichen Genüssen Geldgeschäfte treibt und dieserhalb mit der Polizei in Berührung gekommen ist, ein Zählblatt angelegt werden.“ Das geschah vom 1. August 1872 an, im Oktober 1873 existierten bereits 2 249 Zählblätter. Insgesamt wurde vermutet, dass 14 000 Prostituierte

existierten. „Die durch die Bearbeitung gewonnenen Resultate zerlegen wir in folgende Gruppen:“

1. Altersverhältnisse

Aus heutiger Sicht ist bemerkenswert, dass 64 % oder 1433 Personen nach den damaligen Gesetzen als nicht volljährig galten, weil sie unter 25 Jahre alt waren. Dr. Schwabe wies in seiner sehr kurz gefassten Kommentierung (fünf Zeilen) nochmals auf den bekannten Sachverhalt hin, dass nur für die unter Polizeikontrolle stehenden Personen Zählblätter angelegt wurden, „nicht etwa für alle der Prostitution verdächtigen Frauenzimmer (...). Wäre dies der Fall, so würde das Alter bis zum 20. Jahre wohl stärker vertreten sein.“ (Abbildung 7)

2. Familienverhältnisse und Erziehung

Von den erfassten Prostituierten waren
1 876 ehelich und 348 unehelich geboren.
Erzogen wurden:

1 831 bei den Eltern,
264 bei Pflegeeltern,
42 bei Stiefeltern und
87 im Waisenhaus.

Es befanden sich unter den Prostituierten

161 Verheiratete,
61 Verwitwete,
28 Geschiedene und
25 Getrenntlebende.

Insgesamt wurden 1 057 Kinder, die von Prostituierten geboren wurden, angegeben, davon waren 61 % verstorben.

3. Religion

Auch dieses Kapitel wurde sehr kurz abgefasst. In Relation zu den in Berlin lebenden weiblichen Personen des entsprechenden Religionsbekenntnisses lautete die Zusammenfassung: „Soweit diese Zahlen ein Urtheil gewinnen lassen, stellen sonach die Katholiken das stärkste Contingent, die Juden das geringste.“ (Abbildungen 8 und 9)

4. Stand der Eltern resp. Stiefeltern

In 102 Fällen war der Berufsstand der Eltern nicht angegeben.

Als Ursache dafür, dass die Handwerker fast die Hälfte (48 %), stellten, wurde die „Krisis des Handwerkes“ ausgemacht, und zwar „ein totaler Umschwung der Technik und des Verkehrswesens, eine außerordentlich rasch zunehmende Bevölkerung, eine vollständige Verlegung fast aller Standorte der Industrie wie der Landwirtschaft, eine ganz andere Organisation der bei der Production zusammenwirkenden Kräfte, total veränderte Klassen und Besitzverhältnisse, eine ganz andere volkswirtschaftliche Gesetzgebung (...)“ Auch dem „kleineren Beamtenthum (Briefträger, Comtoirboten (der Verf.: Büroboten), Feuermännern, Kasernenwärtern, Kassendienern, Nuntien (der Verf.: Boten), Steueraufseher, u.ä.“ wurden eine ungünstige wirtschaftliche Lage attestiert.

Nicht minder interessant war: „Unter „Militair“ fanden sich als Stand der Eltern: Feldwebel, Unteroffizier, Offizier, Ulanenwachtmeister, Hautboist (franz. Bez. für: Oboe[nspieler], Stabstrompeter, Invalide u.a.“ (Abbildung 10)

5. Vorheriger Erwerb der „Prostituirten“

Die Klassifikation der beiden mittleren Klassen gestaltete sich sehr schwierig, weil die Angaben „so allgemeiner Natur“ waren. Und wiederholt wurde fest-

Abb. 7–12

7

Es waren vorhanden Prostituirte im Alter		
von 14 Jahren		
15	"	43
16	"	49
17	"	86
18	"	162
19	"	165
20	"	175
21–25 Jahren		748
26–30	"	452
31–35	"	204
36–40	"	76
40–50	"	39
über 50	"	20
		<u>2224</u>

8

2070 Evangelische,
121 Katholische,
32 Jüdische,
1 anderer Religion.

9

1 Prostituirte auf 179 evangelische Frauen,
1 " " 162 katholische "
1 " " 503 jüdische "

10

Stand der Eltern:		in %:
Handwerker	1015	47,9
Fabrikthätigkeit	467	22,0
Kleines Beamtenthum incl. Privatbeamten	305	14,4
Handel und Verkehr	222	10,4
Landwirthschaft und Gärtnerei	87	4,1
Militair	26	1,2
	<u>2122</u>	<u>100,0</u>

11

		in %
Gefinde	794	35,7
Fabrikarbeiterinnen	355	16,0
Hausindustrie und Ladengeschäft	936	42,0
Aufwartung in Verkaufslöcalen	139	6,3
	<u>2224</u>	<u>100,0</u>

12

Combination von Alter- und Wohnungsklassen der Prostituirten.													
Wohnung.	14 Jahr	15	16	17	18	19	20	21–25	26–30	31–35	36–40	40–50	über 50 Jahre
Im elterlichen Hause	2	13	5	22	25	17	10	28	12	7	—	—	—
In eigener Wohnung	—	—	—	—	5	9	10	118	127	80	39	25	10
Chambregarnie	—	7	11	22	46	70	72	313	173	54	16	6	4
Schlafstelle	—	14	22	34	69	60	75	258	125	55	20	6	5
Ohne Wohnung	3	9	11	8	17	9	8	31	15	8	1	2	1
	<u>5</u>	<u>43</u>	<u>49</u>	<u>86</u>	<u>162</u>	<u>165</u>	<u>175</u>	<u>748</u>	<u>452</u>	<u>204</u>	<u>76</u>	<u>39</u>	<u>20</u>

gehalten, dass eine Relation zu den in den einzelnen Klassen insgesamt beschäftigten Frauen nur einen „relativen Wert“ hatte, weil nur die polizeilich erfassten Prostituierten erfasst waren (Abbildung 11).

6. Wohnung und „Miethe“

„Cambregarnie (der Verf.: möbliertes Zimmer zum Vermieten) ist also die am meisten vorkommende Form, der jedoch die Schlafstelle nahezu gleichkommt.“ Eine längere Betrachtung widmete nun der Autor den 141 Familien, „die ihren Töchtern gestatten, erstlich sich der Prostitution zu ergeben und zweitens noch am selben Herd mit ihnen zu weilen (...)“. Relativierend stellte er dann fest, dass es von 1300 Haushalten nur einer ist. Insgesamt enthielt dieses Kapitel drei Untergliederungen:

- Die Verteilung auf die Wohnklassen – aus der die obigen Angaben stammen (Abbildungen 12 und 13),
- Die Wohnung als Maßstab für die wirtschaftliche Seite der Prostitution sowie
- die Miethpreise mit und ohne Beköstigung – die Preise waren in Thaler (Thlr.) angegeben.

7. Der Geburtsort

44,5 % der Prostituierten stammten aus Berlin und 55,5 % waren zugezogen.

Bei einem Bezug auf die gesamten „weiblichen Individuen“ in Berlin kam auf 190 Frauen eine Prostituierte. Damit lag Berlin über dem Durchschnitt.

8. Die Zugezogenen

Dagegen kamen von den Zugezogenen 1 auf 177 weibliche Individuen: „Im Kampf um die Existenz sind natürlich die in Berlin Geborenen ungleich besser gestellt als die Zugezogenen (...)“ (Abbildungen 14 und 15)

„Man sieht, der längere Aufenthalt in Berlin vermehrt die Gefahr.“

9. Die Berührungen mit der Polizei

Dieser Abschnitt hat vier Unterteilungen:

„a. Conflict mit der Polizei“: „Als Gründe des Conflicts mit der Polizei sind aufgeführt: (...). Ordnet man diese Ursachen nach der Stärke des Auftretens, so erhält man folgende Uebersicht.“ (Abbildung 16)

„b. Polizeiliche Maßnahmen“:

Wenn eine Prostituierte zum ersten Mal mit der Polizei in Berührung kam, wurde sie verwarnet und im Wiederholungsfall unter „Sanitäts=Controlle“ gestellt. Waren Eltern oder ein Vormund vorhanden, wurde sie diesen übergeben. War sie krank, wurde sie zur Charité gebracht.

Es fehlte in dieser Aufstellung ein Fall, „wo eine jugendliche Prostituierte dem Arbeitshause zu Einsegnung zugeführt wurde.“ (Abbildung 17)

„c. Polizeiliche Bestrafungen“:

Hatte eine Prostituierte gegen Gesetze verstoßen, so wurde sie bestraft. Hier wurde nun wieder die Unterteilung nach ehelich Geborenen und unehelich Geborenen vorgenommen: „Es kommen sonach auf 100 eheliche Geborene 170 Bestrafungen und auf 100 unehelich Geborene 200 Bestrafungen.“ (Abbildung 18)

Abb. 13–18

		in %	13
Im elterlichen Hause	141	6,3	
In eigener Wohnung	423	19,0	
Cambregarnie	794	35,7	
Schlafstelle	743	33,4	
Ohne Wohnung	123	5,6	
	2224	100,0	

		%	14
Zeit 0—6 Monat	93	7,6	
6 Monat bis 1 Jahr	105	8,5	
2—3 Jahre	168	13,7	
4—5 Jahre	234	19,1	
über 5 Jahre	628	51,1	
	1228	100,0	

15

Ordnen wir die Provinzen und Berlin nach der Stärke des Contingents, welches sie zur Prostitution stellen, so erhalten wir nachstehende Reihenfolge:

	1	Prostituierte auf 119 weibl. Individuen,
1. Prov. Pommern:	1	157
2. „ Sachsen:	1	173
3. „ Brandenburg:	1	176
4. „ Posen:	1	190
5. Stadt Berlin:	1	204
6. Prov. Schlesien:	1	223
7. „ Preußen:	1	„

Es kamen mit der Polizei in Conflict:		16
wegen Verdachts der Prostitution . . .	1262	
„ Umhertreibens	429	
„ Hurerei	348	
„ Syphilis	124	
„ Obdachlosigkeit	31	
„ Diebstahl	25	
„ Vermietens an Prostituierte . . .	4	
„ Bettelns	1	
	2224	

Verwahrt wurden		17
Unter Sanitäts=Controlle gestellt und zwar	1292	
zum 1. Mal	1546	
„ 2. „	451	
„ 3. „	156	
„ 4.—6. Mal	68	
„ 7.—10. „	3	
Den Eltern oder Vormund zugeführt . .	34	
Zur Charité wurden befördert und zwar		
wegen Kräfte	119	
„ Syphilis	1671	
„ Syphilis und Kräfte	23	

18

Die Rückfälle übersehen wir in nachstehender Tabelle:

Polizeiliche Vergehen.	Wegen nebenstehender Vergehen wurden bestraft													Summa
	ehelich geborne Proft.						unehelich geborne Proft.							
	1—3	4—6	7—12	13—20	über 20	M a t	1—3	4—6	7—12	13—20	über 20	M a t		
Lüderliches Umhertreiben .	585	322	334	124	34		83	59	76	50	13		1680	
Anlocken von Männern. .	410	73	30	3	—		103	15	6	1	—		641	
Verbotswidriger Aufenthalt	205	9	7	—	—		48	5	1	2	—		277	
Nichtgestellt zur Kontrolle	650	65	13	3	—		127	17	7	—	—		882	
Aufenthalt bei Kupplern .	71	1	—	—	—		12	2	—	—	—		86	
Verbotswidriges Wohnen .	230	9	3	—	—		56	7	1	—	—		306	
	2151	479	387	130	34		429	105	91	53	13		3872	
	3181						691							

Abb. 19–21

19

Verbrechen.	Gerichtliche Bestrafungen wurden erkannt gegen		Summa
	ehelich geborne Prostituirte	unehelich geborne Prostituirte	
Kuppelei	8	7	15
Verletzung der Schamhaftigkeit	10	1	11
Diebstahl	244	62	306
Fehlerei	16	6	22
Unterschlagung	109	26	135
Gewerbliche Unzucht	385	89	474
	772	191	963

20

Die Rückfälle der gerichtlichen Bestrafungen übersehen wir in nachstehender Tabelle:

Verbrechen.	Begen nebenstehender Verbrechen wurden bestraft						Summa	
	ehelich geborne Prostituirte			unehelich geborne Prostituirte				
	1—3	4—6	7—12	1—3	4—6	7—12		
	Mal							
Kuppelei	8	—	—	7	—	—	15	
Verletzung der Schamhaftigkeit	10	—	—	1	—	—	11	
Diebstahl	236	7	1	59	1	2	306	
Fehlerei	16	—	—	6	—	—	22	
Unterschlagung	109	—	—	26	—	—	135	
Gewerbliche Unzucht	363	20	2	81	8	—	474	
	742	27	3	180	9	2	963	
	772			191				

21

Die angegebenen Todesursachen waren folgende. Es starben	
an Lungenschwindsucht	9
„ Typhus	6
„ Kindbettfieber	3
„ Syphilis	3
„ Nierenentzündung	1
„ Leberleiden	1
„ Magenkrebs	1
„ Erstickung durch Kohlendgas	1
	25

10. Die Berührungen mit dem Strafgesetzbuch

„a. Gerichtliche Bestrafungen“:

Hier wird ebenfalls wieder nach ehelich und uneheliche Geborenen unterschieden. An der folgenden Tabelle sind aus heutiger Sicht – ebenso wie bei den vorangegangenen – die Tatbestände (hier als Verbrechen bezeichnet) interessant (Abbildung 19).

„b. Rückfälle gerichtlicher Bestrafungen“:

Vergleicht man in Bezug auf die Rückfälle die ehelichen und unehelichen Geborenen, so kommen auf 100 ehelich Geborene 19,7 einmalige Verbrechen und 28,5 Rückfälle sowie auf 100 unehelich Geborene, 25,0, einmalige Verbrechen und 44,5 Rückfälle (Abbildung 20).

11. Was wird aus den „Prostituierten“?

In diesem Abschnitt wird dem Verbleib der 444 lebenden Prostituierten nachgegangen, „welche aus irgendeinem Grunde aus der Controlle entlassen worden sind.“ Allerdings sind die Zahlen nicht sehr belastbar, da gegen Zahlung von 5 Talern (in grober Näherung ca. 150 EUR) ein Arbeitsschein ausgestellt wurde. „Das Beibringen eines Arbeitsscheines ist oft weiter nichts als ein Scheinmanöver, um aus der Controlle entlassen zu werden.“ (...) „Ebenso war das Heiraten als eine besondere Form des Louisthums aufzufassen.“ Bei den Volkszählungen wurde demnach festgestellt, dass soeben heiratsfähige Männer mit Frauen sich verheiratet hatten, die 30 bis 40 Jahre älter waren. Wobei auch Kuppelei im Spiel gewesen sein muss, „wie man aus dem Alter der Frauen ersehen kann“.

12. Die Todesursachen der Gestorbenen

„Neben den Zählkarten von 2 224 lebenden Prostituierten fanden sich 25 Karten von solchen, die der Tod ausrangirt hatte.“

Der Hinweis, dass die Lebensweise die Todesursachen bedingte, fehlte an dieser Stelle nicht, ebenso wenig wie das Resümee: „Das zur Zeit noch zu spärliche Material verbietet von selbst weitere Untersuchungen und Schlüsse.“ (Abbildung 21)

Und heute?

Am 1. Januar 2002 trat das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG) vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3983) in Kraft.

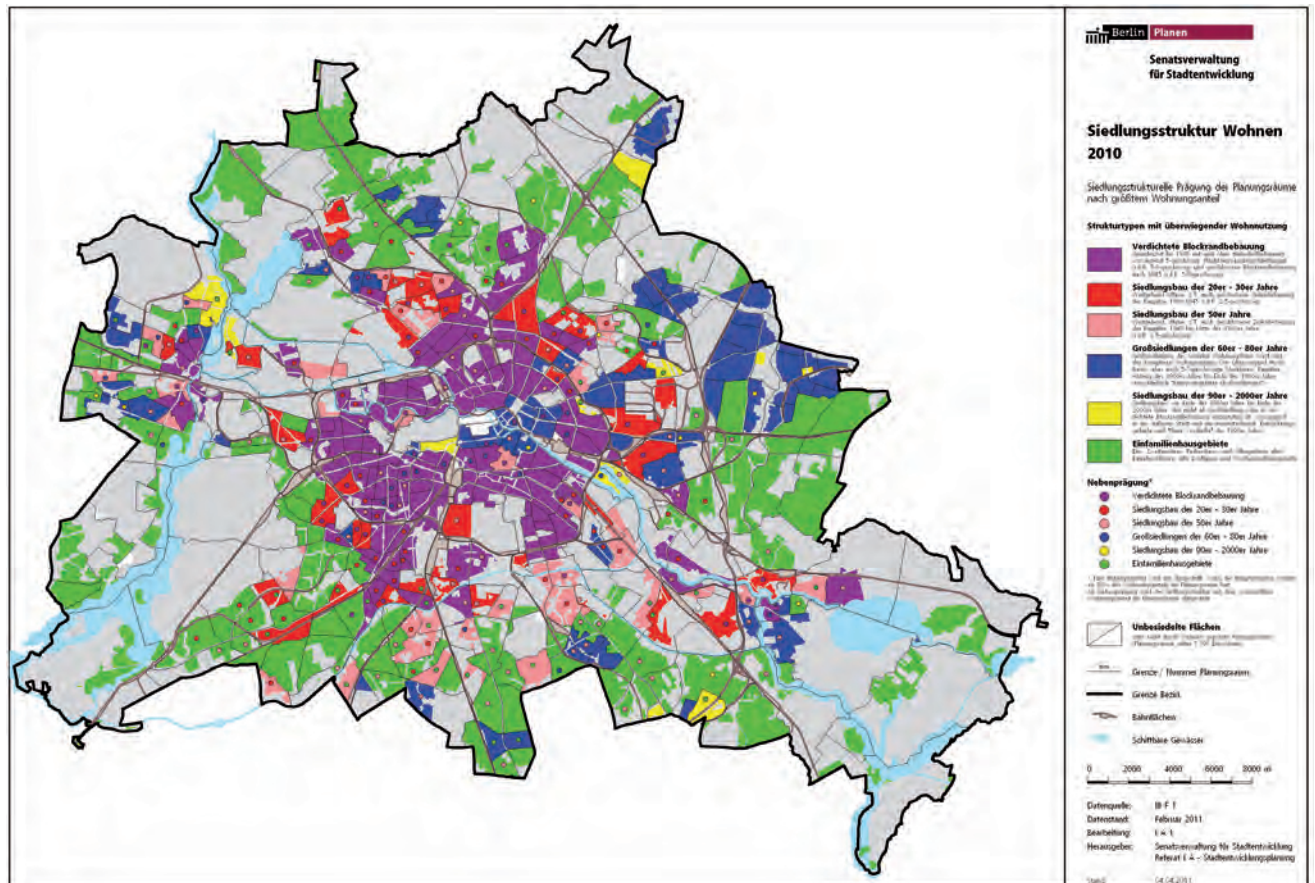
Autor: Jürgen Hübner

„d. Rückfälle polizeilicher Bestrafungen“:

In der Tabelle, die im vorigen Abschnitt wiedergegeben war, konnte man ersehen, dass mehr Strafen aufgeführt als Prostituierte erfasst waren – es gab also nicht wenige Rückfälle. (Abbildung 18)

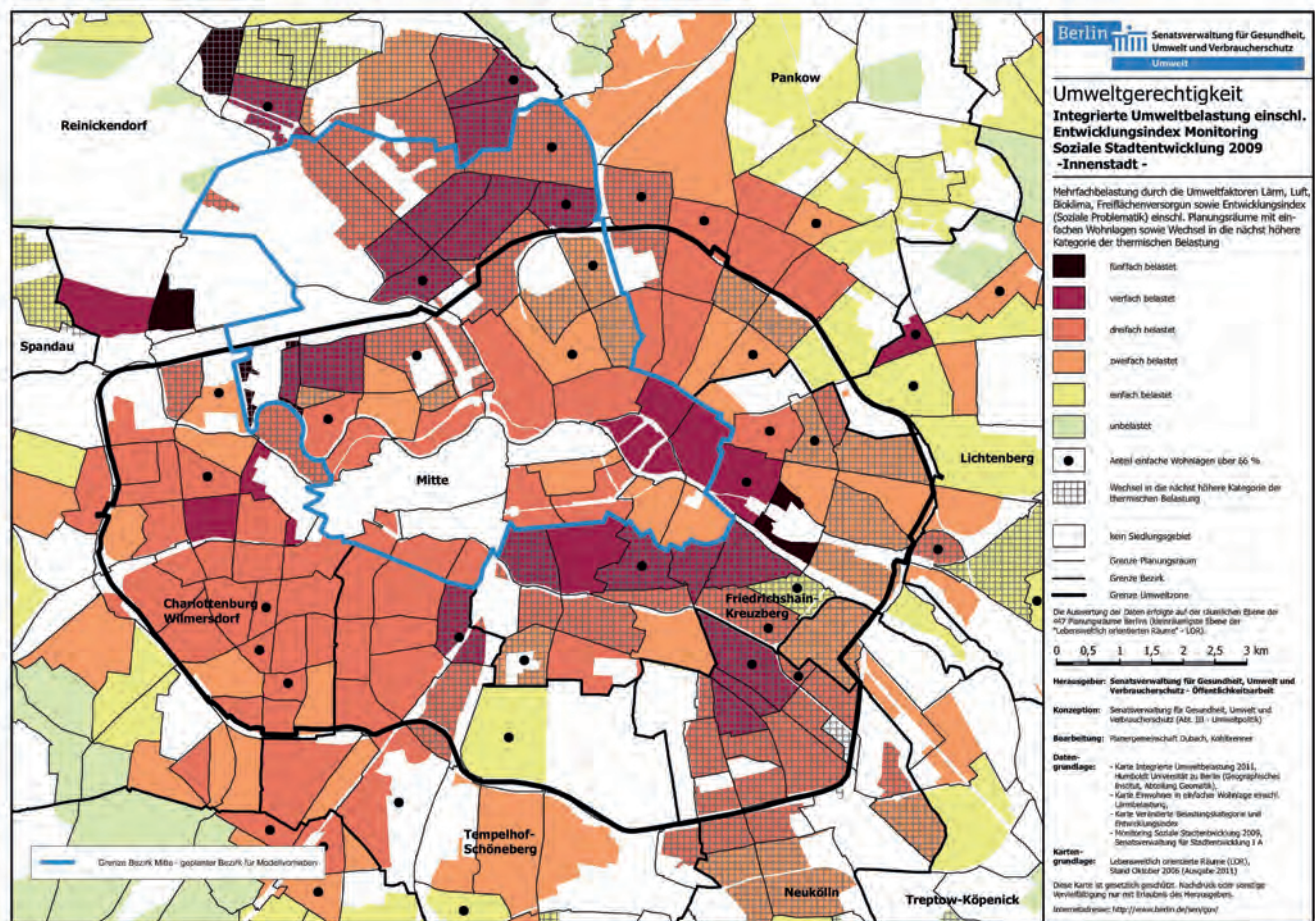
In einem längeren Diskurs wurde die Bedeutung gerade der Rückfallstatistik herausgearbeitet und geschlussfolgert: „Hilfe, nicht Strafe, vermag sie zu retten. Faktisch ist hier für dieselbe auf dem Gebiet der humanitären Bestrebungen noch nichts geschehen (...)“ Insgesamt kamen 1,7 polizeiliche Vergehen auf jede Prostituierte.

▮ Siedlungsstruktur Wohnen 2010 auf Ebene der Planungsräume



Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt | A 1 / III F 1

Umweltgerechtigkeit – integrierte Umweltbelastung (Bereich Innenstadt)



Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt IX A 4, Berlin, Stand Mai 2012